4,00 €
Juli/
August

7/8
2020

Dossier »Doppelspitzen – doppelt spitze?«

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Ólafur Elíasson
Monika Grütters
Harald Hauswald
Michelle Müntefering
Sabine Verheyen
und viele andere

Neue Studie
Frauen und Männer im Kulturmarkt: Wie ist es um die wirtschaftliche und soziale Lage in den Kulturberufen bestellt?
Seite 3

Fotografie
Bilder der Wende: Harald Hauswalds Fotografien und die Ausstellung »Umbruch Ost« zeigen die Schlaglichter der Einheit
Seiten 7 und 8

Anti-Rassismus
Black Lives Matter: Interessen Schwarzer Menschen in Deutschland und Gerechtigkeit in der Migrationsgesellschaft
Seite 9

Ruanda
Digitalisierung und Film: Die Welt der Bits und Bytes treibt besonders die afrikanische Filmwirtschaft an
Seite 12

Zumutung

Der Kulturinfrastrukturfonds kommt, die Abwrackprämie nicht, das sind zwei wichtige Nachrichten aus den letzten Wochen. Die Kultur wurde eben nicht vergessen, wie gerne immer mal wieder behauptet wurde, sondern ist wichtiger Teil des Konjunkturprogramms der Bundesregierung.

Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, ein spezielles Förderprogramm für den Kulturbereich auf den Weg zu bringen. Bereits Anfang März haben wir einen Kulturinfrastrukturfonds für die Kultur gefordert und nicht lockergelassen, obwohl wir von vielen belächelt wurden.

Noch kurz vor der Bekanntgabe wurden mir Wetten angeboten, dass die Abwrackprämie für die Automobilindustrie sicher kommt, der Kulturinfrastrukturfonds aber sicher nicht. Jetzt können wir mit Freude auf den mit 1.000.000.000 Euro ausgestatteten Kulturinfrastrukturfonds, oder wie es nun heißt »NEUSTART KULTUR«, schauen. Und dieser Fonds ist additiv, also zusätzlich zu den anderen Förderungsmaßnahmen des Bundes angelegt.

Trotz dieser Erfolge rumort es deutlich. Besonders Künstlerinnen und Künstler fühlen sich nicht genug von der Politik wahrgenommen. Um die Soforthilfen für Soloselbständigen nutzen zu können, müssen sie Betriebskosten angeben, die sie oftmals nicht haben. Sie gehen deshalb bei diesem Programm oft leer aus. Auch die Bundesländer haben nur in Ausnahmefällen die Förderungslücken geschlossen.

Der Verweis auf die Grundsicherung wird von Künstlerinnen und Künstlern oftmals als eine Zumutung empfunden. Trotz aller berechtigten Kritik an der Grundsicherung, der erleichterte Zugang zu diesem sozialen Sicherungssystem ist keine Zumutung, er ist ein Segen. Wäre man nicht diesen Weg gegangen, hätten Tausende Künstlerinnen und Künstler ihre Wohnungen und damit oft auch ihre Arbeitsorte verloren und manche unter ihnen hätten sogar, mitten in Deutschland, Hunger leiden müssen.

Die Argumentationen von manchen, die sagen, der Verweis auf die Grundsicherungen sei eine Frechheit, vergessen, dass wir diese »Zumutung« unter erheblich erschwerteren Voraussetzungen seit vielen Jahren mehr als vier Millionen Menschen in unserem Land zumuten.

Dass die Pandemie innerhalb von wenigen Tagen die ökonomischen Bedingungen vieler Künstlerinnen und Künstler und vieler kulturwirtschaftlicher Unternehmen zum Zusammenstürzen bringen konnte, zeigt, wie dünn das Eis der ökonomischen Absicherung im Kulturbereich ist. Das ist die wirkliche Zumutung, und die muss endlich geändert werden.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

Das Corona-Update

Deutschland und Europa zwischen Nothilfen und Konjunkturplänen.
Seiten 1, 2, 17 bis 31

FOTO: ADOBE STOCK PHOTO / STASNDS

Die Wiederbelebung der Kultur

Wie navigiert die Kulturnation Frankreich durch die Corona-Krise?

FRANCK RIESTER

Frankreich steht ein völlig neuer Kultursommer bevor. Die Fête de la Musique, die jedes Jahr die Sommersaison einläutet, musste sich neu erfinden, um trotz der gebotenen Schutzmaßnahmen unser aller Herzen zum Schwingen zu bringen. Nach den Museen und Denkmälern haben auch die Kinos mit angepassten Besuchsbedingungen ihre Türen wieder geöffnet. Und auch die Veranstaltungsstätten werden allmählich ihren Betrieb wiederaufnehmen, während die großen Festivals, an deren kreativer Dynamik wir uns Jahr für Jahr erfreuen, weiterhin nicht stattfinden können.

Die Kulturwelt war eine der ersten Betroffenen von den Maßnahmen, die zur Bewältigung der Gesundheitskrise ergriffen wurden. Und sie leidet noch immer unter den Auswirkungen der Krise, die im Kultursektor nachhaltiger und tiefgreifender sein werden als in anderen Sektoren. Gerade in dieser schwierigen Zeit, in der die Kultur nicht mehr den ihr gebührenden Platz einnehmen kann, sehen wir am deutlichsten, welch große Bedeutung sie in unserem Zusammenleben spielt und wie wichtig es ist, dass sie von der öffentlichen Hand unterstützt und gefördert wird.

Wir werden uns von dieser schrecklichen Krise nicht erholen, wenn wir unser Kulturmodell nicht konsolidieren

Wir werden uns von dieser schrecklichen Krise nicht erholen, wenn wir unser Kulturmodell nicht konsolidieren. Dabei geht es nicht nur um die Unterstützung eines Wirtschaftssektors, der mehr als zwei Prozent des französischen Bruttoinlandproduktes ausmacht und zur Attraktivität unseres Landes als Tourismusstandort beiträgt. Sondern es geht darum, dem tiefen Bedürfnis unserer Gesellschaft nach gemeinsamen Kulturerfahrungen nachzukommen, um die Gegenwart zu beleuchten und der Zukunft ein Gesicht zu geben.

Das französische Kulturministerium setzt seit Beginn der Krise gemeinsam mit der Regierung und in Abstimmung mit den Gebietskörperschaften alles daran, damit die Krise unser so reichhaltiges Kultur-Ökosystem nicht dauerhaft schwächt. In diesem Sinne hat der Staat den Kultursektor bis heute mit nahezu 5 Milliarden Euro unterstützt.

Zuerst ging es darum, Arbeitsplätze zu retten und die Strukturen über Wasser zu halten. Zu diesem Zweck konnten die Kulturakteure von den allgemeinen Maßnahmen profitieren, die von der Regierung auf den Weg gebracht wurden. Die Unternehmen können Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen, solange sie ihre Aktivität einstellen müssen, d. h. ihre Mitarbeiter erhalten 84 Prozent ihres Nettogehaltes vom Staat. Zur Bewältigung ihrer Liquiditätsschwierigkeiten können die Kulturakteure auf staatlich garantierte Darlehen im Umfang von mehr als zwei Milliarden Euro zurückgreifen. Sie werden von Sozialabgaben befreit und können die Stundung anfallender Zahlungen für Steuern beantragen. Kleine Unternehmen und Selbständige konnten aus einem gemeinsam vom Staat und von den Regionen getragenen Solidaritätsfonds schöpfen. Insgesamt 3,5 Milliarden Euro sind der Kulturwelt durch diese Querschnittsmaßnahmen bereits zugutegekommen.

Ergänzend dazu habe ich mich für Maßnahmen stark gemacht, die an die Besonderheiten der einzelnen Kunst- und Kultursparten angepasst sind, damit die Situation aller ihrer Akteure, insbesondere der schwächsten, berücksichtigt wird. Ich habe die spartenspezifischen Mittlerorganisationen für Film, Musik, Literatur und bildende Künste des Kulturministeriums sowie das »Institut national des métiers d'art« beauftragt, in Abstimmung mit den entsprechenden Berufsverbänden Hilfsprogramme aufzulegen. Notfallfonds wurden eingerichtet, um Sonderhilfen zu ermöglichen. Bestimmte Steuern wurden ausgesetzt und die Vergabebedingungen für bestimmte Förderleistungen an die veränderten Bedürfnisse angepasst. Darüber hinaus wurden die staatlich unterstützten Finanz- und Kreditinstitute erheblich in ihren Interventionsmöglichkeiten gestärkt. Insgesamt belaufen sich diese Sondermaßnahmen auf 1,5 Milliarden Euro.

Darüber hinaus erhalten die »intermittents«, d. h. all die Künstlerinnen, Künstler und Beschäftigten des Bühnen-, Film- und audiovisuellen Mediensektors in Zeitarbeit, für die ein weltweit einzigartiges

Wir müssen die Kultur in den Mittelpunkt der Solidarität zwischen den Europäern stellen

Sonderregime gilt, langfristig Unterstützung. Sie können ihre Ansprüche bis August 2021 geltend machen, sodass die Lohnfortzahlung nicht mehr von einer bestimmten Zahl an Arbeitsstunden abhängig ist, die sie aktuell nicht mehr erbringen können.

Nach einer Periode des Stillstands hat die kulturelle Aktivität nun wieder Fahrt aufgenommen. Dennoch müssen sich alle Kulturschaffenden auf die neue Situation einstellen, die nicht zuletzt durch eine notwendige Beschränkung der Besucherzahlen in den Kultureinrichtungen gekennzeichnet ist, welche ihre Ressourcen untergräbt. Sie können auf die Unterstützung des Staates zählen. Demnächst wird ein umfangreiches Programm öffentlicher Aufträge in allen Bereichen des künstlerischen Schaffens aufgelegt, um die Arbeit der Kreativen, insbesondere der jüngsten, zu unterstützen. Um eine rasche Wiederaufnahme der Dreharbeiten zu ermöglichen, haben wir einen Garantiefonds in Höhe von 50 Millionen Euro eingerichtet, um die Film- und Fernsehproduzenten zu entschädigen, die sich aufgrund der Coronavirus-Epidemie mit einem Drehstopp konfrontiert sehen.

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 7-8/2020
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Zumutung
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Frankreich in der Corona-Krise: Die Wiederbelebung der Kultur
Franck Riester 01

SEITE 2

Kulturmensch Christian Stückl 02

Zum Dossier Doppelspitzen 02

AKTUELLES

Kulturberufe: Wer arbeitet wo und verdient wie viel
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Beethovenjahr: Der janusgesichtige Beethoven
Theresa Brüheim im Gespräch mit Christine Eichel 04

5 Minuten Urheberrecht: Wann ist die Änderung des Werkes unzulässig?
Robert Staats 05

Claussens Kulturkanzel: Debatte Humboldt Forum: Schloss, Kuppel, Kreuz und Spruch
Johann Hinrich Claussen 05

Samsami fragt: Mensch und Maschine
Behrang Samsami im Gespräch mit Tabea Golgath 06

Grevens Einwurf: Unkultur der Gewalt
Ludwig Greven 07

OST-WEST-PERSPEKTIVEN

Umbruch Ost: Fotografische Schlaglichter der Deutschen Einheit
Ulrich Mählert 07

Fotografie: »Wenn aus dem Bild eine Geschichte wird, ist es ein gutes Bild«
Hans Jessen im Gespräch mit Harald Hauswald 08

INTERNATIONALES

Anti-Rassismus-Debatte: Black Lives Matter
Hans Jessen im Gespräch mit Tahir Della 09

Achille-Mbembe-Debatte: Missverstehen als Fortschritt
Natan Sznaider 10

Möller meint: Denkmalstreit: Der Sturz der wahren Monumente
Johann Michael Möller 10

Auslandsschulen: Weltweit Werte für die Gesellschaft schaffen
Thilo Klingebiel 11

Digitalisierung und Film in Ruanda: Auf dem Sprung
Susanne Maria Krauss 12

MEDIEN

Medienstaatsvertrag: Die eingeschränkte Macht der Algorithmen
Helmut Hartung 13

Reaktion der etablierten Medien auf das Rezo-Video: Verschwörung, Zerstörung, Verstörung?
Hans Jessen 14

KULTURELLES LEBEN

Nachruf Bogislav von Wentzel: »He was a Mensch«
Olaf Zimmermann 14

Galerist Johann König im Porträt: Geschäftssinn und Idealismus gehören zusammen
Andreas Kolb 15

Keuchels Kontexte: Klima der Angepasstheit
Susanne Keuchel 15

Personennachrichten und Rezensionen 16

DAS CORONA-UPDATE

In der Not erkennt man die Freunde
Olaf Zimmermann 17

»NEUSTART KULTUR«: Hier spielt die Zukunftsmusik!
Monika Grütters 18

Bilder im Schwerpunkt 18

Europäische Öffentlichkeit: Warum nicht zwei Schritte nach vorn?
Michelle Müntefering 19

Kultureller Umgang mit der Corona-Krise: Lasst uns wieder über Kultur reden!
Carsten Brosda 20

Überblick Schwerpunkt 20

EU: Investitionen in Europas Zukunft
Sabine Verheyen 21

»NEUSTART KULTUR« – tatsächlich ein kultureller Neubeginn?: Wie beurteilen die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher im Deutschen Bundestag das Kulturkonjunkturprogramm?

CDU/CSU – Elisabeth Motschmann 22

SPD – Martin Rabanus 22

AfD – Marc Jongen 22

FDP – Hartmut Ebbing 23

Die Linke – Simone Barrientos 23

Bündnis 90/Die Grünen – Erhard Grundl 23

Zwischen Erwartungen, Realität und Forderungen: Einschätzungen und Meinungen aus den Verbänden zum »NEUSTART KULTUR«

Bibliotheken – Barbara Schleihagen 24

Theater – Ulrich Khuon und Marc Grandmontagne 24

Musikwirtschaft – Jens Michow 24

Filmwirtschaft – Thomas Negele 25

Soziokultur – Georg Halupczok 25

Galerien & Kunsthandel – Kristian Jarmuschek und Birgit Maria Sturm 25

Buchhandel – Alexander Skipis 26

Film und Fernsehen – Christoph Palmer 26

Freie Szene – Stephan Behrmann 26

Kirchen für Künstler
Theresa Brüheim im Gespräch mit Hannes Langbein 27

Designbranche: »Das Potenzial von Kreativen muss zum Hochfahren der Wirtschaft genutzt werden«
3 Fragen an Boris Kochan 27

Frankreich: Die »Vergessenen der Pandemie«
Jürgen König 28

Tschechiens Kultur in schweren Wassern
Peter Lange 28

Kunstwerk Earth Speakr: »Kinder sagen die Wahrheit«
Ólafur Elíasson im Gespräch mit Ludwig Greven 29

EUNIC: Für eine stärkere europäische kulturelle Zusammenarbeit
Gitte Zschoch 30

Europa-Union: Eine Kultur der europäischen Werte
Christian Moos 31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 32

P&K Trump-Fakes 32

Karikatur, Impressum 32

DER AUSBLICK

9|20

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. September 2020.
Im Fokus steht das Thema »Denkmalkultur«.

Fortsetzung von Seite 1

Über die Erholung hinaus müssen wir aber auch eine nachhaltige Wiederbelebung der Kultur vorbereiten. Wir müssen jetzt an einer ehrgeizigen Neuausrichtung unseres Kulturmodells arbeiten, wenn wir dessen Grundfesten besser schützen wollen. Dabei ist insbesondere die Stärkung unserer kulturellen Souveränität ein vorrangiges Ziel. Die globalen Internet-Riesen werden gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Umso wichtiger ist es, dass wir auf europäischer Ebene an der Förderung der kulturellen Vielfalt arbeiten und dafür sorgen, dass die Europäer Zugang zu ihrer eigenen Kultur haben. Ich hoffe, dass diese schwere Krise, die wir durchlebt haben, als Beschleuniger für die Umsetzung einer europäischen Strategie für kulturelle Souveränität wirken wird.

Das europäische Modell für die Regulierung des digitalen Sektors bietet, basierend auf der Freiheit, der Verantwortung und der gerechten Entlohnung der Kreativen, einen geeigneten Rahmen, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen. Frankreich hat sich verpflichtet, die AVMD- und die Urheberrichtlinie noch vor Ende des Jahres zu verabschieden.

In diesem Sinne rufe ich alle unsere Partner auf, gemeinsam für den Schutz der Kreativen und des Pluralismus einzutreten. Auch wünsche ich mir, dass wir gemeinsam über die Einrichtung eines »europäischen Kulturschutzschildes« nachdenken, um die durch die Krise geschwächten europäischen Unternehmen sowie ihre Beschäftigten und Vermögenswerte vor feindlichen Übernahmeversuchen zu schützen.

FOTO: PATRICE SOUDIN

Franck Riester

Im weiteren Sinne müssen wir die Kultur in den Mittelpunkt der Solidarität zwischen den Europäern stellen. Durch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen allen Kulturakteuren und durch die Förderung der Verbreitung von Werken und Künstlern können wir dazu beitragen, alle Bürgerinnen und Bürger um ihr gemeinsames Erbe und ihre gemeinsame Kultur zusammenzubringen.

Ich weiß um die Entschlossenheit Deutschlands in all diesen Fragen. So kurz vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und in einer für die Zukunft der europäischen Kulturpolitik so wichtigen Zeit wünsche ich mir, dass das deutsch-französische Tandem treibende Kraft für ein ehrgeiziges Engagement im Dienste unseres Kunst- und Kultursektors ist.

Franck Riester ist Kulturminister Frankreichs

Kulturmensch Christian Stückl

Herzlichen Glückwunsch, Christian Stückl! Die Buber-Rosenzweig-Medaille 2021 wird an den Intendanten des Münchner Volkstheaters und Spielleiter der Oberammergauer Passionsspiele vergeben. Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit vergibt die Auszeichnung seit 1968 jährlich an Personen, die sich in besonderer Weise für die Verständigung zwischen Christen und Juden einsetzen; er begründete die eigene Auswahl damit, dass Stückl gegen Antisemitismus und Rassismus sowie für eine offene und plurale Gesellschaft einstehe.
Geboren 1961 in Oberammergau, begann Stückl seine Laufbahn 1981 mit dem Aufbau einer eigenen Theatergruppe. Nur sechs Jahre später wurde er Spielleiter der Passionsspiele in Oberammergau, die nur alle zehn Jahre stattfinden. Aufgrund der Corona-Krise wurde der nächste Spieltermin auf 2022 verschoben – Stückl wird die Passionsspiele dann zum vierten Mal leiten.
Parallel zum Beginn der Arbeit bei den Passionsspielen assistierte Christian Stückl an den Münchner Kammerspielen. Dort blieb er bis 1996. Danach war er als freier Regisseur unter anderem in Hannover, Frankfurt, Wien und Bonn tätig. Seit 2002 ist Christian Stückl Intendant des Münchner Volkstheaters. Seine Inszenierung von Hans Pfitzners »Palestrina« feierte 2009 an der Bayerischen Staatsoper Premiere.
Bei den Salzburger Festspielen 2012 inszenierte er zum elften und letzten Mal Hugo von Hofmannsthals »Jedermann«. Auch für das Passionstheater Oberammergau inszeniert Stückl jedes Jahr ein Stück seit 2011 – z. B. 2019 »Die Pest«.
Neben der Buber-Rosenzweig-Medaille 2021 wurde Stückl bereits mit dem Theaterpreis der Landeshauptstadt München 2014, dem Abraham-Geiger-Preis sowie dem Toleranz-Preis der Evangelischen Akademie Tutzing – beide in 2020 – ausgezeichnet.
Politik & Kultur sagt: Vielen Dank, Herr Stückl, Ihr Engagement gegen Antisemitismus und Rassismus wird gebraucht und geschätzt!

FOTO: GABRIELA NEEB

ZUM DOSSIER DOPPELSPITZEN

Ein alter Hut, eine Mode, ein Erfolgsmodell, die Zukunft? Diese Fragen richten sich an Doppelspitzen in der Kultur. Das Dossier mit dem Titel »Doppelspitzen – doppelt spitze?«, das dieser Ausgabe von Politik & Kultur beiliegt, macht klar, dass die Konstellationen, in denen gearbeitet wird, sehr unterschiedlich sind und sich daher Pauschalurteile verbieten. Zu verschieden sind die Organisationen, die Unternehmen und die Anforderungen, und vor allem zu unterschiedlich sind die Menschen. Wie im richtigen Leben kann eine Doppelspitze die Erfüllung in der Berufstätigkeit oder auch die Hölle auf Erden sein.

Eine Doppelspitze führt nicht zwangsläufig zu besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doppelspitzen können sich unterstützen, sie können sich ebenso Steine in den Weg legen. Auf 56 Seiten gibt es Einblicke von außen und innen in diese Form des gemeinsamen Führens. Verschiedene Doppelspitzen berichten von ihren Erfolge und ihrem Scheitern.

Zu den Autorinnen und Autoren zählen unter anderem: Doppelspitzen-Coach Astrid Schreyögg, das Autorenteam für Schauspiel, Oper und Film, Lutz Hübner und Sarah Nemitz, die Choreografin Sasha Waltz, die neue Doppelspitze der Berlinale, Mariette Rissenbeek und Carlo Chatrian, die beiden Chefredakteurinnen des Magazins »Freundin«, Anke Helle und Mateja Mögel, und viele andere.

Wer arbeitet wo und verdient wie viel

Neue Daten zum Arbeitsmarkt Kultur und Medien in Corona-Zeiten

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Ende Juni 2020 erschien beim Deutschen Kulturrat unsere dritte umfassende Untersuchung zum Arbeitsmarkt Kultur und Medien: Frauen und Männer im Kulturmarkt. Die Untersuchung kam, wie wir hoffen, genau zur rechten Zeit. Denn dieser Tage ist wegen der Corona-Krise viel die Rede von der prekären Arbeit im Kultur- und Medienbereich, von Kurzarbeit, von Künstlerinnen und Künstlern, die um das Überleben ihrer künstlerischen Existenz kämpfen.

In unserer Studie »Frauen und Männer im Kulturmarkt« wird für die Jahre 2013 bis 2019 aufgezeigt, wie viele junge Frauen und Männer eine Ausbildung für einen Kulturberuf absolvieren und wie viele ein »Kulturfach« studieren. Bereits hier in der Ausbildung ist die geschlechtsspezifische Segregation unverkennbar. Als Erstes kann festgehalten werden: Kultur- und Medienberufe sind in grosso modo »Frauenberufe« bis auf … die technischen Berufe. Bei den technischen Ausbildungsberufen, also Mediengestalter Bild/Ton, Fachkraft für Veranstaltungstechnik oder auch Studiengängen wie Tonmeister, haben Männer die Nase vorn. Anders sieht es bei den kaufmännischen Berufen wie Buchhändlerin oder Medienkauffrau Digital/Print oder Studiengängen wie Tanzpädagogik oder Textilgestaltung aus. Eigentlich sind es Klischees, die sich in der Ausbildungswahl niederschlagen, die Männer für die Technik und die Frauen für die Schönheit.

Auch wenn jedem unbenommen ist, seine eigene Berufswahl zu treffen und jede den Weg einschlagen sollte, der zu ihr am besten passt, ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein Teil von Geschlechtergerechtigkeit auch darin besteht, dass Frauen und Männer gleichermaßen – im Idealfall sogar ausgewogen – den Pool an potenziellen Erwerbstätigen stellen.

Wird die Zahl der Studierenden betrachtet, wird deutlich, dass sehr viele ein Fach studieren, mit dem auf den Arbeitsmarkt Kultur abgezielt wird, das aber nicht unbedingt mit eigener künstlerischer Tätigkeit verbunden ist. Oder um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Von den rund 26.000 Studierenden im Fach Bildende Kunst wollen 3.000 Künstlerin oder Künstler werden, und 23.000 setzen sich mit Bildender Kunst auseinander oder vermitteln sie. Ähnliches gilt für andere Kunstformen. D.h., wenn über den Arbeitsmarkt Kultur gesprochen wird, sind die Künstlerinnen und Künstler nur ein kleiner Teil der Erwerbstätigen. Ein sehr großer Teil der Erwerbstätigen vermittelt, verkauft, analysiert, vermarktet usw. Kunst und Kultur.

Daraus folgt, dass es nicht ausreicht, über Künstlerinnen und Künstler zu sprechen, wenn vom Arbeitsmarkt Kultur und Medien die Rede ist. Es geht vielmehr darum, die gesamte Breite an Erwerbstätigen in den Blick zu nehmen. Dazu zählt auch, dass wir uns in der Studie den abhängig Beschäftigten gewidmet haben. Rund 572.284 Personen waren im Jahr 2019 in Kultur- und Medienberufen tätig, das waren 59.373 mehr als noch im Jahr 2015. Dieser Beschäftigungsaufwuchs ist unter anderem auf die außerschulische Lehrtätigkeit zurückzuführen. Hier sind 2019 rund 15.000 mehr Angestellte tätig, als es 2015 der Fall war. Leider geben die genutzten Daten der Bundesagentur für Arbeit keine Auskunft darüber, ob es sich bei den Beschäftigten um unbefristet Beschäftigte oder solche mit Zeitvertrag handelt.

Ein Merkmal sticht hervor: Die Akademisierung nimmt bei den abhängig Beschäftigten in Kultur- und Medienberufen zu. Selbst in Tätigkeitsbereichen, bei denen eine zwei- bis dreijährige Ausbildung vorausgesetzt wird, sind viele Akademikerinnen und Akademiker tätig. Sie verdienen allerdings nicht wie Akademikerinnen und Akademiker, sondern, so wie es dem Anforderungsniveau ihrer Arbeit entspricht, wie Erwerbstätige mit einer Ausbildung. Es könnte auch gesagt werden, dass viele unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten und damit auch nicht das Einkommen erreichen, das mit einer akademischen Ausbildung wahrscheinlich angestrebt wurde.

Apropos Einkommen. Bei den abhängig Beschäftigten werden vier Anforderungsniveaus unterschieden:

- Helfer, sie spielen bei den Kulturberufen eine so geringe Rolle, dass sie statistisch keine Relevanz haben
- Fachkräfte, sie haben eine zwei- bis dreijährige Ausbildung, hier wird in sieben Berufsgruppen im Kulturbereich mehr verdient als bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten allgemein
- Spezialisten, sie haben eine Weiterqualifizierung zur Meisterin oder Fachwirt oder einen Bachelor-Abschluss, hier wird in drei Berufsgruppen des Kultur- und Medienbereiches mehr verdient als bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten allgemein
- Experten, sie haben ein mindestens vierjähriges Studium mit einem Master- oder vergleichbaren Abschluss absolviert, hier wird in zwei Berufsgruppen des Kultur- und Medienbereiches mehr verdient als bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten allgemein

D.h., auch abhängig Beschäftigte in Kultur- und Medienberufen verdienen oft weniger als Angehörige anderer Berufe. Hinzukommt ein Gender Pay Gap. Er lässt sich mangels Datenlage nicht für alle Berufe nachvollziehen. Festgehalten werden kann allerdings, dass Frauen sehr oft weniger als Männer verdienen. Einen Spitzenwert nehmen dabei Berufe im Produktdesign ein – mit einem Gender Pay Gap im Anforderungsniveau Experten. Hingegen ist in anderen Berufen wie unter anderem auch in der Kamera- und Tontechnik nur ein vergleichsweise geringer Gender Pay Gap zu verzeichnen. D.h., den wenigen Frauen, die hier tätig sind, gereicht es offenbar nicht zu einem Nachteil, dass sie sich für einen Männerberuf entschieden haben. Der Gender Pay Gap beträgt hier nur sechs Prozent.

Gewidmet wurde sich auch einer besonderen Gruppe an Selbständigen, den sogenannten Mini-Selbständigen. Hierfür wurden Daten des Monitoringberichts Kultur- und Kreativwirtschaft genutzt. Unter Mini-Selbständigen werden Selbständige verstanden, deren Umsatz geringer als 17.500 Euro im Jahr ist. In der Kultur- und Kreativwirtschaft gibt es im Jahr 2018 417.361 Mini-Selbständige, ihnen stehen 300.745 Selbständige gegenüber. D.h., der größere Teil an Selbständigen in der Kultur- und Kreativwirtschaft hat nur einen sehr geringen Umsatz und ein geringes Einkommen. Es ist anzunehmen, dass unter den 417.361 Mini-Selbständigen viele selbständige Künstlerinnen und Künstler zu finden sind.

Sehr viel genauer zur Einkommenssituation selbständiger Künstlerinnen und Künstler geben die Daten der Künstlersozialversicherung Auskunft. Hier ist als Erstes festzuhalten, dass im Vergleich zum Jahr 2013 die Zahl der Versicherten gesunken ist. Das ist vor allem auf die Versicherten der Berufsgruppe Wort zurückzuführen, hier sind 2019 4.855 Versicherte weniger verzeichnet, als es 2013 der Fall war. Dieser Rückgang ist vor allem auf sinkende Versichertenzahlen im Tätigkeitsbereich Redaktion/Journalismus zurückzuführen. Auch in der Berufsgruppe Bildende Kunst ist die Zahl der Versicherten gesunken, hingegen ist in den Berufsgruppen Musik und Darstellende Kunst ein deutlicher Aufwuchs erkennbar. Das gilt insbesondere für die Berufsgruppe Darstellende Kunst. An sich ist hier die abhängige Beschäftigung vorherrschend. Die Zunahme an Selbständigen ist ein Indikator für die Veränderung der Arbeitsmarktes Darstellende Kunst.

Die meisten Versicherten leben in Berlin. Insgesamt 38.535 Versicherte haben im Jahr 2019 in Berlin ihr Zuhause. Demgegenüber sind im in Bezug auf die Fläche und die Einwohnerzahl deutlich größeren Nordrhein-Westfalen 34.243 Versicherte zu zählen. Die wenigsten Versicherten weist mit 1.074 das Saarland auf.

Werden die Durchschnittseinkommen zusätzlich in die Betrachtung einbezogen, ist ein Problem unverkennbar. Am meisten verdienen Künstlerinnen und Künstler, die in Hamburg leben. Das Durchschnittseinkommen liegt bei 20.884 Euro im Jahr, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 19.337 Euro. Am wenigsten wird in den ostdeutschen Flächenländern und in Berlin verdient. Künstlerinnen und Künstler, die in West-Berlin leben, haben ein Durchschnittseinkommen von 15.892 Euro, und Künstlerinnen und Künstler in Ost-Berlin von 17.259 Euro. Nur in den ostdeutschen Ländern Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen wird ein geringeres Einkommen erzielt.

Das legt den Schluss nahe, dass die große Zahl an Künstlerinnen und Künstlern in Berlin zu einer Kannibalisierung führt. Auch wenn das Land unterschiedliche Anstrengungen unternimmt, um die Freie Szene zu stärken, sind es wahrscheinlich einfach zu viele, damit sie mit Blick auf das Durchschnittseinkommen an westdeutsche Flächenländer anschließen können.

In so gut wie allen Tätigkeitsbereichen und Ländern gibt es einen Gender Pay Gap. Künstlerinnen erzielen ein geringeres Einkommen als Künstler. Nach wie vor kaum geändert hat sich, dass dieser Einkommensunterschied bereits in der Altersgruppe unter 30 Jahren anzutreffen ist – mit Ausnahme der Berufsgruppe Wort. Hier verdienen die unter 30-jährigen Frauen etwas mehr als die Männer. Hier zeigt sich, es besteht nach wie vor Handlungsbedarf, um die Geschlechtergerechtigkeit zu verbessern.

Bemerkenswert ist ferner, dass mit Ausnahme der Berufsgruppe Darstellende Kunst der Anteil der älteren Alterskohorten zunimmt. Im Saarland und in Schleswig-Holstein stellen die Versicherten, die 50 Jahre und älter sind, bereits mit mehr als 60 Prozent die Mehrzahl der Versicherten.

Mit Blick auf die Corona-Pandemie bieten die Daten Aufschluss über die prekäre Situation, in der viele Künstlerinnen und Künstler auch schon vorher gelebt haben. Sie zeigen zugleich auf, in welchen Bereichen zuvor sich ein Fachkräftemangel abzeichnete und welche vielfältigen Möglichkeiten der Arbeitsmarkt Kultur und Medien bietet.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

NEUE STUDIE

Gabriele Schulz und Olaf Zimmermann: Frauen und Männer im Kulturmarkt – Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage. Berlin 2020. 508 Seiten, Großformat, 24,80 Euro. ISBN 978-3-947308-20-0. Bestellen Sie die Studie hier: bit.ly/2B3Tm8H

Ausgerechnet!

Wie viele Frauen und Männer absolvieren eine duale Ausbildung im Kulturbereich? Wie viele ein Studium? Wie viele Menschen sind im Arbeitsmarkt Kultur beschäftigt? Wie ist es um ihr Einkommen bestellt? Wie viele Frauen und Männer sind im Kulturbereich freiberuflich tätig? Was verdienen sie? Diese Fragen und mehr untersucht die neue Studie.

Erhältlich für 24,80 Euro in jeder Buchhandlung oder unter: http://www.kulturrat-shop.de

508 Seiten · ISBN: 978-3-947308-20-0

FOTO: PICTURE ALLIANCE/ GEISLER-FOTOPRESS | CHRISTOPH HARDT/GEISLER-FOTOPRESS

Das Beethoven-Denkmal auf dem Münsterplatz in Bonn erinnert an den berühmtesten Sohn der Stadt

Der janusgesichtige Beethoven

Christine Eichel berichtet über den zwiegespaltenen Komponisten

Noch eine Beethoven-Biografie? Genau, aber eine herausragend recherchierte und fesselnd geschriebene hat die Publizistin Christine Eichel, die viele Jahre die Kulturressorts der Magazine Cicero und Focus leitete, pünktlich zum Beginn der Feierlichkeiten des 250. Geburtstages von Ludwig van Beethoven vorgelegt. Mit Theresa Brüheim spricht sie über den messiehaft hausenden Komponisten und den temperamentvollen Ich-AGler – mit vielen Details, die zuvor nur wenigen bekannt waren.

Theresa Brüheim: Frau Eichel, Sie haben Ende letzten Jahres pünktlich zum Beginn des Beethoven-Jubiläumsjahres das Buch »Der empfindsame Titan« vorgelegt. Was macht den Komponisten Ludwig van Beethoven zu einem solch empfindsamen Titanen?

Christine Eichel: Mit unserer Vorstellung des Titanen verbindet sich ein Heldentum, wie wir es aus dem mythologischen Kontext kennen – allgewaltig, mutig, tatkräftig. Das trifft auf Beethoven nur teilweise zu, denn er war ein zwiegespaltener Mensch, emotional zerrissen, hochsensibel, selbstzerstörerisch. Der gewalttätige Vater wollte ihn zum Wunderkind dressieren; so wurde Beethoven früh zum Einzelgänger, der zwischen Schuldgefühlen und Wutausbrüchen changierte. Später plagten ihn oft depressive Phasen, abgelöst von Grandiositätsgefühlen und unkontrollierter Aggression. Heute würden wir von einem janusgesichtigen Menschen sprechen. Das Wort »empfindsam« hat aber auch einen geistesgeschichtlichen Hintergrund. Beethoven war von der literarischen Epoche der Empfindsamkeit geprägt – vor allem durch Klopstock, den ihm sein Bonner Lehrer Neefe nahebrachte. Ebenso prägend wurde der musikalische Stil der Empfindsamkeit. Im späten 18. Jahrhundert war es neu, Gefühle als welterschließend zu betrachten und auch musikalisch umzusetzen. Doch kein Komponist zuvor hat die emotionale Dimension von Musik derart konsequent ausgelotet wie Beethoven.

Wie stellen Sie Beethovens Ambivalenz im Buch dar?

Zum einen durch die Schilderung seiner schwierigen Freundschaften und Liebesbeziehungen, zum anderen durch Analysen seines musikalischen Werks. Beethoven ist der erste Komponist, der systematisch Regeln brach. Ich nenne ihn einen Rockstar seiner Zeit, weil er sowohl künstlerisch-ästhetisch als auch im gesellschaftlichen Umgang Konventionen missachtete. Somit ist er letztlich eine sehr moderne Figur. Noch immer fragen wir uns ja: Wie viel Anpassungsfähigkeit muss sein? Wo endet der Kompromiss, wo beginnt der Opportunismus? Beispielsweise weigerte sich Beethoven, bei einer Soirée seines wichtigsten Förderers Fürst Lichnowsky zu spielen. Nach einer handfesten Prügelei und einer wilden Verfolgungsjagd durchs Schloss schrieb er seinem düpierten Mäzen: »Fürst! Was Sie sind, sind Sie durch Zufall und Geburt. Was ich bin, bin ich durch mich. Fürsten wird es noch Tausende geben, Beethoven gibt es nur einmal.« Kurz darauf entzog ihm Fürst Lichnowsky zeitweise die jährliche Unterstützung. Das hatte Beethoven durchaus in Kauf genommen. Dieser hochriskante Nonkonformismus, verbunden mit einem entzündlichen Temperament, beeindruckt bis heute.

Beethoven als Rockstar: Was veranlasste Sie zu diesem Vergleich? Können Sie uns weitere Beispiele nennen?

Schon mit seinem Habitus signalisierte er das Recht auf eine Ausnahmeexistenz. In Wien bemühte er sich anfangs, den modischen Gepflogenheiten der gesellschaftlichen Elite Rechnung zu tragen. Doch bald schon bewegte er sich nachlässig gekleidet und ungekämmt in der Sphäre des Adels; auf die damals übliche Perücke verzichtete er, weil er als Anhänger der Französischen Revolution solche Distinktionsmerkmale verachtete. Aus diesem Grund waren ihm auch Umgangsformen und Etikette egal. Er ist das erste Enfant terrible der Musikgeschichte, das Zugang zu höchsten Kreisen hatte. Als ihn eine betagte Gräfin auf Knien anflehte, er möge Klavier spielen, blieb er ungerührt auf dem Sofa sitzen. Diese Aufsässigkeit wirkte provozierend, ja sogar etwas verrückt, ganz so, wie man es heute bei einem Rockstar erwarten würde.

Ihr Buch ist anhand von sechs ikonischen Werken Beethovens aufgebaut. Welches Werk begeistert Sie am meisten? Welches empfinden Sie am prägendsten für Beethoven?

Auch hier faszinieren mich die Widersprüche. Fast zeitgleich zum liebenswürdigen Klavierstück Andante favori, das er seiner großen unglücklichen Liebe Josephine von Brunswick schenkte, komponierte er die später »Appassionata« genannte Klaviersonate Nr. 23 f-moll. Sie steht für die Destruktion der Sonatenform zugunsten einer radikal eigenständigen Klangsprache. Besonders der Schlusssatz wirkt verstörend eruptiv und ist so neu, so verblüffend, so modern – da hält man wirklich den Atem an. Solche musikalischen Innovationen sind Beethovens Improvisationskunst geschuldet. Früh stellte er fest, dass er sein Publikum durch die äußerst beliebten Klavierimprovisationen erschüttern konnte. Sein Vater hat ihm das sogenannte »Fantasieren« verboten; als Beethoven jedoch nach Wien übersiedelte, war es sein Ticket zum Erfolg. Das Publikum liebte die ungezügelte Emotionalität seiner Fantasien, die Überraschungen, die starken Kontraste und ungewöhnlichen Modulationen. Auch seine stupende Virtuosität stellte Beethoven improvisierend unter Beweis, mit nie gehörten Kaskaden irrwitzigster Läufe und Akkordfolgen. Aus dieser Erfahrung hat er kompositorisch geschöpft. Er bevorzugte den Regelbruch zugunsten der emotionalen Intensität. Aus diesem Grund gibt es auch keinen uniformen Personalstil Beethovens. Einen Mozart oder Haydn erkennen wir mühelos, bei Beethoven ist das nicht mehr ohne Weiteres möglich. Durch die enorme Variationsbreite seiner musikalischen Mittel splittert sich das Werk in einer fast unüberschaubaren Heterogenität auf. Allein wenn man die charmante Bagatelle »Für Elise« mit der aufwühlenden »Appassionata« vergleicht, ahnt man die ungeheure Vielfalt.

Was haben Sie bei der Recherche für Ihr Buch über Beethoven erfahren, was die wenigsten wissen?

Weithin unbekannt ist, dass er nicht nur unter starken Stimmungsschwankungen litt, sondern auch zum Medikamentenmissbrauch neigte und schwerer Alkoholiker war. Von seiner Labilität erzählen unter anderem seine Briefe. »Ich komme an diesem Morgen um vier Uhr erst von einem Bacchanal, wo ich sogar viel lachen musste, um heute beinahe ebensoviel zu weinen«, schreibt er beispielsweise einer Freundin und resümiert: »Rauschende Freude treibt mich oft gewalttätig wieder auf mich selbst zurück.« Von dieser Bipolarität erfuhr ich erst durch meine Recherchen. Darüber hinaus war Beethoven unfähig, sichere Bindungen aufzubauen. Von Misstrauen und Selbstzweifeln gepeinigt, brach er immer wieder selbst mit engsten Freunden. Auch dass er in seiner Wohnung völlig verwahrlost hauste, ist überraschend. Da stand der ungeleerte Nachttopf unter dem Flügel, umgeben von Essensresten und Notenblättern, und in Ermangelung eines Schrankes lag die Kleidung auf den wenigen Stühlen. Heute würden wir von einem Messie sprechen. Es ist berührend, dass sich dieser misanthropische, tief unglückliche Mann musikalisch in ganz andere Sphären begeben konnte.

Beethoven war auch ein erfolgreicher Unternehmer im – wie wir es heute nennen – Arbeitsmarkt Kultur …

Ich nenne es die Ich-AG Beethoven. Er war der erste Komponist, der sich aus dem System des feudalen Mäzenatentums löste, indem er offensiv die Drucklegung seiner Werke betrieb. Haydn und Mozart hatten ihre Werke nur sporadisch veröffentlicht, Beethoven korrespondierte im Laufe seines Lebens mit fast 40 Verlagen, die er geschickt gegeneinander ausspielte, um höhere Honorare zu generieren. Durch das Erstarken der bürgerlichen Musikkultur gab es eine erhöhte Nachfrage nach Noten, daher bearbeitete er viele seiner Kompositionen für das Klavier oder kleine Kammermusikformationen. Damit erfand Beethoven ein neues Geschäftsmodell für Komponisten.
Die forcierten Drucklegungen beruhten daneben auf seiner Überzeugung, seine Werke hätten Ewigkeitswert. Das war noch sehr ungewöhnlich. Zu Beethovens Zeit produzierten Komponisten für den aktuellen Markt und wurden rasch vergessen. Er sah sich jedoch nicht mehr als musikalischer Dienstleister wie noch sein Lehrer Haydn, der quasi am Fließband Musik geliefert hatte und bei Hofe auf der Ebene eines Küchenchefs rangierte. Beethoven betrachtete sich als Künstler mit Sendungsbewusstsein. Deshalb nannte er sich auch nicht mehr Tonsetzer, sondern Tonkünstler. Und er hatte eine Mission: Ganz im humanistischen Sinne wollte er die Menschheit qua Musik erlösen. Philosophisch und literarisch hochgebildet, reklamierte er für sein Werk einen gleichberechtigten Status neben Literatur, Bildender Kunst und Philosophie. Das war ein Phasensprung im Selbstverständnis von Komponisten.

Vielen Dank.

Christine Eichel ist Musikwissenschaftlerin, Publizistin und Autorin von »Der empfindsame Titan: Ludwig van Beethoven im Spiegel seiner wichtigsten Werke« (2019, Karl Blessing Verlag). Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

BEETHOVENJAHR 2020

In diesem Jahr wäre Ludwig van Beethoven 250 Jahre alt geworden. Sein Geburtstag wird nicht nur in seiner Geburtsstadt Bonn, sondern in ganz Deutschland und der Welt groß gefeiert. Aufgrund der Corona-Pandemie jedoch oftmals anders als geplant. Auch Politik & Kultur würdigte Ludwig van Beethoven und seinem Werk bereits in Ausgabe 5/2020 mit fünf Artikeln. Lesen Sie diese hier: bit.ly/2YrhFpW

Wann ist die Änderung des Werkes unzulässig?

Urheberpersönlichkeitsrecht II

ROBERT STAATS

Das Urheberpersönlichkeitsrecht schützt den Urheber nicht zuletzt davor, dass sein Werk entstellt oder in einer Weise beeinträchtigt wird, die geeignet ist, seine berechtigten geistigen oder persönlichen Interessen am Werk zu gefährden. So steht es in Paragraf 14 des Urheberrechtsgesetzes, was bedeutet das aber in der praktischen Anwendung?

Ausgangspunkt ist zunächst, dass der Urheber grundsätzlich das Recht hat, dass das von ihm geschaffene Werk der »Mit- und Nachwelt in seiner unveränderten individuellen Gestaltung zugänglich gemacht wird« (BGH, Urteil vom 1.10.1998 – I ZR 104/96). Das bedeutet aber nicht, dass jede Änderung eines Werkes von vornherein unzulässig wäre. Vielmehr lässt sich bereits der gesetzlichen Regelung entnehmen, dass nur solche Beeinträchtigungen untersagt werden können, die die berechtigten Interessen des Urhebers gefährden.

Hinzu kommt, dass urheberrechtlich geschützte Werke in der Regel genutzt werden sollen. Manche Nutzungen sind aber zwangsläufig mit Änderungen des Werkes verbunden. Das Urheberrechtsgesetz lässt es deshalb zu, dass Vereinbarungen über Änderungen des Werkes getroffen werden können; darüber hinaus kann der Urheber auch solche Änderungen nicht verbieten, bei denen er nach Treu und Glauben seine Einwilligung nicht versagen kann. Zu berücksichtigen ist schließlich auch, dass es gesetzlich erlaubte Nutzungen gibt, die zwingend mit einer Änderung des Werkes einhergehen. So sind beispielsweise Änderungen, die für die Herstellung eines barrierefreien Formats für Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, explizit zulässig.

Wie also entscheidet man, wann eine erlaubte Änderung eines Werkes vorliegt und wann die Grenze zu einer Entstellung oder unzulässigen Beeinträchtigung überschritten ist. Am leichtesten sind die Fälle zu lösen, in denen der Urheber den Änderungen zugestimmt hat. Hier besteht eine Grenze nur dann, wenn es um einen unverzichtbaren Kern des Urheberpersönlichkeitsrechts geht. Liegt keine vertragliche Vereinbarung vor, so läuft es im Kern auf eine Interessenabwägung hinaus. Bei der Abwägung spielt eine wichtige Rolle, wie intensiv die Beeinträchtigung des Werkes ist. Dabei geht es nicht nur um direkte Eingriffe in das Werk, wie Kürzungen, Einfügungen oder Umgestaltungen. Auch indirekte Eingriffe, bei denen das Werk in einen anderen Sinnzusammenhang gestellt wird, können von Bedeutung sein. Bei der Abwägung ist ferner die sogenannte »Schöpfungshöhe« zu berücksichtigen; ein ganz außergewöhnliches Werk ist anders zu bewerten als alltägliche urheberrechtliche Leistungen. Und natürlich spielt auch der Gebrauchszweck des Werkes eine erhebliche Rolle. Das gilt beispielsweise bei Eingriffen in das Urheberrecht von Architekten; ein Architekt muss stets damit rechnen, dass es wechselnde Bedürfnisse des Eigentümers des Gebäudes gibt. Dennoch ist auch hier nicht alles erlaubt, es kommt vielmehr auf den Einzelfall an.

Zwei »Bahnhofsfälle« mögen das illustrieren: Ein Erbe des Architekten Paul Bonatz, der den Stuttgarter Hauptbahnhof entworfen hatte, wehrte sich vergeblich dagegen, dass wegen »Stuttgart 21« ein Teilabriss des Bahnhofs vorgenommen wurde (BGH, Beschluss vom 9. 11. 2011 – I ZR 216/10). Das Landgericht Berlin hat dagegen eine Verletzung des Urheberpersönlichkeitsrechts des Architekten Meinhard von Gerkan bejaht, der dagegen vorging, dass beim Berliner Hauptbahnhof lediglich eine Flachdecke anstatt einer Kreuzgewölbedecke eingebaut worden war (LG Berlin, Urteil vom 28. 11. 2006 – 16 – O – 240/05).

Gerade bei indirekten Eingriffen, bei denen es um die Form und Art der Werkwiedergabe geht, kann die Abwägung schwierig sein. So hat vor einigen Jahren Henry Maske das Chorstück »O Fortuna« aus der Carmina Burana als Einmarschmusik für seine Boxkämpfe genutzt – Verletzung des Urheberpersönlichkeitsrechts von Carl Orff? Auch bei der Verwendung von Musik für Wahlkampfveranstaltungen können sich derartige Fragen stellen. Jedenfalls in einem Fall, in dem es darum ging, dass Stücke der Kölner Musikgruppe Höhner in die Dramaturgie von Wahlkampfauftritten der NPD eingebaut worden waren, haben die Gerichte eine Verletzung des Urheberpersönlichkeitsrechts der Band-Mitglieder bejaht (BGH, Beschluss vom 11. 5. 2017 – I ZR 147/16).

Fast schon klassisch sind urheberrechtliche Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit modernen Theaterinszenierungen. Hier gibt es zwar einen weiten Modernisierungsspielraum des Regisseurs, der aber an seine Grenzen kommt, wenn das Stück in wesentlichen Zügen verändert wird; hiervon ist beispielsweise das Kammergericht bei einer Aufführung von Gerhart Hauptmanns Stück »Die Weber« ausgegangen, bei der neue Chorszenen eingefügt worden waren (KG, Beschluss vom 21. 6. 2005 – 5 U 15/05).

Spannend ist auch die Frage, wie die vollständige Vernichtung von Werken zu bewerten ist. Teilweise wird die Auffassung vertreten, dass diese urheberpersönlichkeitsrechtlich irrelevant sei,

5 MINUTEN URHEBERRECHT

weil es das Werk dann nicht mehr gibt – und das Urheberrecht nicht den Erhalt von Werken schützt. Andere Stimmen halten dagegen eine vollständige Vernichtung für den schwersten Eingriff in das Werk. Der Bundesgerichtshof hat sich in einem Fall, in dem es um die Vernichtung der Rauminstallation »HHOLE (for Mannheim) 2006« ging, der zuletzt genannten Auffassung angeschlossen (BGH, Urteil vom 21. 2. 2019 – I ZR 98/17). Das bedeutet aber keineswegs, dass die Vernichtung von Werken stets unzulässig wäre; vielmehr kommt es auch hier auf eine Interessenabwägung an, die – wie im erwähnten Fall – bei Werken der Baukunst oder mit Bauwerken verbundenen Kunstwerken vielfach zugunsten des Eigentümers des Gebäudes und zulasten des Urhebers ausgehen wird.

Die Liste von Beispielsfällen ließe sich noch länger fortsetzen, aber die fünf Minuten sind längst um … Abschließend deshalb nur noch ein Hinweis: Werkänderungen, die im rein privaten Bereich stattfinden, sind in der Regel erlaubt.

Robert Staats ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Wort und Vorsitzender des Fachausschusses Urheberrecht des Deutschen Kulturrates

MEHR DAZU:

Robert Staats erläutert in jeder Ausgabe von Politik & Kultur prägnant und verständlich einzelne Aspekte des Urheberrechts. Lesen Sie alle Beiträge unter: bit.ly/32lQhKk

FOTO: ANSGAR KORENG

Den Fall um die Deckenkonstruktion des Berliner Hauptbahnhofs gewann der Architekt Meinhard von Gerkan

Schloss, Kuppel, Kreuz und Spruch

Ist die Debatte ums Humboldt Forum schon abgeschlossen?

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

In Berlin ist eine Debatte erst abgeschlossen, wenn der Letzte seine Meinung beigesteuert hat. So erklärte mir ein weiser Kollege, als ich hier meine Arbeit aufnahm. In diesem Sinn stelle ich nun das amtliche Endergebnis der Debatte um »Schloss, Kuppel, Kreuz und Spruch« vor. Es lohnt sich, diese Kolumne bis zum Schluss zu lesen, denn sie enthält auch Neues, das hoffentlich zu weiteren Diskussionen führt.

Naiv wie ich bin, war ich überrascht, dass die Debatte um das Kreuz auf der Kuppel auf dem Berliner Schloss vor Kurzem wiederaufflackerte. Vor etwa zwei Jahren hatte es dazu schon einen ebenso ausführlichen wie folgenlosen Meinungsaustausch gegeben. Als die Planungen bekannt geworden waren, hatte der Berliner Kultursenator Klaus Lederer protestiert. Ganz unrecht hatte er nicht, denn an diesem Detail wird die Widersprüchlichkeit des Projekts »Humboldt Forum im Berliner Schloss« deutlich: Außen und innen, Form und Inhalt passen nicht zueinander. Aber es geht in öffentlichen Debatten nie nur darum, was gesagt wird, sondern immer auch darum, wer es tut. Und da löst es ungute Erinnerungen aus, wenn ein Vertreter derjenigen Partei, die für die Tradition einer doktrinären, staatlichen Zwangssäkularisierung steht, erklärt: Das Kreuz muss weg!

Als Theologe konnte ich mich nicht unbefangen darüber freuen, dass das Kreuz kommen sollte. Denn es würde nur ein bauhistorisches Zitat, ein

Stück Talmi sein, das die eigentliche Bedeutung verdeckt. Ich tröstete mich mit dem Gedanken, dass diese Debatte endlich die Aufmerksamkeit auf die religiösen Aspekte des Humboldt Forums lenken würde. Dann hätte weniger die Baumaßnahme selbst als der Streit über sie der theologischen Sache gedient und ein Nachdenken über das Kreuz angeregt, das eben kein Logo, sondern ein Symbol ist – also zugleich bestimmt und deutungsoffen. Ob das geschehen wird?

Als nun aber das Kreuz wirklich kommen sollte, brach die Debatte wieder los. Doch nun wurde vor allem über ein neues Detail gestritten – den Vers, den Friedrich Wilhelm IV. an den unteren Rand der Kuppel hatte anbringen lassen: »Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.« Ist das nicht die Re-Proklamation eines reaktionären Gottesgnadentum, ein Sinnspruch religiöser Intoleranz, der allem widerspricht, was das Humboldt Forum werden soll?

Doch in der Bibel kann man nachlesen, dass die beiden Verse, die der König zusammengefügt hatte, keineswegs für Staatsfrömmigkeit und Unduldsamkeit stehen. Im Gegenteil, es sind herrschaftskritische Verse, die für Glaubensfreiheit einstehen. »Es ist in keinem andern Heil«, sagt Petrus, der als Anführer einer winzigen Gemeinschaft armer Leute gefangen genommen und vor den Hohen Rat gezerrt worden war. Mit diesem Bekenntnis protestiert er gegen die religiöse Obrigkeit und verteidigt das Recht, seinen Glauben frei zu verkünden. »Im Namen Jesu sollen sich beugen die Knie aller« – damit zitiert Paulus den ältesten christlichen Hymnus. Es ist ein Lobpreis, der sich die Freiheit aller Liebeslieder nimmt, den Geliebten für den einzig Wahren zu halten. Und dieser über alles Geliebte ist ein zu Unrecht schmählich Hingerichteter – womit wir wieder beim Kreuz wären. Das ist paradox, ekstatisch, aber auch subversiv. Denn in Wirklichkeit mussten damals alle ihre Knie vor dem Kaiser beugen.

Es erscheint als absurd, dass Friedrich Wilhelm IV. dieses Verse für sein romantisches Gottesgnadentum vereinnahmte. Man könnte von einem Missbrauch der Bibel sprechen. Aber darüber will ich mich nicht ärgern, es ist zu lange her. Ärgerlich finde ich jedoch, dass die Debatte den falschen Eindruck verstärkt hat, als gebe es nur diese Alternative: hier reaktionäres Christentum – dort säkulare Moderne. Dass es gerade in Berlin die schöne Tradition einer evangelischen Aufklärung gegeben hat, gerät da ganz in den Hintergrund. Darüber würde ich mich gern einmal streiten. Wer macht mit?

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

Mensch und Maschine

Tabea Golgath über künstliche Intelligenz im Kulturbereich

Wenn das Stichwort künstliche Intelligenz (KI) fällt, werden die meisten Bürgerinnen und Bürger wohl zuerst an eine Anwendung in Wissenschaft und Technik denken. Die Zuhilfenahme von KI beim autonomen Fahren ist dafür ein gutes Beispiel. Wie wichtig dieser Bereich der Bundesregierung ist, macht die Ende 2018 beschlossene »Strategie KI« deutlich, für die drei Milliarden Euro bereitgestellt wurden und mit der Deutschland zu einem führenden Standort für Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien werden soll. KI wird auch im Kulturbereich angewandt. Das Interesse ist jedoch (noch) gering. So werden von Kulturstaatsministerin Monika Grütters vier Maßnahmen mit Mitteln der genannten KI-Strategie unterstützt. Volumen: zwei Millionen Euro. Behrang Samsami sprach mit Tabea Golgath von der Stiftung Niedersachsen über das Förderprogramm »LINK – Künstliche Intelligenz in Kunst und Kultur«, über den Einsatz im Kulturbereich und eine unvermutete Gesetzeslücke.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ZUMAPRESS.COM | STEPHEN CHUNG

Mario Klingemanns KI-Pionierwerk »Memories of Passersby I«

Behrang Samsami: Frau Golgath, was ist eigentlich KI?
Tabea Golgath: Der Begriff KI ist schwer zu definieren. Es gibt keine allgemeingültige Definition, sondern bislang nur verschiedene Arbeitsbereiche. Im allgemeinen Verständnis gehört der Bereich der Robotik dazu, obwohl die meisten Robotiker sagen würden, dass ihre Arbeit sehr wenig mit KI zu tun hat. Wenn Sie KI und Kultur sagen, fragen die meisten, ob der Terminator jetzt etwa Kunst macht. Wenn ich es vereinfacht formulieren soll: Für KI muss eine stetig lernende Bearbeitung von eingehenden Informationen stattfinden, die in anderen Formen wieder ausgegeben werden.

Sie sind Projektleiterin von LINK. Was ist LINK und was hat es mit KI zu tun?
LINK ist ein Förderprogramm der Stiftung Niedersachsen, das wir 2019 initiiert haben und das auf drei Jahre angelegt ist. Das Programm hat drei Ziele: Erstens konfrontiert es Kulturschaffende mit der Frage, ob der Einsatz von KI für ihren jeweiligen Arbeitsbereich sinnvoll ist. Zweitens wollen wir Kulturschaffenden helfen, sich stärker mit KI vertraut zu machen. Bis Mitte Mai 2020 lief die KI-Schule, eine Weiterbildungsmaßnahme, in der wir 20 Kreativen aus ganz Deutschland die Möglichkeit gegeben haben, in sechs Monaten auf Basis der Programmiersprache Python das Programmieren von KI für kulturelle Projekte zu erlernen. Die Teilnehmenden haben so Wissen über neuronale Netze, deren Anwendung und die ablaufenden Prozesse erworben und sind nun in der Lage, kleine eigene Projekte umsetzen zu können. Das dritte Ziel des Förderprogramms LINK ist es, auszuloten, welche Anwendungsmöglichkeiten im Kulturbereich generell für KI bestehen. Dazu haben wir gemeinsam mit der VolkswagenStiftung die interdisziplinäre Förderinitiative LINK-Masters ausgeschrieben.

Welche Anwendungsmöglichkeiten im Kulturbereich können das sein?
Wir können uns aus unserer jetzigen Warte vorstellen, dass generell in Arbeitsbereichen, die mit großen Datenmengen zu tun haben, neuronale Netze bei der Analyse und Verarbeitung gut helfen können. Im Kulturbereich gibt es viele Arbeitsfelder, wo das sinnvoll ist: in Archiven oder in Depots von Museen beispielsweise.

SAMSAMI FRAGT

Dann interessiert uns die Frage, wie die Schaffung von Kunstwerken – sei es in der Bildenden Kunst, der Literatur oder im Theater – mit KI funktionieren kann: Wird KI der Künstler sein oder wird es sich um eine Kollaboration zwischen menschlichen Künstlerinnen und Künstlern und dem Werkzeug KI handeln? Diese Fragen werden uns die nächsten zwei Jahre beschäftigen.

Eine Nachfrage zur KI-Schule: Aus welchen Arbeitsbereichen kamen die Teilnehmenden?
Aus sehr unterschiedlichen: Aus den Bereichen Film, Musik, Theater und Bildende Kunst. Darüber hinaus waren mehrere Personen aus dem Museumskontext, eine Journalistin, eine Architektin und eine Person aus der Erwachsenenbildung dabei.

Wie kann die Verwendung von KI konkret aussehen?
Wir sehen schon seit Langem – und nicht erst, seit KI von den Medien so gehypt wird – immer wieder Kunstwerke, die mithilfe von Technik entstehen. Etwa Roboterarme, die befähigt werden, selbstständig zu malen. KI kann außerdem in den Institutionen selbst und nicht nur im eigentlichen künstlerischen Schaffensprozess eine große Hilfe sein, den Arbeitsaufwand zum Beispiel beim Sichten und Bewerten von musealen Sammlungen zu reduzieren, sodass sich Kuratorinnen und Kuratoren auf andere Aufgaben konzentrieren können. Algorithmen sind bei solchen Tätigkeiten einfach schneller und effizienter als der Mensch.

Ergo: KI hilft, Kosten zu sparen.
Ich möchte es nicht darauf reduzieren, weil das oft so einen negativen Beigeschmack hat, aber es kann durchaus sein, dass das ein Nebenprodukt dessen ist. Aber eher wird es, wie durch die Digitalisierung insgesamt zu Verschiebungen und Aufwänden an anderer Stelle kommen. Allen Teilnehmenden der KI-Schule wurde vor Augen geführt, wie wichtig eine große, umfängliche Datenbasis ist und diese muss ja erst einmal geschaffen werden.

Inwieweit ist KI bereits Teil der Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern?
Wenn wir die gesamte Kunst- und Kulturszene betrachten, ist es ein kleiner Teil, der KI aktiv nutzt beziehungsweise sich mit den ethischen, moralischen und gesellschaftlichen Fragestellungen auseinandersetzt, die durch den Einsatz von KI entstehen. Es gibt aber immer mehr Künstlerinnen und Künstler, die sich damit beschäftigen, die sich Informatikerinnen und Informatiker oder Programmiererinnen und Programmierer als Partner suchen, um gemeinsam Projekte umzusetzen. Das ist eine wachsende Szene. Je mehr das Thema in den Medien oder in der Gesellschaft an Bedeutung gewinnt, so passiert es auch in der Kunst- und Kulturszene.

Welche bekannten Künstlerinnen und Künstler setzen jetzt schon KI ein?
Mario Klingemann ist ein europaweit bekannter Künstler, der viel mit Algorithmen arbeitet. Dann gibt es noch Mattis Kuhn, Andreas Greiner, Götz Dipper oder Lisa Bergmann.
In den vergangenen Jahren gab es in Deutschland auch große Ausstellungen zu dem Thema. So die zweigeteilte Ausstellung »Open Codes« am Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, »Artistic Intelligence« am Kunstverein Hannover und »Snap Your Identity. Ich-Konstruktionen in der digitalen Welt« am Kunstverein Wolfsburg. Bis Mitte August 2020 läuft übrigens noch »How to Make a Paradise – Sehnsucht und Abhängigkeit in generierten Welten« im Frankfurter Kunstverein.

Was gibt es für Tools, KI in der Kunst einzusetzen?
Ein klassisches und bekanntes Beispiel ist die Methode des Style Transfers, bei der einem Algorithmus Material gegeben wird, das er analysiert und von dem er lernt, es in der vorgegebenen Form umzusetzen. So kann man sich etwa die eigene Fotografie auf speziellen Websites im Netz nach bestimmten Kunststilen ausgeben lassen. Das Familienfoto sieht dann plötzlich wie ein Picasso oder Rembrandt aus. Der Algorithmus lernt also Merkmale bestimmter Kunststile. Das funktioniert auch in der Musik. Man kann einen Stil imitieren.

Können Sie hier auch ein Beispiel anführen?
Musik ist stark strukturiert und mathematisch angelegt. Es ist für KI relativ einfach, nach bestimmten Zutaten selbst Musik zu komponieren. Dies zeigt sich auch in großen Projekten wie etwa der Vollendung der unvollendeten 10. Sinfonie von Ludwig van Beethoven. Das Projekt unter der Leitung des Musikwissenschaftlers Matthias Röder sollte ursprünglich im April 2020 zum Beethoven-Jahr vorgestellt werden. Das wird wegen der Corona-Pandemie im November 2020 nachgeholt. Der genutzte Algorithmus hat gelernt, wie Beethoven komponiert hat. Spannend dabei ist, dass dem Algorithmus auch das musikalische Material gegeben wurde, von dem sich Beethoven inspirieren ließ. Uraufgeführt werden soll die Symphonie übrigens von menschlichen Musikerinnen und Musikern.

Zusammengefasst könnte man also sagen, dass KI im Kulturbereich eher ein Hilfsmittel darstellt. Es ersetzt nicht die Kunstschaffenden, sondern unterstützt sie in ihrer Arbeit.
Ja, und KI-Experten von Universitäten beschreiben es genauso. Die Künstlerin, der Künstler gibt den Input hinein und legt den Algorithmus an. Dieser bearbeitet die Aufgabe und liefert das Ergebnis. Die Kunstschaffenden wählen aus, was sie eventuell noch verändern wollen oder sind mit dem Endergebnis zufrieden. Genau wie ein Maler häufig mehrere Entwürfe oder gleich eine ganze Serie macht und am Schluss entscheidet, welchen Entwurf er behalten will.

Stichwort Urheberschaft: Die Bundestagsabgeordnete Anna Christmann hatte in einer Kleinen Anfrage zu erfahren gewünscht, ob es »aus Sicht der Bundesregierung besonderer Regeln für die Feststellung der Urheberschaft und somit auch der Verantwortlichkeit bei von KI-produzierter Kunst« bedarf. Die Antwort von Kulturstaatsministerin Monika Grütters von Februar 2020 lautete schlicht: »Nein.« Mit Blick auf eine mögliche Kennzeichnungspflicht von Kunstprodukten, die mithilfe von KI entstanden seien, antwortete Grütters, dass das geltende internationale Urheberrecht Förmlichkeiten für den Urheberrechtsschutz nicht zulassen würde.
Auf unserer Einführungstagung 2019 haben wir auch über diese Problematik diskutiert. Eine Kennzeichnungspflicht ist das eine. Was wir aber nicht vergessen dürfen, ist, dass hinter den Algorithmen Menschen stehen, ob Programmierer oder Data Scientists, die das Ganze in die Praxis umgesetzt haben. Wir haben also häufig Teams. Aktuell ist es so, dass die entstehenden Kunstwerke nur unter dem Namen der menschlichen Künstlerin, des menschlichen Künstlers veröffentlicht werden. Die Programmiererin, der Programmierer erfährt also weder Ehre noch Aufmerksamkeit. Man vergisst dadurch diesen Arbeitsteil, der für das entstehende Kunstwerk jedoch elementar war.
Andererseits besteht die große Schwierigkeit, dass Kunstwerke, die von einem Algorithmus erstellt wurden, nicht urheberrechtlich geschützt sind. Das ist fatal, wenn man sich das mal vor Augen führt. Das ist derzeit ein großes Risiko für Künstlerinnen und Künstler, die mit Algorithmen arbeiten.

Haben Sie in diesem Fall Forderungen an die Politik?
Diese Gesetzeslücke sollte geschlossen werden, denn dies ist wichtig für die umfassende Wertschätzung künstlerischer Werke, egal mit welchen Mitteln sie entstehen.

Vielen Dank.

Tabea Golgath promovierte über Ausstellungsgestaltung und Lernprinzipien in Museen und arbeitete als Museumspädagogin. Sie ist derzeit Referentin für Museen und Kunst bei der Stiftung Niedersachsen und die Projektleiterin des Programms LINK. Behrang Samsami ist freier Journalist

Unkultur der Gewalt

Warum greifen die SPD-Vorsitzende, eine taz-Autorin und Randalierer Polizisten an?

LUDWIG GREVEN

Ich gestehe: Auch ich habe in jungen Jahren Polizisten schon mal als Bullen beschimpft, z. B. als Bereitschaftspolizisten mit tieffliegenden Hubschraubern, Tränengas und Schlagstöcken mich und Zehntausende andere Demonstranten hindern wollten, in Brokdorf gegen den Bau des Atomkraftwerks friedlich zu protestieren. Als ich später als junger Reporter miterlebte, wie Beamte Hunderte Atomkraftwerksgegner in Hamburg stundenlang einkesselten, begann ich jedoch zu verstehen, dass die Beamten so etwas in aller Regel nicht aus Boshaftigkeit oder finsteren Absichten tun, sondern weil ihnen es von Gesetzen, Vorgesetzen, Politikern und manchmal Gerichten auferlegt wird. Erst recht seit ich Kinder bekam, sehe ich in Polizisten in erster Linie Freunde und Helfer. In den allermeisten Fällen jedenfalls. Mit einem gleichaltrigen Beamten habe ich mich sogar mal tatsächlich angefreundet. Ich betrieb zu der Zeit mit meinem Sohn nebenbei ein Bistro im heftigsten Hamburger Problemviertel, einem bunten, schwierigen Gemisch von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kulturen, wo Gewalttaten und Kriminalität zum Alltag gehörten, selbst Schießereien auf offener Straße. Als bürgernaher Beamter war er mehr Sozialarbeiter als Ordnungshüter. Und erklärte mir immer wieder, weshalb seine Kollegen manchmal wegsehen müssen, damit Situationen nicht eskalieren. Dass sie sich aber gleichzeitig auch selbst schützen müssen, um nicht zwischen die Fronten zu geraten. Er hatte bei der Räumung der besetzten Häuser in der Hafenstraße das Gehör auf einem Ohr verloren. Danach war er jahrelang im Hamburger Schanzenviertel im Einsatz, wo es bis heute regelmäßig Ausschreitungen gibt, zuletzt auf schreckliche Weise beim G20-Gipfel.

An ihn musste ich denken, als zunächst die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken die 250.000 deutschen Polizisten pauschal des Rassismus verdächtigte, nachdem in Minneapolis ein weißer Polizist den Afroamerikaner George Floyd auf bestialische Weise umgebracht hatte –obwohl deutsche Beamte mit solchen Totschlägern in Uniform in keiner Weise zu vergleichen sind. Und auch, als dann eine Autorin in der taz schrieb, alle Polizeibeamten in Deutschland

GREVENS EINWURF

gehörten auf die Müllhalde. So etwas Menschenverachtendes kannte man bis dahin nur von rechtsextremen AfDlern und Nazis. Der Proteststurm gegen sie und die taz war deshalb nur zu verständlich.

Kurz darauf randalierten Hunderte junge Leute in Stuttgart ohne erkennbares Motiv und griffen zum Teil brutal Polizisten an, die gerufen worden waren, um ihre Gewaltorgie zu stoppen. Natürlich gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang mit den abwegigen Unterstellungen der SPD-Vorsitzenden und der taz-Autorin gegen alle deutschen Polizisten, darunter inzwischen viele, die wie die Autorin migrantischer Herkunft sind. Wahrscheinlich war die Nacht der Gewalt vielmehr in erster Linie der Tatsache geschuldet, dass die Clubs, wo sich solche testosterongeschwängerten Jungmänner sonst gerne tummeln, wegen der Pandemie geschlossen waren und sie ein Ersatzventil suchten, ihren Frust in körperlicher Gewalt auszuleben. Dennoch sind solche unbedachten Äußerungen geeignet eine Stimmung zu fördern, in Polizisten feindliche Vertreter eines verhassten Staates zu sehen, die man wahllos attackieren darf. Und zwar auf der rechten wie der linken Seite des politischen Spektrums wie auch offensichtlich unter vielen migrantischen Jugendlichen, in deren Herkunftsländern Polizisten tatsächlich oft Helfer eines Unterdrückerapparats sind.

Ja, Polizisten repräsentieren auch bei uns die Staatsgewalt. Der Staat sind wir jedoch alle, er ist die Organisation unserer demokratischen, toleranten, liberalen Gesellschaft. Polizisten haben die Aufgabe, ja: die Pflicht, für Recht, Sicherheit und Ordnung zu sorgen, für ein gewaltfreies Miteinander und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger, und Straftaten zu verfolgen. Damit es möglichst friedlich zugeht und niemand fürchten muss, Opfer von Gewalt und Kriminalität zu werden. Wo es Übergriffe von Beamten gibt, werden sie untersucht und in der Regel geahndet, anders als in den USA. In allererster Linie aber sind Polizisten Menschen wie du und ich, kein Freiwild. Ich habe junge Beamte kennengelernt, die selbst in Brokdorf und in der Hamburger Schanze demonstriert haben und erleben mussten, wie Steine und Tränengasgranaten über sie hinwegflogen. Ihre Kollegen zu attackieren wäre ihnen nie in den Sinn gekommen, selbst wenn sie sich vielleicht über den oder die einen oder anderen geärgert haben.

Deshalb: Wer Polizisten grundlos angreift, ob körperlich oder verbal, greift im Grunde unser friedliches Zusammenleben an. In einem Rechtsstaat darf nur der Staat Gewalt ausüben, zum Schutz der Freiheit und der Bürger. Niemand sonst. Das unterscheidet unsere Gesellschaft und unsere Staat fundamental von Diktaturen wie China, Russland oder der Türkei. Und leider auch den USA. Geben wir das nicht ohne Not preis.

Ludwig Greven ist freier Publizist

Fotografische Schlaglichter der Deutschen Einheit

Die Ausstellung »Umbruch Ost« der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

ULRICH MÄHLERT

Im Sommer 2019 startet auf der Projektwebsite umbruch-ost.de der Countdown zur Eröffnung der Ausstellung »Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel«. Alle Vorbereitungen sind auf den 18. März 2020 ausgerichtet, an dem die gemeinsam von der Bundesstiftung Aufarbeitung und dem Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer herausgegebene Schau auf dem Vorplatz des Berliner Abgeordnetenhaus der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Es ist der Jahrestag der einzigen freien und demokratischen Volkskammerwahlen in der DDR, deren Ergebnisse 30 Jahre zuvor ein Plebiszit für die Deutsche Einheit waren. An diesem besonderen Tag also soll der Startschuss für die neue Ausstellung fallen, die Schlaglichter auf die Geschichte der Deutschen Einheit seit 1990 wirft und dabei die Umbruchserfahrungen der Ostdeutschen in den Mittelpunkt stellt. »Umbruch Ost« präsentiert zeitgenössische Bilder namhafter Fotografen wie Daniel Biskup, Paul Glaser, Harald Hauswald und Ann-Christine Jansson. Die Ausstellungskonzeption sowie -texte stammen vom Historiker und Publizisten Stefan Wolle. Zeitzeugeninterviews des Norddeutschen Rundfunks, die über QR-Codes abgerufen werden können, sowie Infografiken zur Deutschen Einheit vom Statistikportal Statista ergänzen die Schau.

Es ist die 13. Jahresausstellung der Stiftung. Seit 2009 erfährt das Konzept, Ausstellungen als Poster-Sets zu verbreiten, die gegen eine geringe Schutzgebühr bestellt und unkompliziert präsentiert werden können, ständig steigende Nachfrage. Und so ist auch das Interesse an der neuen Schau riesig. Anfang März sind fast die Hälfte der 2.500 gedruckten Poster-Sets an Kultur- und Bildungseinrichtungen im gesamten Bundesgebiet ausgeliefert. Die 23 DIN-A1-Poster werden von vielen Volkshochschulen, Schulen und Rathäusern sowie anderen lokalen Bildungseinrichtungen direkt nach Posteingang gerahmt und aufgehängt. Erste lokale Ausstellungspremieren sind für die zweite Märzhälfte terminiert und Hunderte weitere Präsentationen sind für die Monate bis zum 3. Oktober sowie darüber hinaus geplant. Auf der Projektwebseite warten umfangreiche didaktische Materialien zum kostenlosen Download.

An der Berliner Premiere der Ausstellung am 18. März sollten unter anderem der Präsident des Berliner Abgeordnetenhaus Ralf Wieland, der Ostbeauftragte der Bundesregierung Marco Wanderwitz sowie der Ratsvorsitzende der Bundesstiftung Aufarbeitung Markus Meckel, 1990 DDR-Außenminister in der Regierung de Maizière, teilnehmen. Bei so viel Prominenz würde die Presseberichterstattung das Ausstellungsangebot noch einmal bundesweit bekannter machen, so das Kalkül.

Doch es kommt alles anders als geplant: Am 16. März verkündet Bundeskanzlerin Angela Merkel einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Das öffentliche Leben kommt zum Stillstand. Alle Veranstaltungen sind ab sofort verboten. Es ist der Tag, an dem die großformatige Open-Air-Fassung der Schau vor dem Berliner Abgeordnetenhaus aufgebaut wird. Sie wird dort – trotz Corona – bis zum 14. Juni 2020 stehen, aber in dieser Zeit nur von wenigen Passanten gesehen.

Im April und Mai setzen die Veranstaltungsmacher alles daran, ihre vielen lokalen Partner zu bestärken, die Ausstellung für die zweite Jahreshälfte 2020 oder für das Folgejahr neu einzuplanen. Mit Erfolg. Auch die Nachfrage nach der Ausstellung nimmt im Sommer wieder zu. Nicht nur aus dem Inland, sondern auch aus dem Ausland. »Umbruch Ost« steht in unterschiedlichen Formaten in englischer, französischer, spanischer und russischer Sprache sowie als zweisprachige Fassung für die deutsche Kulturarbeit im Ausland zur Verfügung. Zweisprachig Englisch und Deutsch ist auch der gleichnamige Begleitband zur Ausstellung, der im Metropol Verlag Berlin erschienen ist. Deutsche Botschaften, Konsulate, Goethe-Institute, aber auch lokale Kulturvermittler können die Druckdaten der entsprechenden Sprachfassung kostenfrei anfordern und die Produktion dann vor Ort auf eigene Kosten durchführen.

Letztlich hat die Corona-Krise das Ausstellungsprojekt nicht gestoppt, sondern nur verzögert. Dadurch dass die Schau inhaltlich am 3. Oktober 1990 beginnt und die Jahrzehnte der deutschen Einheit ausleuchtet, bleibt das Bildungsangebot über den Jahrestag hinaus aktuell. Und so wird am Montag, dem 28. September 2020, in der Mall of Berlin die Nachpremiere der Ausstellung »Umbruch Ost« in Verbindung mit der Schau »Einheitsbilder« stattfinden, die Musealis in Weimar mit Förderung der Bundesstiftung Aufarbeitung erstellt hat.

Teil der Konzeption ist es zudem, dass die Ausstellungspartner vor Ort dazu eingeladen sind, die Schau mit eigenen Ausstellungstafeln zur Lokalgeschichte zu erweitern. Die Herausgeber stellen hierfür ausführliche Handreichungen sowie Gestaltungsvorlagen zur Verfügung, um den damit verbundenen Aufwand so gering wie möglich zu halten. Am 3. Oktober 2021 soll die Ausstellung »Umbruch Ost« mit allen bis dahin erstellten Ergänzungstafeln im Rahmen der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Halle (Saale) bei einer großen Finissage präsentiert werden.

Ulrich Mählert ist Zeithistoriker und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

»UMBRUCH OST«

Rathäuser, Kultureinrichtungen, Stadtbibliotheken, Volkshochschulen oder Schulen, die die Ausstellung zeigen möchten, finden unter umbruch-ost.de ein Bestellformular, Material für die eigene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, umfassendes didaktisches Material sowie Handreichungen zur Erstellung von Ergänzungstafeln.

AUSSTELLUNG »VOLL DER OSTEN«

Zu einer Bilderreise in die Zeit der Teilung lädt die Ausstellung »Voll der Osten. Leben in der DDR« des Fotografen Harald Hauswald ein. In Kooperation mit der Ostkreuz-Agentur der Fotografen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird eine ungeschminkte DDR-Realität gezeigt, an die sich heute selbst Zeitzeugen kaum mehr erinnern. Auf 20 Tafeln präsentiert die Ausstellung über 100 bekannte und unbekannte Fotos von Harald Hauswald. Die Texte stammen von dem Historiker und Buchautor Stefan Wolle. Die Schau steht als Poster-Set im Format DIN A1 für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zur Verfügung. Mehr unter: bit.ly/318gxcv. Lesen Sie auf der nächsten Seite ein Interview mit dem Fotografen Harald Hauswald.

FOTO: ULRICH MÄHLERT

Die Ausstellung »Umbruch Ost« widmet sich dem Alltag der Deutschen Einheit seit 1990

»Wenn aus dem Bild eine Geschichte wird, ist es ein gutes Bild«

Fotograf und Ostkreuz-Gründungsmitglied Harald Hauswald im Gespräch

FOTO: HARALD HAUSWALD/OSTKREUZ

Diese Szene fing Harald Hauswald 1987 beim Fest an der Panke im Berliner Bezirk Pankow ein

Bewusst oder unbewusst – mit hoher Wahrscheinlichkeit ist jedem schon mal eine Fotografie von Harald Hauswald begegnet: In gestochen scharfen schwarzweißen Straßenfotos dokumentierte er das Leben in der DDR. Seine Aufnahmen vom Berliner Alexanderplatz haben sich in das Gesellschaftsgedächtnis eingebrannt. Hauswald gründete nach der Wende gemeinsam mit sechs DDR-Fotografen die Agentur der Fotografen: Ostkreuz, heute die erfolgreichste von Fotografen geführte Agentur Deutschlands. Hans Jessen spricht mit ihm.

Hans Jessen: Herr Hauswald, Sie haben mit 16 eine Fotografenlehre begonnen, zunächst im Geschäft Ihres Vaters, der Fotografenmeister war, dann bei einem anderen Meister. Diese Lehre haben Sie abgebrochen. Warum?
Harald Hauswald: Nach anderthalb Jahren in der Dunkelkammer und als Lampenhalter hatte ich noch nie einen Fotoapparat in der Hand gehabt. Ich bin ausgebrochen, hab dann in verschiedenen Tätigkeiten u.a. auf Baustellen und als Aufzugsmonteur gearbeitet. Es war damals in der DDR gang und gäbe, dass junge Leute viel getrampt und auch Bands hinterhergereist sind. Ein Gegenmodell zur FDJ-Schiene. 1972 bin ich rund 40.000 Kilometer getrampt – nur in der DDR, und einmal nach Ungarn. Geld hatte ich wenig. Also half ich den Bands, ihre Verstärkeranlagen aufzubauen. So kam ich umsonst in Konzerte, und backstage gab's auch Verpflegung. Irgendwann war ich einer der ersten »Rock-Roadies« der DDR – mit Berufsausweis.

Haben Sie in der Zeit fotografiert?
Nein, leider nicht. Ich hatte ja, wie gesagt, bis dahin nie einen Fotoapparat in der Hand gehabt. Ich habe den Roadie-Job 1972 bei der Band Bürkholz angefangen, ein halbes Jahr später das abrupte Ende: ich musste zur Armee.

Nach der Armee haben Sie die Fotografenlehre wieder aufgenommen. Warum?
Die Band Bürkholz war inzwischen verboten worden. Ich war ohne Job, ohne Berufsabschluss. An der TU Dresden bekam ich eine Stelle als ungelernter Fotograf, unter einem alten Fotografenmeister, wo ich handwerklich enorm viel gelernt habe – und eine Delegierung an die Fotografenschule nach Caputh bei Potsdam. Dort konnte ich 1976 meinen Fotografenabschluss nachmachen. Das hieß »Erwachsenenqualifizierung«. Ich habe einen Riesenrespekt vor Handwerk. Das versuche ich auch den Teilnehmern meiner jetzigen Workshops zu vermitteln: Sie sollen eine Ahnung vom Prozess kriegen, der in der Fotoarbeit steckt. Das muss so selbstverständlich werden, dass man nicht mehr drüber nachdenken muss, sondern es verinnerlicht. Eigentlich fängt dann erst das Fotografieren an.

Man sagt: Wer die Führerscheinprüfung besteht, darf Auto fahren, aber das Autofahren lernt man erst danach. Inwiefern gilt das auch für Ihre Entwicklung als Fotograf? Für die war ein Job als Telegrammbote im Prenzlauer Berg wichtig …
Dieses Lernen gilt bis heute. Die Arbeit mit der Kamera hatte in der wiederaufgenommenen Lehre in Dresden begonnen. Mein Chef dort gab mir am ersten Tag eine Kamera und ließ mich Fotos machen. Er war zwar dabei, hat sich aber als »Back-up« im Hintergrund gehalten – für den Fall, dass meine Fotos nichts wären. Sie waren aber etwas und wurden in der Zeitung gedruckt. Plötzlich hatte ich Selbstbewusstsein. In Dresden begann ich, Landschaft und Architektur zu fotografieren, habe allmählich auch die Scheu vor Menschen abgelegt. Es ging darum, wann die Konstruktion eines Bildes stimmt. Ich glaube, man kann alles fotografieren, wenn man Spannung im Bild schafft.
1978 bin ich nach Berlin gezogen. Dort jobbte ich als Telegrammbote, weil ich von einem Tag auf den anderen hätte aufhören können, wenn mir eine Fotografenstelle angeboten worden wäre. Telegramme spielten in der DDR eine große Rolle, weil kaum jemand ein Telefon hatte. Als Telegrammbote kam ich nun wirklich auf jeden Hinterhof im Prenzlauer Berg und habe jeden Winkel gesehen. Die Kamera hatte ich immer dabei. Ich habe alles geknipst, was mich als Bild interessierte. Am Anfang oft Kinder und alte Leute – auch mit Teleobjektiv. Bis ein Freund sagte: »Schmeiß das Tele weg, nimm ein Weitwinkel, da kommst du näher ran.«

Haben Sie sich als Chronist empfunden?
Das habe ich damals nicht so empfunden, auch wenn es heute vielleicht zur Tatsache geworden ist. Fotografieren ist meine Eintrittskarte in die Welt. Die reicht heute über den damaligen Tellerrand hinaus, sie ist rund geworden. Ich bin neugierig – auf Begegnungen mit Menschen, auf Emotionen und darauf, es optisch umzusetzen. Am Anfang war ich noch relativ scheu. Später hat mir die Arbeit mit der Stephanus-Stiftung sehr geholfen. Behinderte zu fotografieren war ein wahnsinniger Lernprozess für die Annäherung an Menschen. Bei den Behinderten habe ich kapiert: Die kann ich fotografieren wie jeden anderen. Mit dem einen Unterschied: Sie lassen dich näher ran. Einer von ihnen sagte mal: »Eigentlich sind wir alle behindert – bloß bei uns haben sie es gemerkt.« Diese Öffnung habe ich als Lernerfahrung auch auf die Straßenfotografie übertragen.
Unser Leben ist jeden Tag wie ein Film, der abläuft. Wenn Du den Fotoapparat hochhebst und ein Bild machst, ist das ein Ausschnitt dieses Films. Es geht darum, dass eine Geschichte erkennbar wird, und nicht nur ein Bildchen. Wenn aus dem Bild eine Geschichte wird, ist es ein gutes Bild.

Könnten Sie selbst definieren, ob Hauswald-Fotos ein gemeinsames Charakteristikum haben?
Das kann ich selbst schwer beurteilen, auch wenn mir oft nachgesagt wird, dass man meine Handschrift erkennt. Die schwarz-weiß Straßenfotografie war ausgeprägt in der DDR. Es gab viele Fotografen, die ihre Jobs hatten, aber damit unzufrieden waren und diese Sozialfotografie nebenbei gemacht haben. Es war eine Übernahme von »Magnum-Denken« : Menschenwürdige Darstellung auf der Straße, das wäre die Kurzformel. Wobei Straße nicht nur Straße ist, sondern auch in Privaträume reingeht. Mir ist wichtig, die Menschen nicht zu denunzieren, aber sie darzustellen in einer Form, die dem Betrachter Nähe zulässt.
Fotografie ist Eintrittskarte in die Welt, war für mich aber auch der Versuch, mich vom Kopf her gegen die Umstände zu wehren. Befreiung.
Druck erzeugt Gegendruck, ich habe es bewusst gemacht – deswegen hat die Stasi das dann auch gesehen. Sie haben die Bilder genauso interpretiert, wie ich sie gemeint hatte. Das war auch ein Prozess. Bei illegalen »Wohnungslesungen« lernte ich relativ schnell den Schriftsteller Lutz Rathenow kennen– er hat dann für die ersten Fotoveröffentlichungen im Westen gesorgt. Das war natürlich »staatsfeindlich«: Agententätigkeit, Staatshetze, Devisenvergehen. Das hätte zwölf Jahre Knast geben können. Seitdem durfte ich in der DDR praktisch nicht mehr veröffentlichen - außer in Kirchenzeitungen gab's kaum noch etwas. Damit war der Weg vorgegeben, den ich dann weitergehen musste. Bis zum – für mich – gar nicht bitteren Ende. Für andere schon.

Hat Ihr Erfolg in Westmedien auch damit zu tun, dass Sie als in der DDR lebender Fotograf andere Dinge und Momente erspüren konnten, als jemand, der – handwerklich durchaus qualifiziert – von außen reinkommt?
Absolut. In den Fotos stecken teilweise Metaphern, die hätte ein Wessi gar nicht sehen können. Z. B. ein schwarzweißes Foto aus Pankow: Da sitzen drei Alte vor einer Hauswand mit dem Transparent »Frieden ist nicht Sein, sondern Tun«. In der DDR eine normale Szene, da gab's viele Transparente. Vor diesem saßen nun aber 15 Rentner, die gerade »sehr viel« tun. Das Foto habe ich gemacht. Ich weiß nicht, ob ein Außenstehender diese Situation gesehen hätte. Was ich vorhin sagte: Da fängt eine Geschichte an.

1990 gründeten Sie mit sechs anderen Fotografen die Agentur »Ostkreuz« – ein prägnanter Titel, zumindest jeder Berliner kennt den S-Bahnhof Ostkreuz – war das auch ein programmatischer Anspruch?
Eigentlich steckt dahinter, dass der »Stern« rund um den Mauerfall aktiv wurde. Sie hatten erwogen, die Gründung einer Bildagentur mit 50 Fotografen zu unterstützen. Taten sie dann doch nicht, weil sie sich selbst Konkurrenz gemacht hätten. Anfang 1990 hatte die französische Regierung dann 200 DDR-Künstler zu einem zehntägigen Event nach Paris eingeladen. Maler, Fotografen, Rockbands… Wir saßen mit vier oder fünf Fotografen in Paris im Café und meinten: Diese Agentur ist zwar gestorben – aber irgendwas muss aus der DDR rauskommen. Dann machen wir eben keine große, sondern eine kleine, feine Agentur. In Berlin haben wir uns dann wieder getroffen und zwei Tage nach einem Namen gesucht. Wir wollten nichts aus der Fotografie nehmen, das war zu platt. Es musste DDR und der Standort Berlin drinstecken. Irgendjemand sagte dann: »Ostkreuz«. Als Bahnhof kennt das jeder, steht für Begegnung, verschiedene Himmelsrichtungen, Berlin steckt drin, DDR, Menschen, Bewegung – alles, was Fotografie ausmacht, steckt in dem Begriff. Das war's. Im Nachhinein hat sich der Name als Glückstreffer herausgestellt.

Welche Rolle spielte die berühmte Agentur »Magnum« als Referenzmodell?
Genau diese: Referenzmodell. Wir wollten eine von Fotografen geführte Agentur. Wir wollten keinen Geschäftsführer, der mit Fotografie nichts zu tun hat und es rein wirtschaftlich sieht. Wir wollten eine selbst geführte Agentur, die dem einzelnen Fotografen zwar Arbeiten abnimmt, Bürokram und Organisation, aber es sollte weiter der Austausch über Fotografie stattfinden. Agentur bedeutet auch Lobby. Wo der Fotograf als Einzelkämpfer oft dem Honorar hinterherjagt, sind die Kunden bei Agentur viel zahlungswilliger, weil sie keine Lust auf Rechtsanwalt haben. Und es ging um Verträge. Wir mussten auch aufpassen, nicht mit Dumping-Verträgen zulasten der Westfotografen eingekauft zu werden.

»Ostkreuz« wird dieses Jahr 30. Die Agentur ist international etabliert, sie ist stetig gewachsen – derzeit über 20 Fotografen. Wie verhindern Sie Beliebigkeit, an der auch schon Agenturen gescheitert sind?
Indem wir für uns selber überschaubar bleiben. Am Anfang war das sehr streng. Wenn jemand eine größere Geschichte gemacht hat, gab es eine Vorabnahme durch mindestens zwei Kollegen. Das war in der Agentur unausgesprochen unvermeidlich, um eine Geschichte so einzudampfen, dass es eine gute Präsentation wird. Uns wurde im Nachhinein oft bestätigt, dass Ostkreuz bei den Bildredaktionen sehr willkommen war, weil sie eine strenge Auswahl gezeigt haben. Neben der gleichbleibenden Qualität der fotografischen Arbeit in jeweils individueller Ausprägung war das ein wichtiger Grundstein.

Jeder macht heute Fotos mit dem Handy oder Tablet, Bilder zum Nulltarif, die Elektronik regelt alles automatisch – ist das der Tod der Fotografie als Lichtbildkunst? Wäre dieser Fortschritt uns besser erspart geblieben?
Jein. Die Entwickelung ist durch den technischen Fortschritt unvermeidlich. Diese Phase gab`s eigentlich schon einmal: Als Fotografie entstand, ging es der Malerei genauso. Porträt- und Landschaftsmalerei waren erledigt, das konnte die Fotografie schneller, besser, realitätsnäher. Die Malerei wich aus und erfand den Expressionismus, neue Geschichten. Die digitale Entwicklung hat ihre Berechtigung, auch wenn es lächerlich ist, was alles an Selfies produziert wird und im Bilderschrott landet. Aber okay, das ist eine Form von Volksbefriedigung. Analog-Fotografie nimmt wieder zu, geht aber in Richtung Kunstform und ernsthafte Dokumentarfotografie. Analogfotografie ist mehr daran orientiert, irgendwann mal an der Wand zu hängen. Entweder zu Hause oder im Museum. Digitalfotografie ist eher eine Netzblase. Die wird nicht platzen, sondern größer. Aber viele Bilder haben ein schnelles Verfallsdatum. Manchmal vermisse ich das gute, alte Fotoalbum mit den selbst eingeklebten Aufnahmen.

Vielen Dank.

Harald Hauswald ist freischaffender Fotograf und Gründungsmitglied der Agentur Ostkreuz. Hans Jessen ist freier Journalist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

AUSSTELLUNG

C/O Berlin präsentiert vom 12. September bis 23. Januar 2021 die Ausstellung »Harald Hauswald . Voll das Leben! . Retrospektive.«: bit.ly/2NyUnrT

Black Lives Matter

Tahir Della im Gespräch

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland vertritt die Interessen Schwarzer Menschen in Deutschland und steht für Gerechtigkeit in der Migrationsgesellschaft ein – seit Mitte der 1980er Jahre. Ihr Sprecher Tahir Della spricht mit Hans Jessen über den Tod von George Floyd, die »Black lives matter«-Bewegung und (Anti-) Rassismus.

Hans Jessen: Herr Della, im Mai wurde der Afro-Amerikaner George Floyd durch Polizeigewalt getötet. Unter der Parole »Black lives matter« breitete sich eine Solidaritäts- und Protestwelle zunächst in den USA und dann weltweit aus. Wie nehmen Sie die Entwicklung in Deutschland wahr?
Tahir Della: Mich beeindruckt das große Potenzial von Menschen, die gegen rassistische Morde und Übergriffe protestieren und sich solidarisch erklären. Ich habe mich – das ist nicht böse gemeint – allerdings auch gefragt, wo diese Menschen vorher waren. George Floyd war ja nicht der erste Fall. Der Tod des Afro-Amerikaners Eric Garner in den USA war praktisch deckungsgleich, hat aber weitaus weniger ausgelöst.

Seit 35 Jahren setzt sich die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland – ISD, deren Sprecher Sie sind, gegen Diskriminierung von People of Colour (PoC) in Deutschland ein. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die Zeit offenbar jetzt reif ist für eine solch breite gesellschaftliche Bewegung?
Die Proteste werden von überwiegend jungen Menschen getragen. Nicht nur von PoC, sondern auch von sehr vielen weißen jungen Menschen. Diese Generation, das erleben wir ähnlich in der Klimabewegung, entwickelt jetzt ein Bewusstsein dafür, dass in den vergangenen Jahrzehnten viele Dinge nicht behandelt wurden. Das fällt denen jetzt auf die Füße. Bei der Klimagerechtigkeit ist das offenkundig. Ich glaube, beim Thema Rassismus verhält es sich ähnlich. Der Fall George Floyd politisiert, und die jungen Menschen schauen nun auch: Welche NGOs beschäftigen sich eigentlich schon länger mit Rassismus? Bei denen docken sie sich an, aber sie entwickeln auch eigene Formen.

Bedeuten die jetzigen Demonstrationen und Aktionen automatisch auch eine breitere und intensivere Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen und rassistischen Strukturen in Deutschland?
Automatisch auf keinen Fall. Man muss jetzt schon hinterher sein mit politischen Forderungen in die Parlamente, die Politik und die Gesellschaft hinein. Das muss sich verstetigen, es darf nicht nur in Form dieser Proteste stattfinden, die eine zwar große Symbolkraft haben, aber nicht automatisch zu politischen Veränderungen führen.
Wir haben uns in den letzten 30, 40 Jahren zwar in der Zivilgesellschaft intensiv auseinandergesetzt mit institutionellem Rassismus, aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Horst Seehofer z. B. empfahl sich kürzlich selbst als »Rassismus-Experten« – letztes Jahr sprach er noch von »Migration als Mutter aller Probleme«.

Was erwarten Sie oder was fordern Sie aktuell von den staatlichen und politischen Institutionen? Ist die Situation jetzt ein Momentum für die Interessen schwarzer Menschen in Deutschland?
Schwarze Menschen und PoC sind unsere erste Zielgruppe als ISD, aber wir weisen natürlich darauf hin, dass zahlreiche andere Gruppen ebenso von Rassismus betroffen sind: z. B. Sinti und Roma, die jüdische Gemeinschaft, Migranten und Geflüchtete … In Berlin wurde gerade das Antidiskriminierungsgesetz im Parlament verabschiedet. Wir wünschen uns, dass auch in anderen Landesparlamenten und auf Bundesebene solche Gesetze beschlossen werden, die es ermöglichen, Sammelklagen z. B. von NGOs zu erheben. Wir wünschen uns Klagemöglichkeit auch gegenüber Behörden und Institutionen. Die Beweispflicht liegt bisher bei den Betroffenen. Wir wünschen uns, dass zukünftig Behörden nachweisen müssen, dass es keine Ungleichbehandlung aus rassistischen Gründen gibt. Wir müssen auch die Diskussion führen über den Zusammenhang von gesellschaftlichem und staatlich verankertem Rassismus …

… wo sehen Sie in Deutschland staatlich verankerten Rassismus?
Wir haben das sehr deutlich gesehen bei dem Terrornetzwerk aus Thüringen, dem sogenannten NSU. Dort wurde bundesweit nach rassistischen Vorgaben ermittelt – bzw. eben nicht ermittelt. Die Polizei hat von Anfang an Angehörige und Umfeld der Opfer unter Druck gesetzt. Obwohl diese von Anfang an Verdacht auf Neonazi-Täter hatten, wollte die Polizei Aussagen gegen die jeweiligen »Communities« haben. Ohne dass die Behörden sich verabredet hätten, wurden durch so geleitete Ermittlungen weitere Morde möglich. Bekannt geworden ist ein Bericht aus Baden-Württemberg, in dem es heißt, in Mitteleuropa sei die Ermordung von Menschen mit einem so hohen Tabu belegt, dass solche kaltblütigen Morde eigentlich nur Menschen außerhalb dieses europäischen Kontextes zuzurechnen wären. Da wird deutlich, was für ein Denken auch in institutionellen Strukturen vorhanden ist. Das sind auch nicht nur Einzelfälle, Muster wiederholen sich. Stichwort NSU 2.0: So wurden z. B. aus einer Frankfurter Polizeidienststelle Drohfaxe an eine Anwältin verschickt, die in NSU – Verfahren Nebenkläger vertreten hat. Wir wollen auf keinen Fall jeden einzelnen Beamten bzw. jede einzelne Beamtin in diesen Strukturen als »rassistisch« markieren – aber rassistisches Handeln ist auch ohne Intention möglich, wenn es durch Vorgaben und Normen befördert wird.

> **»Wir haben uns in den letzten 30, 40 Jahren zwar in der Zivilgesellschaft intensiv auseinandergesetzt mit institutionellem Rassismus, aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns.«**

Die Bewegung »Black lives matter« schafft neue Solidarität – ist das eindimensional, oder beobachten Sie auch Polarisierung, also auf anderen Ebenen zunehmende Ablehnung und Aggression?
Diese Polarisierung ist nicht neu, wir hatten sie auch schon vor der jetzigen Protestwelle. Zunehmender Widerstand gegen eine Neuausrichtung der Gesellschaft, gegen Überprüfung auf Rassismus und Diskriminierung. Es mag etwas paradox klingen: Aber für mich ist solch wachsender Widerstand eine Bestätigung, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wenn wir beim Thema Rassismus auch gegenüber Polizei und Justizbehörden ein Tabu aufheben, dann erzeugt das Widerstand und den reflexhaften Vorwurf, wir würden einen Generalverdacht aussprechen. Dieser Vorwurf ist falsch, aber er zeigt, wie viel Arbeit noch vor uns liegt.

Vielen Dank

Tahir Della ist Sprecher der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland – ISD. Hans Jessen ist freier Journalist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

Die Stadt war leer

Nicht einmal die Vögel waren noch da. Als hätte man sie vergiftet. Oder erschreckt. Aber was könnte einen Vogel in einer großen Stadt schon erschrecken?

Acht Autorinnen und Autoren aus fünf Kontinenten schreiben gemeinsam eine Geschichte.

Heft 3/2020

In dieser Ausgabe:
SERHIJ ZHADAN
MATHIAS ÉNARD
TOPE FOLARIN
GLENN DIAZ
PATRICIA GRACE
YVONNE OWUOR
CLAUDIA PIÑEIRO
BEN OKRI

KULTUR AUSTAUSCH
Zeitschrift für internationale Perspektiven
Jetzt am Kiosk, zu bestellen unter
www.kulturaustausch.de
oder bei kulturaustausch@conbrio.de
(pro Ausgabe 7 Euro zzgl. Versandkosten)

Missverstehen als Fortschritt

Achille Mbembe in Deutschland

NATAN SZNAIDER

Ein Gespenst geht um in Europa. Das Gespenst der moralisch aufgeladenen Politik. Zwei große moralische Narrative der Grausamkeit kommen mit tiefen politischen Konsequenzen auf uns zugefahren und befinden sich auf Kollisionskurs. Das westliche Narrativ erinnert an die Verbrechen des Totalitarismus wie Holocaust und Gulag. Gerade in der Erinnerung an den Holocaust befinden sich Israel und Juden im Brennspiegel. Die Erinnerung an den Holocaust hat zur Folge, dass die Existenz Israels für viele Juden ein Garant ihrer Sicherheit darstellt.

Jenseits der atlantischen Welt spielen diese Erinnerungen eine unwesentlichere Rolle. Im Vordergrund stehen die Grausamkeiten des Westens gegen die Welt, die außerhalb des Westens steht. Nicht Holocaust, sondern Kolonialismus und Imperialismus sind die semantischen Markierungen. Was Israel angeht, sind in diesem Narrativ Israelis weiße Siedler und Israel eine Siedlergesellschaft, die die eingeborene Bevölkerung unterwirft und als Handlager des Westens gesehen wird. Sicher sind diese beiden moralischen Narrative nicht klar voneinander zu trennen, sondern sie sind sowohl in Geschichtsschreibung als auch in politischen Annährungen miteinander verknüpft. Gerade im Nahostkonflikt sind sie überlagert. Dieses kolonialistische Narrativ konkurriert nun mit dem Narrativ des Holocaust. Es war Hannah Arendt, die in ihrer Totalitarismus-Studie, »Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft« schon 1951 auf diese Verknüpfung hingewiesen hat. Sie sah sowohl den Holocaust als auch den Kolonialismus als Produkte des Westens, für den der Antisemitismus konstitutiv war. Denkerinnen und Denker wie der kürzlich verstorbene Albert Memmi, Jean Améry, Aimé Césaire, Charlotte Delbo und andere dachten Kolonialismus und Holocaust zusammen. Es ging ihnen auch gerade darum, die Werte der Aufklärung über die Katastrophe hinaus zu retten.

Nicht nur die Gründung des Staates Israel als Ausdruck jüdischer politischer Souveränität hat diesen Prozess gestoppt. Das ist eine globale Erscheinung, die in Deutschland natürlich anders konnotiert ist. Nach 1945 schien es mehr als natürlich, dass nur der Zionismus das für die Juden von den Nazis Zerschlagene wieder zusammenfügen kann. Ein mystisches Grundereignis, das politisch übersetzt wurde, nämlich den Juden einen Staat zu geben. Und neben der theologischen Dimension Israels begann der neu gegründete Staat Israel mit einer ethnischen Definition seiner Nation und versuchte, ja musste es versuchen, aus der Pluralität jüdischer Diasporaexistenz eine nationale Einheit zu schaffen. Das Konzept der Souveränität des israelischen Staates stellte eindeutig die jüdische Vision des Lebens in der Diaspora infrage. Und hier beginnt die Kritik an Israel als europäisch ethnonationales, wenn nicht sogar koloniales Projekt. Es ist in erster Linie Kritik an der Ausübung jüdischer politischer Souveränität. Und es ist eine Kritik an der gewaltsamen Landnahme der Zionisten. Denn die Idee eines Staates für Juden im Nahen Osten konnte nur mit Gewalt durchgesetzt werden.

Damit wurden die politischen Fronten neu gezogen. Das musste auch der postkolonialistische Denker Achille Mbembe am eigenen Leib anlässlich seiner Einladung, die Ruhrtriennale im Sommer 2020 zu eröffnen, erfahren. Die Reaktionen waren abzusehen. Mbembe wurde als Antisemit, Israelhasser und Holocaustleugner beschimpft, während andere ihn als legitimen Kritiker des israelischen Kolonialismus auszeichneten oder auch sein Recht auf Kritik verteidigen wollten. Es galt nicht, als Mbembe von sich behauptete, kein Antisemit zu sein. Die andere Seite hingegen, die Mbembe verteidigt, argwöhnt, der Antisemitismusvorwurf diene nur dem Interesse Israels, legitime Kritik zum Schweigen zu bringen. Das sagt mehr über die Sprecher als über das Gesprochene und die manchmal an üble Nachrede grenzenden Verurteilungen sagen wohl eher etwas über die Ungewissheit der eigenen Position aus. Das gemeinsame Denken von Holocaust und Kolonialismus wurde seit den 1970er Jahren durch immer stärker werdende Identitätspolitik zu einem Denken der Konkurrenz. Die Geschichte von Holocaust und Antisemitismus drohte die relativ neue Disziplin der postkolonialistischen Studien im wahrsten Sinne zu überwältigen. Das ist auch der Grund, warum neue Disziplinen wie Diaspora-Studien, postkoloniale Studien, ethnische Studien sich häufig gegen und in Konkurrenz gegen jüdischen Studien definieren, ja definieren müssen. Und es geht natürlich auch um die gegenseitig ausschließende Opferkonkurrenz. Postkolonialistisch und postnationalsozialistisch waren nun wie Schwerter, mit denen man gegenseitig auf sich losschlug.

Das kolonialistische Narrativ konkurriert nun mit dem Narrativ des Holocaust

Das muss aber nicht sein und man kann das in den 1950er begonnene Gespräch zwischen Holocaust und Kolonialismus wieder aufzugreifen. Es gibt durchaus postkolonialistische Ansätze, in denen zentrale Fragen der jüdischen Geschichte wie Assimilation, Emanzipation, Exil, Minderheitsrechte und Heimatlosigkeit grenzüberschreitend gelesen werden. Es ist durchaus möglich, transnationale Debatten historisch einzubetten und zu verankern. Das gilt insbesondere auch für Diskussionen über transnationale Gerechtigkeit, die über europäische Ansätze hinausgehen wollen und in denen es auch über die »Tradition der Unterdrückten« geht. Das ist richtig für jüdische Geschichte, aber für den souveränen Staat Israel hat das weniger Resonanz. Partikulare Stimmen sind daher historisch und theoretisch notwendig. Gerade post-kolonialistische und jüdische Stimmen pochen auf ihren Partikularismus. Deshalb sind die Missverständnisse in der Mbembe-Debatte auch Fortschritt. Beide Seiten pochen auf ihr eigenes »Nie wieder« und beide haben wohl von ihrem jeweiligen Standpunkt aus recht.

Mbembe und seine Kritiker vertreten daher keine Inkommensurabilität. Eine postkritische Theorie verlässt das »Entweder-oder« und bewegt sich auf ein »Sowohl-als-auch« zu. Das heißt natürlich nicht, dass wir uns einer dialogischen Illusion oder machtfreien Kommunikation hingeben sollen. Konflikte können und sollen nicht weggedacht werden, so wie unsere partikularen Erinnerungen nicht einfach ausgetauscht werden können. Das ist gut für die Debatte.

Natan Sznaider ist Soziologe in Tel Aviv

Der Sturz der wahren Monumente

Von Denkmalsturz und Ideengeschichte

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Warum bin ich auf diese Idee nicht selbst gekommen? Den eigenen Artikel mit einem Warnhinweis anfangen lassen. Wie Sonja Zekri es in der Süddeutschen Zeitung vormacht. Achtung: »Dieser Text ist nicht neutral«. Kann Zuspitzungen enthalten, oder sogar Polemik. Großartig! Ein solcher Warnhinweis klärt vieles. Man ist seiner intellektuellen Compliancepflicht nachgekommen, hat Verantwortung gezeigt, den Leser vor möglichen Nebenwirkungen gewarnt. Bitte nur morgens lesen und nicht auf nüchternem Magen!

Das Verfahren scheint Schule zu machen, wenn man die Vorschläge im jüngsten Denkmalstreit nimmt. Fragwürdige Zeitgenossen, auch gänzlich unbekannte, sollen jetzt mit einer Warntafel versehen werden. Achtung: Rassist! Ich weiß zwar nicht, warum ein Rassist weniger schlimm sein soll, wenn man draufschreibt, dass er einer ist. Aber offenbar will man das bekannte Zeichen setzen beim »erinnerungskulturellen Kassensturz«, wie das die Süddeutsche Zeitung nennt.

Der erinnerungskulturelle Kassensturz ist gar nicht so einfach, und er wird umso schwieriger, je prominenter die Namen sind, um die es geht. Karl Marx z. B., der jetzt an der Reihe ist. Seine rassistischen Ausfälle gegen den Erzrivalen Lassalle sind sattsam bekannt. Aber was machen wir mit den Monumenten, in Trier, Chemnitz, Leipzig oder Berlin? Graben wir sie wieder ein? In die märkische Heide? Muss man die Geschichte der Arbeiterbewegung deswegen gar umschreiben? Womöglich aus rein proletarischer Sicht? Weil man auch die alte hermeneutische Regel gerade auf den Kopf zu stellen versucht, wonach man von sich selbst doch am wenigsten weiß.

Mit dem Erkenntniszugewinn ist das so eine Sache. Wir lesen jetzt wieder Namen, die keiner mehr kennt, jedenfalls nicht außerhalb der englischen Hafenstadt Bristol. Den Namen von Edward Colston z. B., der sein schmutziges Geld mit dem Sklavenhandel verdiente. Man hat das all die Jahre gewusst, aber schamhaft verschwiegen. Von diesem Colston habe ich zugegebenermaßen erst erfahren, als er kopfüber ins Wasser des Hafenbeckens gestürzt wurde. Ob dasselbe Schicksal auch Winston Churchill droht? Zum Glück gibt es auf dem Londoner Westminster Square kein solches Gewässer. Churchill hat sein Land zwar vor den Nazis bewahrt, aber jetzt holt ihn seine ganze Biografie ein. Man hat sein Denkmal inzwischen verhüllt. Man will das Land wohl vor dem eigenen Sohn schützen. Und Mahatma Gandhi? Selbst den hätte es um ein Haar noch erwischt; was einen Kommentator besorgt fragen lässt, wie lang die Proskriptionsliste noch werden soll, auf der solche Namen stehen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / AP IMAGES

Das verhüllte Churchill-Denkmal in London

Ziemlich lang vermutlich. Immanuel Kant steht jedenfalls längst schon darauf. Über ihn wird besonders heftig debattiert. Ausgerechnet dieser Urahn der Aufklärung, unser Alm-Öhi sozusagen des Glaubens an die reine Vernunft. Ich kann mich noch gut an einen Artikel der Gräfin Dönhoff erinnern, als sie über die Rückkehr des Kant-Denkmals nach Königsberg schrieb. Da war Rührung in fast jeder Zeile. Das ist kaum mal drei Jahrzehnte her. Und heute wollen wir dieses Denkmal wieder stürzen?

Natürlich steckt in der Kantischen Anthropologie so manches Zeugs, was uns Heutige nur mit dem Kopf schütteln lässt. Eckhard Henscheid hat sich darüber schon vor Jahren lustig gemacht. Doch über Kant darf man wohl nicht einmal mehr schmunzeln, seit er als Pate einer »populistischen Ausschließungsrhetorik« gilt. Halb besorgt, halb ironisch fragte auch die FAZ, wie rassistisch dieser kategorische Imperativ sei? Sehr, meint die amerikanische Philosophin Myisha Cherry, es handele sich bei Kant um eine frühe Form des »Otherings«, das bestimmte Gruppen vom vernünftigen Menschsein ausschließen wolle.

Der Fall Kant hat die Feuilletons tief in die staubigen Archive getrieben. Wir lesen heute mit Entzücken vom angesehenen Königsberger Stadtphysikus Metzger, der Kant auf akademischer Bühne widersprach. Er hat auch Bücher über die Lustseuche geschrieben. Ideengeschichte ist viel spannender, als

man glaubt. Es lohnt sich aber durchaus, den historischen Ort aufzusuchen, an dem der moderne Rassismus entstand; als die alte Ordnung des Denkens zerbrach, weil sie dem neuen Wissensdruck nicht mehr standhalten konnte. Und eine neue entstand, die auch neue Kategorien brauchte.

Vielleicht wäre man dort Anton Wilhelm Amo begegnet, wie er nach seiner evangelischen Taufe hieß; der als Sklavenkind vom Golf von Guinea an den Hof von Braunschweig-Wolfenbüttel kam, in Helmstedt studierte und in Halle zum hochangesehenen Philosophieprofessor wurde. Damals waren solche Karrieren noch möglich; sie erscheinen uns heute wie das Aufleuchten eines großen Menschheitsprojekts. Doch dann hat sich eine sehr lange Nacht darüber zu legen begonnen.

Man muss sich tatsächlich fragen, warum Kant »seinen Universalismus nicht zu Ende dachte«. Aber was die Kant-Forscher als Antwort vorschlagen, wirkt eher wie eine Evaluierungskommission. Man müsse jetzt sehr genau prüfen, ob »Kants Fehlurteile sich auf seine Ethik, Rechtsphilosophie, politische Theorie und andere Teile seines Werks ausgewirkt haben«, schreibt der Vorsitzende der Kant-Kommission der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Marcus Willaschek. Und dann kommt die Zertifizierungsplakette.

Geht es um die Revision von Texten, oder geht es um historisches Unrecht und erlittene Diskriminierung? Die Wunden sind doch alle noch offen. Die Proteste zeigen das klar. Am Ende steht aber die Menschheitsidee auf dem Spiel, die der europäischen Aufklärung. Gustav Seibt hat das in bemerkenswerter Klarheit gesehen und vom unvollendeten Projekt des Westens gesprochen. Das Übergreifen der amerikanischen Proteste auf Europa habe für einen Moment wieder die Einheit dieses Westens in den Blick gebracht. Die liberale Moderne, möchte man schön dialektisch sagen, stellt sich ihren Versäumnissen und erlöst sich dadurch von sich selbst.

Aber das ist der alte Blick. Der Blick vom weißen, westlichen Sockel herunter. Der postkoloniale Diskurs zeigt sich daran immer weniger interessiert; er argumentiert auch nicht mehr universalistisch, er ist sich seiner selbst bewusst geworden. Die Herrschaftsverhältnisse, die auf der Welt entstanden sind, lassen sich nicht mehr trennen von diesem »weißen« Projekt. Doch der Nachahmungsimperativ, wie Ivan Krastev ihn nannte, der so lange bestimmte, ist inzwischen perdu. Die Ordnung der Dinge kommt künftig ohne Himmelsrichtungen aus. Ein neues Kapitel unserer postmodernen Welt wird gerade aufgeschlagen. Die Völker ohne Geschichte, wie man sie lange nannte, schreiben sich darin ein. Der Westen ist, was er ist, schreibt der algerische Schriftsteller Kamel Daoud in der Zeitung Le Monde: »unvollkommen und verbesserungswürdig«. Es gehe nicht darum, ihn zu zerstören. Denn die, »die davon träumen, sind die, denen es nicht gelungen ist, einen besseren Traum zu finden als den der barbarischen Revanche«. Hier stürzen die wahren Monumente. Die alten Figuren kann man getrost auf ihren Sockeln belassen.

Johann Michael Möller ist freier Publizist

Weltweit Werte für die Gesellschaft schaffen

Zur Geschichte der Deutschen Auslandsschulen und ihrer Aufarbeitung

THILO KLINGEBIEL

Bereits 1575 wurde die erste, bis heute existierende, Deutsche Auslandsschule in Kopenhagen im Rahmen der ersten konfessionellen, evangelisch geprägten Gründungsbewegungen eröffnet. Mit Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhalten die Deutschen Auslandsschulen mehr überkonfessionellen Charakter, bis dann 1878 mit dem sogenannten Reichschulfonds erstmals eine finanzielle staatliche Unterstützung der Deutschen Auslandsschulen eingeführt wird. Dass die Deutschen Auslandsschulen damit auch Teil der Verstrickung Deutschlands in den Kolonialismus waren, belegt ein Begleitschreiben des Reichskanzlers zur geheimen Denkschrift von 1914: »Die Denkschrift ist (…) nur den Mitgliedern der Budgetkommission – und zwar mit der Verpflichtung der Geheimhaltung und Rückgabe – mitgeteilt worden. Dies ist geschehen, um zu verhindern, daß ihr Inhalt der Öffentlichkeit und damit auch den fremden Regierungen bekannt wird. Eine genaue Kenntnis unserer Bestrebungen auf dem Gebiete des Auslandsschulwesens (…) würde voraussichtlich eine Anzahl dieser Regierungen veranlassen, der Weiterentwicklung der deutschen Schulen in ihrem Lande Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Auch könnten diejenigen Staaten, die auf dem Gebiete der Kulturpropaganda im Ausland mit uns im Wettbewerb stehen, durch die Denkschrift zu wirksamerer Bekämpfung der deutschen Auslandsschulen veranlaßt werden.«

Antwort auf die Vergangenheit

105 Jahre nach der verborgenen Erstellung dieses bedrückenden Dokuments würdigt der Deutsche Bundestag im November 2019 in seinem Beschluss »Deutsches Auslandschulwesen weiter stärken und auf breiter Basis entwickeln« das Netz der Deutschen Auslandsschulen als »ein besonders erfolgreiches Instrument der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik«. Die Absolventinnen und Absolventen der Deutschen Auslandsschulen seien über Jahrzehnte hinweg in vielen Ländern verlässliche und vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen und -partner in einem Austausch auf Augenhöhe mit den die Schulen gründenden zivilgesellschaftlichen Initiativen. In den heutigen Zielen und der Struktur der Deutschen Auslandsschulen drückt sich die Antwort auf und der Umgang mit deren Vergangenheit aus.

Nach dem Zusammenbruch des Netzwerks der Deutschen Auslandsschulen als Konsequenz des Ersten Weltkriegs erholt und erhöht sich die Zahl der Deutschen Auslandsschulen zunächst. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Indoktrination der Schulen durch die Nationalsozialisten liegt das Auslandsschulwesen am Boden. Es erholt sich danach langsam, aber kontinuierlich, bis 1968 die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen gegründet und die heute bekannte Struktur geschaffen wird. Die Deutschen Auslandsschulen werden zentraler Schwerpunkt der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, die fortan die dritte Säule der Auswärtigen Politik bildet.

Diversität als Chance und Verpflichtung

Grundlage ist die öffentlich-private Partnerschaft zwischen fördernden Stellen und freien, gemeinnützigen Schulträgern. Die zivilgesellschaftlichen Initiativen der Träger gründen und führen die Schulen eigenständig und sind dazu verpflichtet, im Schnitt drei Viertel ihrer Mittel über Schulgelder zu erwirtschaften. Bund und Länder fördern die Schulträger auf der Grundlage des Auslandsschulgesetzes finanziell und personell. Die Förderung erfolgt dabei als gesetzliche Anspruchsförderung und/oder als freiwillige Förderung über Zuwendungen. Heute gibt es Deutsche Auslandsschulen auf fünf Kontinenten in über 70 Ländern an 140 Standorten. 85.000 Schüler besuchen die Schulen, von denen 75 Prozent Kinder nichtdeutscher Eltern sind. Dieser Begegnungscharakter der Deutschen Auslandsschulen ist es, der in den letzten zehn Jahren weiter gestärkt wurde, und der im Beschluss des Bundestages von 2019 als »grundlegender Wandel« gewürdigt wird, hin zu einem »System des gemeinsamen Lernens«, bei dem Diversität als Chance genutzt werden soll.

Standortbestimmung – materiell, aber auch sozial und moralisch

Während die Alexander von Humboldt Stiftung, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und das Goethe Institut ihre Anfänge in den 1920er Jahren haben, schließen sich die freien Schulträger der Deutschen Auslandsschulen erst 2003 global zum Weltverband Deutscher Auslandsschulen (WDA) zusammen. Damit haben die zivilgesellschaftlichen Schulträger, die in ihrer Diversität eben die Vielfalt der Welt in die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) einbringen, erstmalig eine gemeinsame Stimme und eine demokratische Willensbildung.

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums startet der Weltverband eine Studie zum gesellschaftlichen Wert der Deutschen Auslandsschulen – dem Public Value – für Deutschland und weltweit, die gemeinsam mit der Universität St. Gallen durchgeführt und mit Unterstützung der Siemens Stiftung selbst finanziert wird. Der WDA macht die Vorstellung der Studie zum zentralen Ereignis des seit 2003 alle vier Jahre stattfindenden Weltkongresses Deutscher Auslandsschulen. Nach über 400 Jahren der Geschichte Deutscher Auslandsschulen sind es die freien Schulträger, die damit die ganzheitliche wissenschaftliche Reflexion der Deutschen Auslandsschulen eröffnen. Dabei wählen sie bewusst einen Forschungsansatz, der den Wert der Deutschen Auslandsschulen nicht nur materiell, sondern auch sozial und moralisch misst.

Werte und Spannungsfelder

Die Studie ergibt, dass die Deutschen Auslandsschulen aus Sicht von Experten in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden einen wichtigen Beitrag zum Ansehen Deutschlands in der Welt leisten. Ausbildung und Abschlüsse der Schulen genießen demnach international hohe Anerkennung. Als Sprach- und Bildungsbotschafter spielen die Schulen eine bedeutende Rolle in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Deutsche Unternehmen, die Mitarbeiter ins Ausland entsenden, profitieren stark von den schulischen Angeboten. Dabei können die Schulen in Zielkonflikte geraten, etwa zwischen Gemeinnützigkeit und Marktorientierung oder nationaler und globaler Ausrichtung, wie die folgenden Beispiele zeigen.

FOTO: GOETHE SCHULE BUENOS AIRES

Die Goethe Schule in Buenos Aires arbeitet die eigene Historie auf

Bildung »Made in Germany« vs. Begegnung der Kulturen

Einerseits bauen die Deutschen Auslandsschulen auf die deutsche Bildungsqualität als Markenzeichen. Zugleich sind die Schulen angehalten, sich internationaler auszurichten und ihren Schülern globale Karrierewege zu eröffnen. Die Schulen stehen für Begegnung und interkulturellen Austausch, für Integration und Völkerverständigung. Der Auftrag als deutsche Bildungseinrichtungen ist also bei gleichzeitiger Internationalisierung stets im Blick zu behalten, darf aber auch nicht zu viel Gewicht erlangen. So stehen die deutschen Abschlüsse in einem Spannungsverhältnis mit dem Begegnungscharakter vieler Schulen, analog zum Konkurrenzverhältnis deutscher Abschlüsse mit internationalen Abschlüssen.

Partner der Wirtschaft vs. Begegnung der Kulturen

Die Wirtschaft profitiert stark davon, dass die Deutschen Auslandsschulen hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten an zahlreichen Standorten in der ganzen Welt bieten; sie ermöglichen den Kindern von Mitarbeitern eine verlässliche Schulbildung und leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zum internationalen Talentpool, auf den die Unternehmen aus Deutschland zugreifen können. Doch welchen Stellenwert hat der Aspekt der Völkerverständigung und der interkulturellen Begegnung dann noch? Wenn Deutsche Auslandsschulen nur als Ressourcenzentren gesehen werden, kann der Begegnungsaspekt in den Hintergrund geraten.

Triple Win – Gewinn für Deutschland, Sitzland und Absolventen

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen, betrachteten die Schulträger dieses Spannungsverhältnis mit der durch die Bertelsmann Stiftung unterstützten WDA-Studie »Deutsche Schulen, Globale Bildung: Beitrag der Deutschen Auslandsschulen zum Triple Win« 2017 näher. Der Fokus lag dabei auf dem Migrationszyklus und dem Dreifachnutzen für Deutschland, das Sitzland der Schule und die Absolventen der Schule, dem sogenannten »Triple Win«. Die Studie zeigt, dass die Hypothese des Triple-Win-Potenzials Deutscher Auslandsschulen empirisch zu belegen ist: Herkunftsländer profitieren, weil die Schulen auch Einheimischen exzellente Bildungschancen bieten, Einheimische profitieren, weil das Erlernen der deutschen Sprache ihnen Chancen für die Fortsetzung ihres Bildungs- und Karrierewegs in Deutschland ermöglicht, und Deutschland als Einwanderungsland profitiert, weil die ausländischen Absolventen Deutscher Auslandsschulen über anschlussfähige Abschlüsse für den Hochschul- und Arbeitsmarktzugang in Deutschland verfügen. Dabei verfügen sie dank ihrer Deutschkenntnisse und ihres Wissens über das Land und seine Kultur über hervorragende Voraussetzungen für eine gelingende Integration.

Gleichzeitig hängen die charakteristischen Wertbeiträge der Deutschen Auslandsschulen und der dreifache Nutzen zusammen und voneinander ab. Vom Fachkräfteaustausch profitieren nur dann alle Seiten, wenn, um zwei Wertbeiträge zu nennen, die Schulen als Partner der Wirtschaft und als verlässlich gemeinnützig wahrgenommen werden.

Die gesellschaftlichen Wertbeiträge der Deutschen Auslandsschulen lassen sich also nicht isoliert betrachten. Vielmehr überlagern sich Ziele und Beiträge – es entstehen Spannungsfelder. Zum einen sind die Schulen Bildungseinrichtungen, zum anderen gesellschaftliche Akteure und Mittlerorganisationen im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie unterliegen deutschen Standards und Kontrollen, etwa bei Lehrplänen und Lehrerentsendungen, agieren zugleich aber über die Schulvereine wirtschaftlich weitgehend autonom in einem internationalen Marktumfeld. Diese Rahmenbedingungen bestimmen den Handlungsspielraum und die Ausrichtung der Deutschen Auslandsschulen.

Erkenne dich selbst

Im Kontext der Spannungsfelder setzen sich die Schulen auch mit ihrer Vergangenheit auseinander. So arbeitet z. B. die Goethe Schule in Buenos Aires ihre eigene Historie zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus sowie die Rolle Argentiniens auf. Sie wird dafür im Rahmen des IHK-Wettbewerbs »Schüler bauen Brücken« ausgezeichnet. 2019 schreibt das Auswärtige Amt gemeinsam mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen den Förderwettbewerb »Erinnern für die Gegenwart« in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft aus. Weltweit reichen die Schulen 58 Projekte ein, die die eigene Schulgeschichte erforschen, sich mit der Geschichte des Sitzlandes auseinandersetzen, die Beziehung zu Deutschland historisch ergründen oder die geschichtlichen Vorläufer heutiger Phänomene von Diskriminierung und Ausgrenzung aufarbeiten.

Gesellschaftsbeitrag als Konzept der Zukunft

Die Deutschen Auslandsschulen stellen sich damit der Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mit seiner oben dargestellten Studie zum Wertbeitrag Deutscher Auslandsschulen (2014) und der Nachfolgestudie zur Wertschöpfung Deutscher Auslandsschulen (2018) sowie der genannten Studie zum Beitrag der Deutschen Auslandsschulen zum Triple Win (2017) hat der WDA mehrperspektivische Instrumente zur Messung der Gesellschaftsbeiträge der Deutschen Auslandsschulen eingebracht. Die Studien bestimmen den Handlungskontext und die Spannungsfelder der Schulen. Schließlich tragen sie auch zur Analyse ihrer dargestellten ambivalenten Vergangenheit bei. Der WDA hat damit aufgezeigt, dass es sich bei der Analyse gesellschaftlicher Wertbeiträge und des Triple Wins um maßgebliche Grundlagen für eine zukünftige Konzeption der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik handelt. Denn ohne einen Beitrag für die Gesellschaft gibt es auch keinen Triple Win – und andersherum.

Thilo Klingebiel ist Geschäftsführer des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen (WDA)

Auf dem Sprung

Digitalisierung und Film in Ruanda

SUSANNE MARIA KRAUSS

Der kleine Raum im Haus an der Ecke ist bis zum Rand gefüllt. Die Luft stickig. Aus großen, schwarzen Lautsprechern dröhnen Gewehrsalven. Das Publikum schreit auf und zahlreiche Köpfe recken sich, um die nächste Szene des Actionfilms auf dem mittelgroßen Fernseher nicht zu verpassen. Mittendrin der elfjährige Philbert. Von den schnellen englischen Dialogen versteht er kaum etwas. Doch das ist egal – er ist im Kino. Etwas Besseres hätte er sich für diesen Samstagnachmittag nicht vorstellen können.

Dieses Erlebnis liegt fast 20 Jahre zurück. Heute ist Philbert Mbabazi einer der erfolgreichsten Filmemacher in Ruanda. Mit einem Lachen erinnert er sich an seine ersten Kinobesuche: »50 Ruandische Francs mussten wir bezahlen, um einen Film zu sehen. Das war damals für einen Jungen viel Geld.« Es entspricht umgerechnet 5 Cent. Philbert wächst in der Hauptstadt Kigali auf, geht zur Schule und beginnt anschließend, Informationstechnik zu studieren. »Aber ich saß oft in den Vorlesungen in der letzten Reihe und habe heimlich Filme geschaut«, gesteht er. Filme aus Hollywood und Europa. Und er fragt sich: Was, wenn ich solche Filme machen könnte?

Ähnlich ging es Samuel Ishimwe, der nur ein Jahr jünger als Philbert Mbabazi ist. Die beiden sind Kinder der Generation, die nach dem Genozid an den Tutsi von 1994 aufgewachsen ist. In einem Ruanda, das enormen Fortschritt erlebt und die Digitalisierung zu einer Priorität auf dem Weg in eine bessere Zukunft gemacht hat. Nun sind Samuel Ishimwe und Philbert Mbabazi für ein paar Tage zurück in ihrer Heimat. Sie sitzen auf der Veranda einer Bar in Kigali, während die späte Nachmittagssonne viele Hügel in ein warmes Licht hüllt. Philbert Mbabazi arbeitet derzeit an einem Spielfilm in Genf, der die Geschichte eines Studenten erzählt, der in politische Unruhen der kamerunischen Diaspora hineingezogen wird. Samuel Ishimwe schreibt in Paris an einem neuen Drehbuch über zwei besondere Lebensgeschichten in Ruanda, die sich parallel entwickeln. Bevor es nach Genf respektive Paris zurückgeht, fliegen die beiden Filmemacher noch zur Berlinale nach Deutschland. Sie sind für die »Berlinale Talents« ausgewählt. Samuel hatte bereits 2018 mit seinem Kurzfilm »Imfura« in Berlin einen silbernen Bären gewonnen.

Berlinale. Oberhausen. Rotterdam. Ruandas junger Filmbranche wurde in den vergangenen Jahren verstärkt internationale Aufmerksamkeit zuteil. »Im Vergleich zu Europa oder auch Westafrika ist Film in Ruanda noch eine relativ neue Kunstform«, sagt Philbert Mbabazi. »Das kreative Potenzial ist da. Aber von unseren technischen und finanziellen Möglichkeiten her haben wir noch einen weiten Weg vor uns.« Doch die Selfmade-Filmemacher sehen, welche Chancen und Möglichkeiten ihnen die Digitalisierung eröffnet.

Es besteht kein Zweifel mehr daran, dass die Welt der Bits und Bytes, das Zeitalter der Digitalisierung, weitreichenden Einfluss auf die Filmwirtschaft nimmt. In Afrika ist die Transformation aber um ein Vielfaches revolutionärer. Sie ermöglicht es Filmemachern des Kontinents aufzuschließen. »Die Digitalisierung hat für mich und meine Generation vor allem eins ermöglicht: Wer neugierig ist, kann durchstarten«, erklärt Samuel Ishimwe und macht das an einem Beispiel deutlich: »Für meinen zweiten Kurzfilm wollte ich selbst die Kamera in die Hand nehmen. Ich hatte mir eine digitale Kamera ausgeliehen, aber keine Ahnung, wie sie funktioniert. Also bin ich ins Internet, habe ein YouTube-Video nach dem anderen geschaut und so die technische Handhabung gelernt.« 80 Prozent seines Wissens über Filmproduktion habe er sich über das Internet angeeignet, schätzt der 28-Jährige. »Die Digitalisierung hat einen Demokratisierungsprozess eingeleitet. Heute ist überall auf der Welt derselbe Zugang zu Informationen möglich.« Sein Freund und Kollege Philbert Mbabazi geht sogar noch einen Schritt weiter. Der Nachteil, dass sein Heimatland bisher kaum Institutionen und Strukturen der Filmwirtschaft hatte, wende sich jetzt zum Vorteil: »Wir sind in der Vergangenheit nicht von einer bestimmten Filmschule, wie etwa der französischen, geprägt worden. Uns steht heute die Welt offen. Z. B. überholt gerade das koreanische Kino Frankreich und Deutschland und wir können uns von dort inspirieren lassen.« »Nurturing« nennt der 29-Jährige diese Chance, unbefangen Wissen aufzunehmen, Neuheiten zu entdecken und von anderen zu lernen.

»Es ist wirklich beeindruckend zu sehen, welche Entwicklung die junge ruandische Filmszene in den letzten Jahren erlebt hat«, sagt Katharina Hey, Institutsleiterin des Goethe-Instituts Kigali. »Ohne lokale Möglichkeiten, eine professionelle Ausbildung im Filmbereich zu erhalten, haben sich viele Filmemacher mit digitalen Möglichkeiten selbst weitergebildet. Während punktuelle internationale Workshops Techniken und Netzwerke weiter stärken, konnten ruandische Filmemacher dank der Digitalisierung eine ganz eigene Filmsprache entwickeln.« Anfang 2020 hat das Goethe-Institut Samuel Ishimwe und Philbert Mbabazi als Mentoren eingeladen, um acht junge ruandische Nachwuchsfilmemacher für zwei Wochen zu begleiten. Wenig Zeit, kaum Vorkenntnisse, kleines Equipment – was nach Hindernissen klingt, hat das Team stattdessen kreativ werden lassen. Zwei spannende, authentische und hochaktuelle Kurzfilme sind entstanden. Auch Katharina Hey betonte: »Der Ansatz des Workshops, mit lokal begrenzten Mitteln zu arbeiten, zeigt die digitalen Möglichkeiten. Eine tolle Strategie des Self-Empowerments der jungen Generation, die sich nicht mehr bevormunden lässt.« Neben dem kreativen Schaffensprozess sind aber auch Vernetzung und Vermarktung relevant. »Dank der digitalen Möglichkeiten können junge Filmemacher heute ihre Stimmen und Standpunkte hör- und sichtbar machen, ohne auf die traditionellen ›Gatekeeper‹ – etablierte Produzenten, Produktionsfirmen oder unerreichbare Festivaljurys – angewiesen zu sein«, erklärt Institutsleiterin Hey. Viele internationale Festivals haben den Puls der Zeit erkannt und legen einen dezidierten Fokus auf die Werke zeitgenössischer afrikanischer Filmemacher. Gleichzeitig baut die Digitalisierung Zugangshürden ab. »Wir können heute unsere Filme über das Internet bei Festivals einreichen. Wir schreiben eine E-Mail, senden unseren Film als Softcopy und das war's. Man braucht keine große Filmagentur mehr. Alles ist da draußen«, sagt Philbert Mbabazi und meint damit die weite, digitale Welt.

Es besteht kein Zweifel mehr daran, dass die Welt der Bits und Bytes, das Zeitalter der Digitalisierung, weitreichenden Einfluss auf die Filmwirtschaft nimmt. In Afrika ist die Transformation aber um ein Vielfaches revolutionärer. Sie ermöglicht es Filmemachern des Kontinents, aufzuschließen

Dieses Potenzial hat das rund 13 Millionen Einwohner große Ruanda für sich entdeckt. Das ostafrikanische Land will über den Ausbau der ICT-Infrastruktur – Information and Communication Technology – den Wandel vom Entwicklungsland in ein modernes Dienstleistungsland bewältigen. 7.000 Kilometer Glasfaserkabel durchziehen nun das Land und an Schulen werden Laptops ausgeteilt. Geburtsurkunden und Ausweise werden online beantragt. Sind sie zum Abholen auf dem Amt bereit, erhält die Bürgerin oder der Bürger eine SMS. Ein Großteil administrativer Vorgänge, wie Gewerbeanmeldung und Steuerzahlung, ist bereits digitalisiert. Das Land wandelt sich rasend schnell. Doch dieser Wandel ist nicht flächendeckend. Nur etwa 15 Prozent der gesamten ruandischen Bevölkerung besitzen beispielsweise ein Smartphone. Auf dem Land bestimmt den Alltag vieler Familien noch immer die Sorge um das Schulgeld und Essen für morgen.

»Wir sehen, dass es noch große Unterschiede zwischen der durchdigitalisierten Hauptstadt und dem Rest des Landes gibt«, sagt auch Katharina Hey. Die Partnerlandschaft des Goethe-Instituts, die Künstler und Kulturmanager in ganz verschiedenen Bereichen unterstützt, sei in Ruanda nach wie vor besonders in Kigali angesiedelt. Hier boomt die Digitalisierung, auch als gestalterisches Mittel. Live-Schaltungen per Video bei Tanzperformances und gemeinsames digitales Arbeiten über Ländergrenzen hinweg sind hier die neue Normalität. Auf den tausend Hügeln außerhalb der Metropole sieht das anders aus. Hier findet Kunst als digitales Angebot kaum ein Publikum. Die Infrastruktur gibt es schlicht nicht her. »Ein Online-Sprachkurs beispielsweise ist für viele Ruander auf dem Land aktuell noch keine Option«, gibt Katharina Hey zu bedenken. »Es wird spannend zu sehen, wie eine fortschreitende Digitalisierung hoffentlich bald allen Ruandern ermöglicht, daran teilzuhaben, und welches neue Publikum wir dadurch für kulturelle Angebote erschließen können.«

Philbert Mbabazi sieht bei den Filmemachern eine große Verantwortung, solche gesellschaftlichen Probleme zu thematisieren, die in der öffentlichen Diskussion häufig ausgeklammert bleiben. »Film ist ein Medium, das immer auch die Gesellschaft reflektiert«, sagt er. »Doch dazu muss Film in Ruanda auch die notwendige Unterstützung bekommen.« Samuel Ishimwe pflichtet ihm bei: »Zurzeit finanzieren wir unsere Filme mit Budgets, die aus dem Ausland kommen. Aber das bringt Einschränkungen mit sich. Ich würde gerne erleben, dass die öffentliche Hand hier in Ruanda eine Filmlandschaft aufbaut, die nicht nur die Finanzierung von Filmen ermöglicht, sondern Film an sich mehr Bedeutung einräumt.«

Die Abendsonne ist inzwischen hinter der Skyline Kigalis verschwunden und die modernen Gebäude der Innenstadt schicken weiße und bunte Lichter in den Nachthimmel. Irgendwo dazwischen steht Kigalis einziges Kino. »Leider laufen unsere Filme häufiger in europäischen Städten als hier«, bedauert Philbert Mbabazi. »In Kigali gibt es vielleicht ein, zwei Vorführungen. Das war's. Doch wenn Film auf eine Gesellschaft Einfluss haben soll, dann müssen Menschen Zugang dazu haben. Dann könnte Film tatsächlich vieles bewegen.«

FOTO: SUSANNE MARIA KRAUSS

International erfolgreich sind die beiden Filmemacher Philbert Mbabazi und Samuel Ishimwe

Susanne Maria Krauss ist Journalistin und Filmemacherin. Seit 2016 lebt sie in Ruanda

GOETHES WELT

In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut veröffentlicht Politik & Kultur in jeder Ausgabe einen Beitrag aus einem afrikanischen Land zu spezifischen Aspekten der Kulturszenen vor Ort.

Die eingeschränkte Macht der Algorithmen

Beim Medienstaatsvertrag geht es neben der Sicherung der Meinungsvielfalt auch um unsere kulturelle Identität

HELMUT HARTUNG

Es war knapp. Am 27. April 2020 teilte die EU-Kommission den Ländern mit, dass ihrerseits keine grundsätzlichen Einwände gegen den Medienstaatsvertrag bestehen würden. Das Vertragswerk musste der Brüsseler Kommission zur sogenannten Notifizierung vorgelegt werden. Noch Tage zuvor gab es Anzeichen dafür, dass Brüssel den Staatsvertrag in der vorgelegten Form nicht akzeptieren würde. Es war der Vorwurf zu hören, dass man in Deutschland mit der Regulierung viel zu weit gehe, da noch nicht erwiesen sei, ob Intermediäre wie Google oder Facebook Einfluss auf die Meinungsvielfalt hätten. Deshalb dürfe man sie nicht, wie es der Medienstaatsvertrag vorsieht, zur Transparenz gegenüber Nutzern bei den verbreiteten Inhalten sowie zur Diskriminierungsfreiheit zwingen. Die Bedenken beruhten auf der E-Commerce-Richtlinie der EU. Einer Richtlinie aus dem Jahr 2000, die Plattformanbieter von der Haftung für Inhalte, die bei ihnen verfügbar sind, weitgehend freistellt. Das war die hoffnungsvoll optimistische Internetzeit, in der Hate Speech, Fake News, Rassismus und Populismus in sozialen Netzwerken Randthemen waren und eine Internetregulierung zur Diaspora deutscher Medienpolitik gehörte. Die Europäische Kommission hat zwar den Entwurf des deutschen Medienstaatsvertrages letztendlich akzeptiert, konnte sich aber dennoch einiger Anmerkungen nicht enthalten. »Einige Bestimmungen des deutschen Vertragsentwurfs werfen Bedenken auf, ob sie mit EU-Recht vereinbar sind. Das EU-Recht schützt den freien Binnenmarkt für europäische Anbieter ebenso wie die Medienvielfalt«, sagte ein Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland. Vor allem zeigte sich die Kommission darüber verärgert, dass Deutschland weltweit erstmalig versucht, im Interesse der Meinungsvielfalt, den Einfluss der Online-Konzerne zu begrenzen. Die Regulierung von Plattformen werde auf europäischer Ebene angegangen, betonte der Sprecher. Die Kommission habe angekündigt, bis Ende dieses Jahres ein Gesetzespaket für digitale Dienste vorzuschlagen, den sogenannten Digital Services Act. Dazu soll auch eine europäische Regulierungsbehörde für das Internet gehören. Die Erfahrung mit EU-Gesetzesvorhaben lehrt allerdings, dass sehr viel Zeit für ihre Ausarbeitung und Zustimmung durch die Mitgliedsländer benötigt wird und Google & Co. alles versuchen werden, für sie unangenehme Regelungen zu verhindern.

Die Macht der Algorithmen wird nicht gebrochen, aber sie wird eingeschränkt

Am 30. April 2020 haben die Regierungschefinnen und -chefs aller 16 Bundesländer den Vertrag unterzeichnet. Nun müssen ihm noch die Landtage zustimmen, damit er bis Ende des Jahres in Kraft treten kann. Mehr als fünf Jahre hat die Arbeit an diesem Gesetzeswerk, das verschiedene Staatsverträge ablösen wird, gedauert. Er wird den Einfluss der Online-Plattformen auf die Meinungsbildung nicht reduzieren, aber er wird für mehr Klarheit sorgen, nach welchen grundsätzlichen Kriterien die Auswahl der Inhalte erfolgt, damit wichtige Informationen nicht per Algorithmus ausgeblendet werden. Die Macht der Algorithmen wird nicht gebrochen, aber sie wird eingeschränkt.

Für die rheinland-pfälzische Medienstaatssekretärin Heike Raab ist der »Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland«, wie er offiziell heißt, das »wichtigste medienpolitische Vorhaben der letzten Jahre in Deutschland und Europa«.

FOTO: UNSPLASH / MARKUS SPISKE

Die Macht der Algorithmen wird durch den Medienstaatsvertrag nicht gebrochen, aber sie wird eingeschränkt

Deutschland habe sich bereits 2016 für differenzierende Maßnahmen zur Sicherung der Meinungs- und Medienvielfalt ausgesprochen. »Da wir von Finnland bis Frankreich oder von Irland bis Griechenland unterschiedliche Kultur- und Medienpolitiken pflegen, halte ich europaweit vereinheitlichende Vorgaben in diesem Feld für komplizierter als in anderen Themenfeldern. Es geht hier um die kulturelle Identität der einzelnen Mitgliedstaaten, jedenfalls solange sich diese – anders als derzeit beispielsweise in Ungarn – im Rahmen der gemeinsamen europäischen Werte bewegt«, betont Heike Raab.

Nach Einschätzung des Medien- und Verfassungsrechtlers Bernd Holznagel von der Universität Münster knüpft der Vertrag bei der Vielfaltssicherung in der digitalen und konvergenten Medienumgebung nicht mehr ausschließlich an technische Kapazitätsbegrenzungen des 20. Jahrhunderts an, »sondern erkennt daneben strategische Torwächterpositionen als Faktoren im medialen Meinungswettbewerb an«. Allerdings gelte die vorgesehene Transparenz bei Intermediären nur, wenn sie potenziell einen besonders hohen Einfluss auf die Wahrnehmbarkeit der Angebote hätten. Wann dies vorliege, wird im Einzelfall schwer zu bewerten sein.

Der bisherige Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (RStV) kann den mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen für die Meinungsvielfalt nicht mehr gerecht werden. Deshalb konstituierte sich auf Initiative der Länder 2014 eine Bund-Länder-Kommission, die über medienpolitische Konsequenzen aus der Medienkonvergenz entscheiden sollte. Diese Vorgaben waren die Basis für den vorliegenden Staatsvertrag. Der neue Gesetzestext wird als »Medienstaatsvertrag« bezeichnet, obwohl mit ihm z. B. explizit die Presse nicht geregelt werden kann und soll. Er ist also kein Vertrag für alle Medien, sondern enthält Festlegungen für den Rundfunkbegriff, die Plattformregulierung, für Intermediäre, Video-Sharing-Dienste, Werbung, Jugendmedienschutz und Änderungen zur Umsetzung der AVMD-Richtlinie. Da Messenger-Dienste wie WhatsApp ganz überwiegend Individualkommunikation sind, werden sie vom Medienstaatsvertrag nicht erfasst.

Zugänglichkeit, Verfügbarkeit und Sichtbarkeit vielfältiger Informationen weiterhin gewährleisten

Auch in einer von Algorithmen gesteuerten Kommunikationswelt muss im Interesse der Meinungsvielfalt die Zugänglichkeit, Verfügbarkeit und Sichtbarkeit vielfältiger Informationen und Ansichten gewährleistet sein. Nur so ist eine freie, individuelle und öffentliche Meinungsbildung gewährleistet. Suchmaschinen und soziale Netzwerke sind zu Gatekeepern geworden und haben verstärkt Kontrolle über Medieninhalte. Vermehrt werden Dienste wie Facebook und Google als primäre und teilweise einzige Informationsquelle genutzt. Damit kommt ihnen Meinungsbildungsrelevanz zu. Deshalb berücksichtigt der Medienstaatsvertrag Medienintermediäre erstmals in einem Rechtsrahmen zur Vielfaltssicherung und legt ihnen Pflichten auf. Während es bisher um die Kontrolle gegenständlicher Infrastrukturen wie TV-Kabelanbieter ging, werden jetzt auch Plattformen in »offenen« Netzen berücksichtigt. Dies betrifft insbesondere Streaming-Anbieter wie Netflix oder Amazon-Prime-Video. »Vielfaltssicherung in der digitalen und konvergenten Medienumgebung«, erläutert Bernd Holznagel, »knüpft damit nicht mehr ausschließlich an technische Kapazitätsbegrenzungen des 20. Jahrhunderts an, sondern erkennt daneben strategische Torwächterpositionen als Faktoren im medialen Meinungswettbewerb an.«

Keine Zulassungspflicht mehr für Bagatellrundfunk

Dieser Staatsvertrag gilt für die Veranstaltung und das Angebot, die Verbreitung und die Zugänglichmachung von Rundfunk und Telemedien in Deutschland in einem dualen Rundfunksystem. Der Begriff des Zugänglichmachens spiegelt dabei insbesondere die Vermittlerposition der Anbieter von Medienplattformen und Medienintermediären wider, in der diese den Zugriff auf meinungsrelevante Inhalte ermöglichen. Es werden dabei alle Angebote einbezogen, die für den deutschen Medienmarkt bestimmt sind, mithin für die Medienvielfalt in Deutschland relevant sind. Die Definition des Rundfunkbegriffs baut auf die Neufassung der AVMD-Richtlinie auf, die 2018 von der EU beschlossen worden ist. In diesem Sinne ist Rundfunk ein linearer Informations- und Kommunikationsdienst; er ist die für die Allgemeinheit und zum zeitgleichen Empfang bestimmte Veranstaltung und Verbreitung von journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten in Bewegtbild oder Ton entlang eines Sendeplans mittels Telekommunikation.

Eine der Kontroversen innerhalb der Rundfunkkommission der Länder war die Frage, ob für die Veranstaltung privater Rundfunkangebote, z. B. für Internet-Streaming-Dienste, weiterhin eine Zulassung erforderlich sei oder ob eine Anmeldung genüge. Es wird auch weiterhin eine Zulassung geben, die allerdings durch eine Bagatellregelung für bundesweite Angebote ergänzt worden ist. Keiner Zulassung bedürfen künftig Rundfunkprogramme, die nur geringe Bedeutung für die individuelle und öffentliche Meinungsbildung entfalten oder im Durchschnitt von sechs Monaten weniger als 20.000 gleichzeitige Nutzer erreichen. Damit entfällt die Anzeigepflicht von Internet-Hörfunk. Entsprechende Angebote sind entweder Bagatell-Rundfunk oder regulärer Rundfunk.

Auch für Medienplattformen gilt die Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit

Zu den Medienplattformen gehören insbesondere infrastrukturgebundene Medienplattformen wie Fernsehkabelnetze, mit Ausnahme von Netzen mit analoger Verbreitung, sowie Medienplattformen in offenen Netzen wie Zattoo, TV-Spielfilm, waipu, aber auch die über das Internet erbrachten Dienste beispielsweise von Giga TV etc. Nicht erfasst sind »offene« Dienste, bei denen der Anbieter keine eigene Entscheidung über die Auswahl der zur Verfügung gestellten Inhalte trifft, wie bei Suchdiensten, sozialen Medien oder App-Stores. Bei Medienplattformen bleibt das Verbot der technischen oder inhaltlichen Veränderung ohne Zustimmung des inhaltlich Verantwortlichen erhalten. Zusätzlich wird die vollständige oder teilweise Überblendung oder Skalierung mit anderen Rundfunkinhalten oder Inhalten aus rundfunkähnlichen Telemedien verboten. Eine solche Regelung war von privaten Rundfunkveranstaltern gefordert und von Plattformanbietern abgelehnt worden. Überblendungen oder Skalierungen für Smart-Home-Anwendungen, individuelle Kommunikation, Bedienelemente der Benutzeroberfläche und Ähnliches sind davon nicht berührt. Auch für Medienplattformen gilt die Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit. Rundfunk, rundfunkähnliche Telemedien und Telemedien dürfen beim Zugang zu Medienplattformen nicht behindert und gegenüber gleichartigen Angeboten nicht ohne sachlich gerechtfertigten Grund unterschiedlich behandelt werden. Das betrifft auch Benutzeroberflächen, z.B. von Smart-TVs oder Set-Top-Boxen.

Algorithmen müssen transparenter werden

Für kontroverse Auseinandersetzungen nicht nur mit der EU-Kommission, sondern zuvor bereits mit den Verbänden der Internetwirtschaft und Lobbyisten der globalen Anbieter hat das Kapitel über Medienintermediäre geführt. Mit den neuen Transparenzpflichten sollen Nutzer besser erkennen können, mit welcher Systematik Algorithmen Inhalte aussortieren und anzeigen. Darüber hinaus enthält der Vertrag Maßgaben, um zu verhindern, dass Angebote gezielt besser oder schlechter behandelt werden. Medienintermediär sind laut Medienstaatsvertrag »jedes Telemedium, das auch journalistisch-redaktionelle Angebote Dritter aggregiert, selektiert und allgemein zugänglich präsentiert, ohne diese zu einem Gesamtangebot zusammenzufassen«. Sie müssen im Durchschnitt der letzten sechs Monate in der Bundesrepublik Deutschland mehr als eine Million Nutzer pro Monat erreichen.

Anbieter von Medienintermediären müssen auch künftig keine Geschäftsgeheimnisse offenlegen, aber sie sind verpflichtet, die Kriterien, die über den Zugang eines Inhalts zu einem Medienintermediär und über den Verbleib entscheiden sowie die zentralen Kriterien einer Aggregation, Selektion und Präsentation von Inhalten und ihre Gewichtung einschließlich Informationen über die Funktionsweise der eingesetzten Algorithmen, in verständlicher Sprache »leicht wahrnehmbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar« zu halten. Die Kontrolle der Intermediäre sollen die Landesmedienanstalten übernehmen.

Novellierung des Medienkonzentrationsrechts wurde aufgeschoben

Der Medienstaatsvertrag ist ein großer Schritt zu einer modernen, digitalen Medienordnung, in der die Interessen der Contentanbieter ebenso berücksichtigt werden müssen wie die der Distributoren, und die Rechte der Urheber ebenso geschützt sind wie die der Verwerter. Doch ein wichtiger Bereich, der für die Meinungsvielfalt relevant ist, wurde nicht berücksichtigt: das Medienkonzentrationsrecht. So stellt Georgios Gounalakis, Vorsitzender der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) fest: »Marktmacht und Meinungsmacht sind nicht deckungsgleich. Das Erstarken eines Medienunternehmens durch internes Wachstum wird beispielsweise kartellrechtlich nicht erfasst, kann aber zu vorherrschender Meinungsmacht führen.

Um diese zu verhindern, bleibt der Gesetzgeber aufgefordert, das Thema Reform des Medienkonzentrationsrechts auf die Agenda der Rundfunkkommission zu setzen und spezielle medienkonzentrationsrechtliche Regelungen festzuschreiben. Hierbei muss sich die Vielfaltssicherung auf alle Medienangebote erstrecken und auf den gesamten Medienmarkt ausgerichtet werden. Allein ein Gesamtmeinungsmarktmodell kann verhindern, dass ein Anbieter medien- und plattformübergreifende Meinungsmacht erlangt.«

Helmut Hartung ist Chefredakteur des Blogs medienpolitik.net

Verschwörung, Zerstörung, Verstörung?

Ein neues Rezo-Video und die Reaktion etablierter Medien

HANS JESSEN

Vor gut einem Jahr veröffentlichte der YouTuber Rezo ein einstündiges Video mit dem Titel »Die Zerstörung der CDU«. Dieses Video markierte den Eintritt von Online-Veröffentlichungen in den Kreis ernst zu nehmender Medien im politischen Diskurs.

Zum einen wegen seiner Machart – die mit bekennender Subjektivität vorgetragenen Kritikpunkte wurden ergänzt um einen Fundus von Quellenangaben – zum zweiten wegen seiner Rezeption: Mehr als 17 Millionen Menschen haben sich dieses Video angeschaut. Eine Reichweite, die keine Kategorisierung als »Internet-Blase« mehr erlaubte. Das Netz hatte sich quantitativ als Massenmedium neuen Typs etabliert.

Die Unionsparteien als Hauptadressat der Kritik zeigten sich über Wochen unfähig zur adäquaten Reaktion. Ein »Gegenvideo« der damaligen CDU-Nachwuchshoffnung Philipp Amthor wurde zwar produziert – verblieb dann aber doch im parteieigenen Giftschrank. Kolportiert wurde allein der um Lockerheit bemühte Anfangssatz Amthors: »Hey Rezo, du alter Zerstörer…«

Die Fragen damals waren:

- Würde sich ein solcher »Scoop« wiederholen lassen?
- Wer würde dann im Zentrum der Kritik stehen?
- Wie würde diesmal die Reaktion aussehen?

Die Fragen lassen sich jetzt beantworten. Am 31. Mai 2020 erschien »Die Zerstörung der Presse«. In Titel und Machart bewusst an »Die Zerstörung der CDU« anknüpfend. Wiederum eine Stunde Dauer, wiederum in subjektiver Emphase vorgetragen, wiederum eine ellenlange Quellenliste.

Die Klickzahlen reichen bei Weitem nicht an die des Vorjahres heran. Drei Millionen sind ziemlich gut für ein YouTube-Video. Im Vergleich zu 17 Millionen aber wenig. Was gewiss auch daran liegt, dass diesmal nicht die klassischen Medien durch ausführliche Berichterstattung für zusätzliche Aufmerksamkeit sorgten.

Aber inhaltlich, dies als vorweggenommene Wertung, ist das neue Video – auch wegen der Reaktionen – vielschichtiger, gehaltvoller und damit wichtiger als sein Vorgänger.

Rezo bringt ein in der Corona-Krise offenbar werdendes Phänomen in Verbindung mit Kritik an traditionellen Medien.

Seine These: »Verschwörungstheoretische« Behauptungen über vermeintliche Drahtzieher und deren Ziele würden auch deshalb verfangen, weil die Glaubwürdigkeit traditioneller Medien beschädigt sei – und von diesen selbst beschädigt werde.

»Die Zerstörung der Presse«, dies erklärt Rezo in der ersten Minute, bedeute in diesem Zusammenhang eine Selbstzerstörung etablierter Medien – der er aufklärerisch entgegenwirken wolle.

Im ersten Schritt der kritischen Annäherung nennt er zahlreiche Beispiele für die Arbeitsweise der sogenannten »Regenbogenpresse«. Geschichten aus der Welt der Reichen und angeblich Schönen – oft genug reine Erfindungen. Interviews mit Stars und Prominenten, die nie geführt wurden. Bilder, die per Photoshop wahrheitswidrig konstruiert werden. Diese Fantasieprodukte erreichen Woche für Woche neun Millionen Menschen in Deutschland. Ihr Wahrheitsgehalt nahe null ist bekannt – das schädigt, so die These, die Glaubwürdigkeit von Presseberichterstattung generell.

In einem weiteren Schritt bringt Rezo Beispiele für die Arbeitsweise von »Boulevardmedien« - allen voran BILD, deren Machern er Skrupellosigkeit und Doppelmoral vorwirft: Etwa, wenn über private Lebensverhältnisse von Prominenten berichtet wird, der Chefredakteur aber die Diskussion seines Gehalts als Risikofaktor für die eigene Familie ansieht. Auch solche ungleichen Maßstäbe würden die Glaubwürdigkeit etablierter Medien schwächen.

Im Aufmerksamkeitszentrum allerdings steht die Kritik an Zeitungen, die zu den Bastionen des seriösen deutschen Journalismus gerechnet werden. Allen voran die FAZ. Rezos Arbeitsansatz: Er habe die Berichterstattung über ihn selbst untersucht im Hinblick auf sachliche falsche Angaben. Ergebnis: 67 Prozent der FAZ-Artikel enthielten nachweisbar falsche Angaben. Ein verheerender Befund – mit entsprechend heftiger Reaktion.

Anders als die sprachlose CDU vor einem Jahr antwortete die FAZ mit den Mitteln des YouTubers: ein halbstündiges Video, in dem ein Redakteur Rezos empirische Methode sowie seine Aussagen sehr detailliert unter die Lupe nahm und zu dekonstruieren versuchte. Im Resultat stellt die FAZ fest: Rezo betreibe selbst das, was er anderen Medien vorwerfe: Manipulation durch falsche bzw. aus dem Zusammenhang gerissene Zitate. Leugnung von Aussagen, die aber durch Tonaufnahmen dokumentiert seien. Der Titel eines parallel zum Video entstandenen Textes lautet: »Die Verhöhnung der Presse«.

Die FAZ-Recherche – wie auch die der ebenfalls von Rezo kritisierten Berliner Zeitung – belegt ziemlich eindeutig handwerkliche Fehler und sachlich falsche Behauptungen des YouTubers; jedenfalls, wenn man die Kriterien der FAZ akzeptiert, die im Zweifelsfall gern feststellt, es handele sich nicht um Tatsachenfeststellungen ihrer Autoren, sondern um – erlaubte – subjektive Wertungen.

Dennoch geht Rezo nicht als »Verlierer vom Platz«, sondern eigentlich recht erfolgreich. Jedenfalls, wenn man die Diskussion um Vertrauensverlust und Glaubwürdigkeit der etablierten Medien für wichtig hält.

Wenn Zentralinstitutionen der deutschen Presse nicht umhin können, sich detailliert mit der Kritik eines einzelnen YouTubers auseinanderzusetzen und darauf einzugehen, ist allein das ein wichtiger Moment medialer Selbstreflexion.

Dass die kritisierten Medien letztlich auch selbst Fehler in ihrer Rezo-Berichterstattung zugeben, ebenso. Dass sie, bei aller »Gegenoffensive«, bestätigen, grundsätzliche Kritikpunkte seien berechtigt, ist ein Drittes.

Für den Mediensoziologen Bernhard Pörksen leben wir – unter den Bedingungen allgegenwärtiger Online-Kommunikation – in einer »Redaktionsgesellschaft«. Nicht mehr Zeitungen und andere klassische Medien dominieren das Informationsgeschehen. Vielmehr könne jede(r) selbst zum medialen Akteur werden. »Wir müssen alle Journalisten sein«, definiert Pörksen, was heute unter »Medienkompetenz« zu verstehen wäre.

Rezos neues Videos ist ein anspruchsvolles Beispiel, wie das funktionieren kann. Darüber hinaus liefert seine Kritik, wie die dadurch provozierte Reaktion großer Zeitungen, erstklassiges Material für detaillierte Vergleiche und Reflexion journalistischer Standards.

Der Spiegel konstatierte, dass »Zerstörungsvideo« sei in Wahrheit eine »Liebeserklärung« an den seriösen, aufklärerischen Journalismus. Bei dieser Bewertung mag Erleichterung mitspielen, dass das Hamburger Magazin in der Kritik ziemlich gut wegkam. Im Grunde aber stimmt sie.

Hans Jessen ist freier Journalist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

»He was a Mensch«

Kulturratsmitbegründer Bogislav von Wentzel ist verstorben

OLAF ZIMMERMANN

Die Familie von Bogislav von Wentzel hat mit den Worten »He was a Mensch« von ihm Abschied genommen. In diesem Satz ist das Wesentliche seines Lebens zusammengefasst. Bogislav von Wentzel war ein besonderer Mensch, ein Freund des Lebens, bis zum Schluss neugierig und aufgeschlossen gegenüber Neuem. Geboren wurde er in München, aufgewachsen zuerst in Westpreußen, dann nach der Flucht in Westdeutschland, Studium der Politikwissenschaft bei Richard Löwenthal am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Studienaufenthalt in Harvard. Nach dem Studium politische Tätigkeit unter anderem als Persönlicher Referent des damaligen Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz. Schließlich der Weg in die Kunst: Bogislav von Wentzel war als Galerist erst in Hamburg, später in Köln tätig. Sein besonderes Interesse in den siebziger Jahren galt Künstlern wie Kenneth Noland, Anthony Caro und Morris Louis. In den achtziger Jahren spezialisierte sich von Wentzel, zunehmend auf Skulptur und zeigte u.a. Ausstellungen von Michael Croissant, Tim Scott, Paul Suter, Franz Bernhard, und Nobert Kricke. Angefacht wurde seine Kunstleidenschaft von dem bekannten amerikanischen Kunstmäzen, Sammler und Unternehmer Lewis Cabot, mit dem von Wentzel eng befreundet war.

Den USA war er nicht zuletzt durch seine Ehe mit Elizabeth Cabot Lyman eng verbunden. Nach Aufgabe seiner Galerie 1992 siedelte er nach Maine um, kehrte dann aber zuerst nach Bonn, später nach Potsdam und Mallorca zurück, wo er die letzten 15 Jahre unterbrochen von vielen Reisen mit seiner Jugendliebe Fee Bonitz lebte.

Bogislav von Wentzel war aber nicht »nur« Galerist. Er engagierte sich ebenso kulturpolitisch. So mischte er bei der Gründung des Bundesverbands Deutscher Galerien, heute Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler, mit. Er war auch involviert in ein von der Regierung angestrebtes Programm zur Ausbildung von Kunsthändlern, dass Breite und Vielfältigkeit der notwendigen Ausbildung ersichtlich machte.

Er engagierte sich in Sachen Kunstmessen, heute Art Cologne, und gehört zu den Mitgründern des Deutschen Kulturrates. Gerne erzählte er mit einem verschmitzten Lächeln die Geschichte, wie er dafür sorgte, dass der Deutsche Kulturrat als gemeinsamer Verband der Künstlerverbände und Verwerterverbände gegründet wurde. Eigentlich war im Jahr 1981 die Gründung eines Zusammenschlusses von Künstlerverbänden und Zusammenschlüssen von Vermittlern geplant. Vorbild war unter anderem der Berliner Kulturrat sowie Organisationen in Skandinavien. Der Arbeitsgruppe, die die Gründungssitzung des Deutschen Kulturrates vorbereiten sollte, gehörten Andreas Eckhardt, Gerhard Pfennig, Dieter Ruckhaberle, Franz Stänner und Andreas Joh. Wiesand an.

Bogislav von Wentzel hat bei einem Treffen der »Privatinitiative Kunst« die Einladung zum geplanten Plenum am 28. November 1981, wie er selbst sagte, »erbeutet«. Er hat diese kopiert, an Verbände der Kulturwirtschaft versandt und erschien mit ihnen zur Gründungsversammlung. Die Begeisterung darüber hielt sich in Grenzen, sie konnten allerdings auch nicht vor die Türe gesetzt werden. Seit diesem Tag saßen die Verbände der Verwerter künstlerischer Leistungen mit am Kulturratstisch. Damals wurde der Grundstein gelegt, dass der Kulturbereich mit dem Deutschen Kulturrat einen Spitzenverband erhielt, in dem die Interessen der Künstler, der Kulturvermittler und der Kulturwirtschaft vertreten werden.

Bogislav von Wentzel gehörte als Vertreter des Kunstrates viele Jahre dem Sprecherrat des Deutschen Kulturrates an. Nach einer kurzen Auszeit in den USA, engagierte er sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland beim Aufbau des Zentralarchivs des deutschen und internationalen Kunsthandels in Köln, das seit diesem Jahr ein selbständiges wissenschaftliches Institut der Universität Köln ist. Ebenfalls gehörte er vom Ende der 1990er Jahre bis 2002 dem Vorstand des Deutschen Kulturrates an.

Ich persönlich habe Bogislav von Wentzel als junger Galerist kennengelernt. Nachdem ich meine erste Galerie nach Lehrjahren bei Michael Werner und Hans-Jürgen Müller in Köln eröffnete, war es für mich stets etwas Besonderes, wenn der »große« Bogislav von Wentzel in meine Galerie kam. Er scheute sich nicht, die Newcomer zu besuchen, jene, die noch keinen Namen hatten. Mit ihm über Kunst und den Markt zu diskutieren, war mir eine große Hilfe.

Als die Stelle als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates 1996 ausgeschrieben wurde, wandte ich mich an Bogislav von Wentzel. Er wurde mein Fürsprecher. Er setzte sich für mich ein sowohl bei den anderen Mitgliedern des Sprecherrates als auch beim damaligen Zuwendungsgeber des Deutschen Kulturrates, dem Bundesministerium des Innern. Als unmittelbar nach meinem Amtsantritt Probleme in der Verwendungsnachweisführung aus der Vergangenheit zutage traten, waren es Bogislav von Wentzel und Heinrich Bleicher-Nagelsmann, die als Stellvertretende Vorsitzende zum Deutschen Kulturrat und mir als Geschäftsführer standen. Weit über das übliche Maß hinaus haben sie sich engagiert und eingebracht. Ich erinnere mich noch gut an harte Verhandlungen im Bundesverwaltungsamt in Köln, ich als stürmischer junger Geschäftsführer traf auf einen nicht weniger stürmischen Prüfer des Amtes. Bogislav von Wentzel war es, der mit dem Chef des Bundesverwaltungsamtes die Kuh vom Eis zog und den Deutschen Kulturrat rettete.

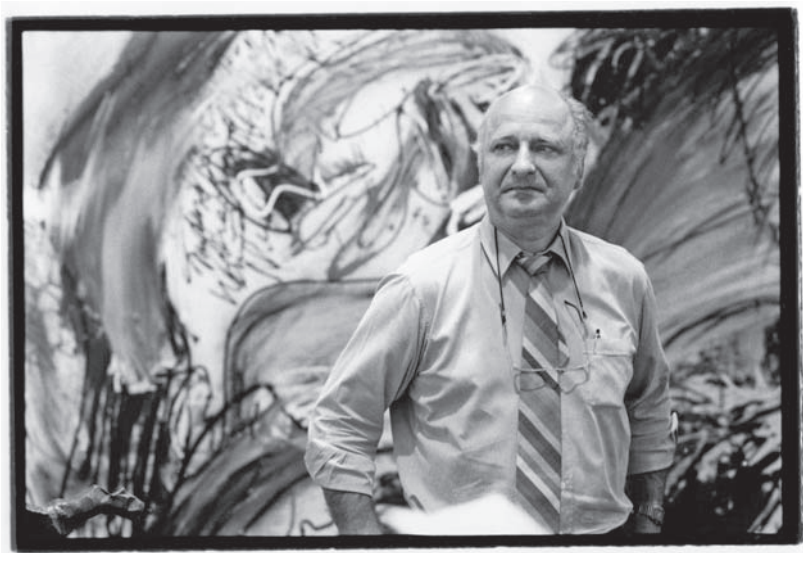


FOTO: ANDREAS BAIER . FORMAT.COM

Bogislav von Wentzel auf der Art Basel 1991

Auf Bogislav von Wentzel war immer Verlass. Er stand hinter einem und zu seinen Zusagen. Sein freundliches Wesen, sein Charme, seine Großzügigkeit, sein besonderer Witz und sein vorlautes Wesen verdeckten manchmal, was für ein ernsthafter und tiefgründiger Mensch er war. Dem guten Leben war er stets zugeneigt. Zusammen mit Franz Müller-Heuser und Heinrich Bleicher-Nagelsmann wurde im damaligen Vorstand des Deutschen Kulturrates so manche Flasche – stets sehr guter – Rotwein getrunken, gutes Essen durfte dabei nicht fehlen. Gemeinsam haben wir viel gearbeitet und sehr viel gelacht.

Der Kunst blieb Bogislav von Wentzel sein Leben lang treu. Ich erinnere mich gut, wie wir noch im vorletzten Jahr gemeinsam die Ausstellung von Hopper bis Rothko im Museum Barbarini in Potsdam besuchten und er immer wieder betonte, dass die gezeigten Bilder zwar ganz nett seien, die Meisterwerke der Künstler es aber nicht über den Großen Teich geschafft hatten und ich doch endlich diese oder jene Museen oder Sammler in den USA besuchen müsste.

Am 4. Juni ist Bogislav von Wentzel im Alter von 83 Jahren verstorben. Der Deutsche Kulturrat hat ihm viel zu verdanken. Ich bin dankbar und froh, ihn zum Freund gehabt zu haben und vermisse ihn.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Geschäftssinn und Idealismus gehören zusammen

Porträt des Galeristen Johann König

ANDREAS KOLB

Die Bundesregierung hat sich am 3. Juni 2020 auf ein Konjunkturprogramm zur Überwindung der Corona-Krise im Volumen von 130 Milliarden Euro geeinigt. Eine Milliarde Euro davon sind für das Rettungs- und Zukunftsprogramm »NEUSTART KULTUR« eingeplant, mit dem die Kulturinfrastruktur gestärkt werden soll.

Unmittelbar nachdem diese Zahlen bekannt wurden, begann der Berliner Galerist Johann König zu rechnen: »Musik – 150 Millionen Euro; Theater und Tanz – 150 Millionen Euro; Kino und Film – 120 Millionen Euro. Fehlt was? Ja: Unter ferner liefen gibt es dann noch Galerien, soziokulturelle Zentren sowie die Buch- und Verlagsszene – 30 Millionen Euro. Pro Bereich also etwa 10 Millionen Euro von einer Milliarde.« Damit kam König auf ernüchternde 1-Prozent-Förderung für den Bereich Galerien und stellte sich die Frage »Gelten wir nicht als Teil der Kultur?«.

Königs Schilderung der Nöte eines Galeristen ist an die Kulturpolitik adressiert, denn Corona hat auch sein Geschäftsmodell beeinträchtigt – seine Energie und Tatkraft schmälert das gewiss nicht. 2015 pachtete er zusammen mit seiner Frau Lena die profanierte Kirche St. Agnes in Kreuzberg. Gemeinsam mit dem Architekten Arno Brandlhuber bauten die beiden die Kapelle im bruitistischen Stil für drei Millionen Euro zur Galerie, Treffpunkt, Künstlerwohnung und Büro um. Heute beschäftigen die Königs dort etwa 40 Mitarbeiter, Home und Office sind eins.

Galeristen wissen, was Risiko heißt: Dreimal in eine Messe investiert und dort nicht verkauft wie erwartet

Man könnte denken, der Mann ist angekommen. Doch bereits fünf Jahre nach der vielbeachteten Eröffnung seiner Galerie St. Agnes denkt Johann König wieder an Expansion. Erneut in Zusammenarbeit mit dem Architekten Arno Brandlhuber arbeitet er an einem Konzept zur Umnutzung des Mäusebunkers in Berlin-Lichterfelde zu einem Ort der Begegnung von Kunst, Kultur, Wissenschaft und Innovation. »Mäusebunker« heißt im Volksmund das Gebäude des ehemaligen zentralen Tierlaboratoriums der Freien Universität Berlin, ein weiteres Gebäude des Ensembles ist das Institut für Hygiene und Umwelt der Charité. Wie St. Agnes stehen auch diese Architekturdenkmäler in der Tradition des Bruitismus der 1970er Jahre.

»Lasst uns übernehmen – wir nutzen um«, so lautet der Appell der beiden Initiatoren an Politik und an die Verwaltung der Gebäude. Als Galerist und Kulturunternehmer ist Johann König in Berlin kein unbeschriebenes Blatt mehr. Seine erste Galerie gründete er 2002 am Rosa-Luxemburg-Platz gegenüber der Volksbühne. Bereits 2006 war es ihm dort zu eng geworden für die raumgreifenden Konzeptarbeiten und Skulpturen seiner Künstler, darunter klingende Namen wie Norbert Bisky, Monica Bonvicini, Katharina Grosse, Jeppe Hein, Manfred Kuttner, Michael Sailstorfer oder Tatiana Trouvé. Johann König zog um in eine Kreuzberger Industriehalle zwischen Martin-Gropius-Bau und Neue Nationalgalerie. »Der Kapitalismus duldet keinen Stillstand«, sagte König einmal in einem Interview mit der Zeit. Um im heutigen Kunstmarkt Erfolg zu haben, müsse man immer weiter expandieren.

Johann König trägt einen Namen, der klingt in Deutschlands Kunstlandschaft: Der Vater Kasper König war Rektor der Städelschule in Frankfurt und leitetet dann für zwölf Jahre bis 2012 das Museum Ludwig in Köln. Sein Onkel Walther König ist ein renommierter Kölner Kunstbuchverleger. Kunst ist Erlebnis, sagt König – und dass ihn der Kunsthandel anfangs überhaupt nicht interessierte, aber umso mehr die Künstlerinnen und Künstler selbst. Aufgewachsen mitten unter den Protagonisten der internationalen Kunstszene, begann sich bei Johann König das eigene Interesse für Kunst zu regen – allerdings erst im Teenageralter. »Ich wollte mit Künstlern zu tun haben, mit ihnen arbeiten. Da lag die Galerie am nächsten.« Als König mit 20 seine Galerie am Rosa-Luxemburg-Platz gründete, war der dänische Künstler und Freund Jeppe Hein sein erster Künstler. Bis heute spielen dessen Werke eine besondere Rolle in der Galerie König. Schon damals war auch dem jüngsten Spross der Königs die Kunst zu Leidenschaft und Lebensinhalt geworden.

Um im heutigen Kunstmarkt Erfolg zu haben, muss man immer weiter expandieren

Inzwischen gilt der Galerist als ein großer Player auf den internationalen Schauplätzen der zeitgenössischen Kunst. Bereits der Einstieg in dieses Porträt hat nicht verheimlicht, dass König dabei durchaus kulturpolitisch geerdet ist: »Der Kunstmarkt hat nicht das Schicksal der Musikverlage geteilt. Ich höre von Künstlern mehr denn je, wie sehr sie sich eine Galerie wünschen. Sonst haben wir niemand, der sie ausstellt. Dennoch gibt es immer weniger Galerien. Das liegt daran, dass sich die Kulturpolitik immer stärker auf den Produzenten konzentriert. Der Künstler kann der Künstlersozialkasse (KSK) beitreten, ich darf als Galerist kein Mitglied werden. Wenn der Künstler dann berühmt und vermögend geworden ist, steigt er aus dem Solidarpakt der KSK aus, ich als Galerist zahle aber weiterhin bei jedem Verkauf an die KSK. Künstlerinnen kriegen einen günstigen Mehrwertsteuersatz von derzeit 5 Prozent, ich zahle derzeit immer noch 16 Prozent. Der Künstler wird beim Folgerecht bedacht, der Galerist nicht. Ich empfinde das wie Strafzölle: Der den Künstler verkauft und vermarktet, der wird bestraft. Und für die Künstler wird es zum Problem, weil es immer weniger Galerien gibt.«

Das Galerie-Geschäft ist ein aufwendiges geworden: Messen, Ausstellungen, Veranstaltungen. Für König bedeutet das: »Die Werke, die wir verkaufen, müssen relativ teuer sein, damit alles überhaupt funktioniert. Das bedeutet auch, dass die Nachwuchsarbeit, die wir auch betreiben, schnell erfolgreich sein muss. Da muss man sich seiner Sache sicher sein, um auf die richtigen Positionen zu setzen.«

Galeristen wissen, was Risiko heißt: Dreimal in eine Messe investiert und dort nicht verkauft wie erwartet, dann kann es schnell eng werden.

Geschäftssinn und Idealismus gehören für Johann König daher zusammen. Dabei bleibt er ein rastloser Geist und führt ein Leben, das ihn weltweit von Messe zu Biennale, Partys oder Atelierbesuchen führt. Bei dieser Überfülle nimmt es kein Wunder, dass er 2019, im Alter von 38 Jahren, bereits seine Biografie geschrieben hat: »Blinder Galerist« gibt einen spannenden Einblick ins Leben des seit seinem 11. Lebensjahr durch einen tragischen Unfall stark sehbehinderten Galeristen.

FOTO: LUKAS GANSTERER

Zu Hause auf den internationalen Schauplätzen der zeitgenössischen Kunst: der Galerist Johann König

Vom 17. bis 26. Juni präsentierte König auf der Messe in St. Agnes seinen Art-Basel-Stand. »Da die Art Basel abgesagt wurde, wollten wir mit unserer Verkaufsausstellung die Lücke füllen.« Auf weiteren 1.200 Quadratmetern luden er und seine Frau andere Galeristen, Kollegen, Händler und Sammler ein, auszustellen und zu verkaufen.

Über 100 Kunstwerke von Elmgreen & Dragset, Alicja Kwade, Neo Rauch, Daniel Richter, Isa Genzken, Martin Kippenberger, Otto Piene und Katharina Grosse wurden ausgestellt und zum Kauf angeboten. Der Weg zur Berliner Kapelle St. Agnes lohnt sich aber auch in den folgenden Monaten. Galerie und Saleroom haben auch in Pandemiezeiten regelmäßige Öffnungszeiten. Gerade produziert König eine Ausstellung mit Alexander Kluge und Sarah Morris, die im September 2020 eröffnet.

Um trotz coronabedingten Einschränkungen mit dem Publikum im Dialog zu bleiben und auch um seine Kunst dem breiten Publikum zur Verfügung zu stellen, hat König einen Podcast initiiert: Hier kann man mit ihm zusammen durch Galerien, Museen und Ausstellungen streifen und bleibt up to date: koeniggalerie.com

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Klima der Angepasstheit

Gebot der Stunde oder gefährlich für die Demokratie?

SUSANNE KEUCHEL

»Halten Sie Abstand von 1,5 Metern und tragen Sie Ihren Mundschutz«, tönt es in regelmäßigen Abständen aus dem Lautsprecher am Bahnhof. Auf dem Bildschirm öffentlich-rechtlicher Rundfunksender blinkt links oben die Texteinblendung »Bleiben Sie zu Hause«. Hätte es die Corona-Krise nicht gegeben, wäre dies der Stoff für einen Sci-Fi-Film gewesen. Bis vor Kurzem wurde China und sein Social-Scoring, indem Bürger kontinuierlich in ihrem Verhalten überwacht und belohnt werden, wenn sie im Sinne des staatlichen Gemeinwohls agieren, als ein Schreckgespenst der digitalen Überwachung dargestellt.

Die Vorstellung, es gibt den einen »richtigen« Weg zu handeln, wird zunehmend salonfähig in unserer Gesellschaft. Dies führt zu starken Polarisierungen. Auf der einen Seite beispielsweise diejenigen, die den Mundschutz als einzige Alternative erachten und Gegenmeinungen mit dem Argument begegnen, man nehme die Krankheit und den Tod Dritter billigend in Kauf, und auf der anderen Seite diejenigen, die dies als Eingriff in die demokratischen Grundrechte empfinden oder andere, die gar Verschwörungen wittern. Polarisierung und der Bedarf, sich einem Lager zuzuordnen, wird durch soziale Medien befördert. In einer Zeit, wo all unsere Haltungen transparent geworden und wir kontinuierlich der Gefahr eines Shitstorms ausgesetzt sind, suchen wir Verbündete. Aber wie soll Demokratie in einem Klima der Aufgeregtheit, der Polarisierung und der daraus resultierenden Angepasstheit funktionieren? Besteht Demokratie nicht im Aushandeln von Kompromissen? Und ist das Proklamieren des einen »richtigen« Wegs im Staat nicht eine Ideologie? Brauchen wir nicht Meinungsvielfalt? Wird der öffentliche Rundfunk seiner Aufgabe gerecht, wenn er »staatliche« Haltungen und Richtungsentscheide nicht auch kritisch kommentiert? Zugleich jedoch einseitig Stellung bezieht, wenn in den Nachrichten betont wird, dass Teile der bürgerlichen Mitte, die sich gegen die Maskenpflicht wenden, von Verschwörungstheoretikern beeinflusst seien? Statt offen zu lassen, ob nun eine eigene Meinung dahinter steht oder nicht? Darf es sein, dass ein Politiker, der das Beenden eines Ausnahmezustands ins Gespräch bringt, sofort in eine Ecke gedrängt und verurteilt wird? Was ist mit der krebskranken älteren Patientin, die lieber das Risiko des Todes

durch eine Corona-Erkrankung auf sich nehmen will, als die letzten Wochen des Lebens isoliert ohne Kinder und Enkelkinder verbringen zu müssen? Lebensschutz ist wichtig! Lebensqualität sollte jedoch auch immer mit bedacht werden! Auch das Pro und Contra einer Maske und des Kontaktverbots muss in einer Demokratie offen und respektvoll miteinander diskutiert werden können!

Angepasstheit und blinder Regeleinhalt sichern weder den Schutz von Risikogruppen noch den der Demokratie. In einem fast leeren Bus bedarf es weniger des Tragens einer Maske, statt in der vollen Fußgängerzone, wo vielfach weder Maske noch Abstand gewahrt wird. Die Pandemieregeln zur Maske geben das so konkret nicht vor, aber der eigene Sachverstand des verantwortungsvollen Bürgers kann im Gegensatz zur Maschine situationsbedingt entscheiden! Es gilt zu wünschen, dass Medien und Künste ihre Verantwortung wahrnehmen und vielfältige Perspektiven jenseits verkrusteter Lager aufzeigen. Die neue Pandemie-Erfahrung fordert eine Gesellschaft in besonderem Maße zu Flexibilität und kreativem Handeln heraus! Es gilt daher, kontinuierlich neue Lösungswege zu entwickeln und demokratisch neue Regeln unter aktiver Einbeziehung aller Bürger auszuhandeln, die Lebensschutz, aber auch Lebensqualität in den Blick nehmen!

Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates

ZUR PERSON ...

Paola Malavassi wird Gründungsdirektorin des Museums »Minsk«
Gründungsdirektorin des Museums »Minsk«, dem neuen Ausstellungshaus für Kunst der DDR und zeitgenössische Kunst in Potsdam, wird Paola Malavassi. Im August wird sie ihr Amt antreten. Dies gab die Hasso Plattner Foundation bekannt, die gegenwärtig das ehemalige Terrassenrestaurant Minsk aus DDR-Zeiten in Potsdam zu einem Museum umbaut. Das neue Museum sollte zugleich ein Ort sein, an dem die Geschichte der DDR-Kunst verhandelt wird als auch die der Unterdrückung und Zensur. Außerdem soll es um die drängenden Fragen der Gegenwart gehen und ihren Ausdruck in der zeitgenössischen Kunst, so die künftige Direktorin. Die Eröffnung des Museumsareals auf dem Brauhausberg ist für den Herbst 2021 geplant. Paola Malavassi leitet seit 2016 die Berliner Dependance der Julia Stoschek Collection. Zuvor war sie im Museum Ludwig in Köln als Assistentin des Direktors Kasper König tätig.

Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ehrt Amartya Sen
Den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verleiht der Börsenverein im Jahr 2020 an den Philosophen und Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen. »Wir ehren mit Amartya Sen einen Philosophen, der sich als Vordenker seit Jahrzehnten mit Fragen der globalen Gerechtigkeit auseinandersetzt«, heißt es zur Begründung. Seine Arbeiten trügen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit bei und seien heute so relevant wie nie zuvor. Sen wurde 1933 in Shantiniketa im indischen Bundesstaat Westbengalen geboren und lebt heute in Cambridge in den USA. 1998 hatte er den Wirtschaftsnobelpreis erhalten. Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ist mit 25.000 Euro dotiert. Die Verleihung findet am 18. Oktober 2020 in der Frankfurter Paulskirche statt und wird live im Fernsehen übertragen.

Kuratorium der Stiftung EVZ wählt Vorstand
Seit 1. Juni bilden Andrea Despot und Petra Follmar-Otto das Führungsduo der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ). Gewählt wurde der neue Vorstand auf einer außerordentlichen Sitzung des internationalen Kuratoriums der Stiftung. Er führt die laufenden Geschäfte der Stiftung EVZ und setzt die Beschlüsse des Kuratoriums um. Außerdem ist der Vorstand für die zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Stiftungsmittel verantwortlich und vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Andrea Despot war zuletzt Direktorin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied an der Europäischen Akademie Berlin. Petra Follmar-Otto von 2008 bis 2020 Leiterin der Abteilung Menschenrechtspolitik am Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin.

Dominik Beykirch wird neuer Chefdirigent in Weimar
Der 29-jährige Dirigent Dominik Beykirch wird mit Beginn der Spielzeit 2020/2021 Chefdirigent am Musiktheater des Deutschen Nationaltheaters (DNT) und an der Staatskapelle Weimar. 2015 kam Beykirch als 2. Kapellmeister ans DNT Weimar. Seit der Spielzeit 2018/2019 ist er als 1. Koordinierter Kapellmeister engagiert. Einen herausragenden Erfolg feierte er in der aktuellen Spielzeit mit seiner überregional vielbeachteten musikalischen Interpretation von Paul Dessaus Monumentaloper »Lanzelot«, die nach über 40 Jahren in der Regie von Peter Konwitschny erstmals wieder auf die Bühne kam.

Bye-bye Happyland

Rassismuskritisch denken lernen

Happyland – das ist der Zustand, in dem weiße Menschen leben, bevor sie sich bewusst mit Rassismus auseinandersetzen. Geprägt wurde der Begriff von einem Workshopteilnehmer der Antirassismus-Trainerin und Autorin des Buches »Exit Racism. Rassismuskritisch denken lernen«, welches in diesem Jahr auch als Hörbuch erschien.

In Happyland leben überzeugte Nicht-Rassisten, die sich einig sind: »Rassistisch ist, wer schlecht ist.« Auch der Vorwurf, rassistisch zu sein, wiegt in Happyland schlimmer als die Auswirkungen des eigentlichen Rassistisch-Seins. Doch warum erschrecken wir meist bei dem Wort Rassismus?

In dem Mitmach-Hörbuch lädt Tupoka Ogette den Hörer ein – ähnlich wie in ihren Seminaren –, andere Perspektiven einzunehmen und einen rassismuskritischen Weg zu beschreiten. Das Buch will verständlich machen, dass Rassismus ein gesellschaftliches, soziales Konstrukt ist, welches in alle Strukturen und Bereiche unserer Gesellschaft verwoben ist: Wir wurden rassistisch sozialisiert, dies bedeutet nicht gleich, Rassist zu sein.

Das Hörbuch geht auf die historische Verankerung des Rassismus ein, befasst sich mit Themen wie der Macht der Sprache, Rassismus in Lehrplänen und institutionellem Rassismus in Schulen. Dabei bindet die Autorin neben wissenschaftlichen Theorien, Eindrücken von Seminarteilnehmenden und Verweisen auf weiterführendes Material auf der zum Buch gehörenden Webseite auch persönliche Gedanken ein. Fragen der Autorin an den Hörer regen zum Nachdenken an, wühlen oft auch auf.

Warum tun wir uns also so schwer in der Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus? Es geht dabei nicht um eine Schuldfrage, denn an ihr hängen zu bleiben, lähmt die Debatte. Es sollte vielmehr um Verantwortung gehen und diese – im Sinne von Produktivität – zu übernehmen. Wir müssen das System, in dem wir leben, aktiv gestalten. Es ist längst überfällig, Happyland zu verlassen.
Kristin Braband

Tupoka Ogette. Exit Racism. Rassismuskritisch denken lernen. Hörbuch 2020

Ganz menschlich

Die großen Autoren der russischen Literatur

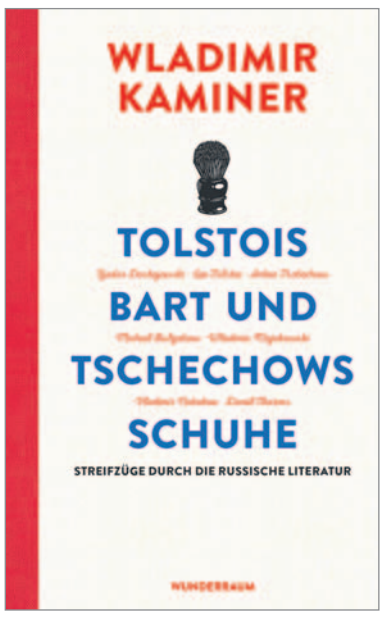
Fjodor Dostojewski, Leo Tolstoi, Anton Tschechow, Michail Bulgakow, Wladimir Majakowski, Vladimir Nabokov, Daniil Charms – das sind die ganz großen Namen der russischen Literatur. Ihnen hat ein wiederum ganz großer Name der zeitgenössischen deutschen Literatur, Wladimir Kaminer, ein würdiges Denkmal in – wie sollte es anders sein – Textform geschaffen. In »Tolstois Bart und Tschechows Schuhe: Streifzüge durch die russische Literatur« nimmt uns der Autor, dem mit »Russendisko« nicht nur der Durchbruch als Schriftsteller gelang, sondern der mit diesem Buch auch eine ganze Generation an jungen Lesern geprägt hat, mit in »seine« Welt der russischen Literatur. Mit Tolstoi und Dostojewski wuchs er auf, Majakowski und Tschechow kennt er aus der Schule, Nabokov las er heimlich, Bulgakow rezitierte und Charms bewunderte er ...

Für Kaminer ist diese Literatenriege von Weltklasse kein abstraktes Studienobjekt; er nähert sich ihnen als Menschen aus Fleisch und Blut, die lebten, liebten und litten. Gerade das macht den großen Unterschied dieses Buches aus: Oder wussten Sie, dass Dostojewski kein Geld festhalten konnte, die Vorväter Tolstois Heeresführer unter Iwan dem Schrecklichen waren oder Nabokovs Mutter aus der reichsten Familie Russlands stammte?

Plötzlich erscheinen die Autoren von »Verbrechen und Strafe«, »Anna Karenina« und »Lolita« in anderem Licht, sie werden menschlich und zugänglich. Es macht Spaß, eben diese Details über die »alten Herren« zu lesen, denn sie werden so mit ihren Eigenheiten, Leidenschaften und Ideen wieder lebendig vor dem inneren Auge.

Kaminer ist hier ein großer Wurf – insbesondere für Fans der russischen Literatur – gelungen; aber auch allen anderen, die Lolita oder Anna Karenina z. B. in der Schule lasen, sind einzelne Kapitel besonders zu empfehlen.
Theresa Brüheim

Wladimir Kaminer. Tolstois Bart und Tschechows Schuhe: Streifzüge durch die russische Literatur. München 2019



Lautlose Eroberung

Bedrohung der westlichen Demokratie

Der Hausarrest und die Inhaftierung des chinesischen Künstlers Ai Weiwei ist nur ein Beispiel, das sich in das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft eingebrannt hat und nur ein Schicksal, das aufgrund von regierungskritischen Äußerungen unter der Herrschaft und den Repressionsmaßnahmen der Kommunistischen Partei (KPCh) Chinas droht. Als Feinde der universellen Menschenrechte, demokratischer Entscheidungsfindung und Rechtsstaatlichkeit bedroht die KPCh demokratische Freiheitsrechte. Wie vielfältig ist der chinesische Einfluss auch bei uns bereits? Und wie soll man mit der neuen Weltmacht China umgehen? Hierzu geben die Autoren und Chinaexperten Clive Hamilton und Mareike Ohlberg Denkanstöße, die zur Debatte anregen. Dabei machen sie von Anfang an deutlich, dass zwischen dem chinesischen Volk und der Kommunistischen Partei unterschieden wird, an die sich die Kritik der Autoren richtet.

In 13 Kapiteln berichten die Autoren über die von der KPCh praktizierten Einflussnahmen, Einmischungen und Subversion mit dem Ziel, die Welt neu zu ordnen. Zu Beginn geben sie einen Überblick über die Bestrebungen der KPCh und fokussieren sich anschließend auf Nordamerika und Europa. Auch das Wirtschaftskonglomerat der Partei und die Mobilisierung der chinesischen Diaspora wird beschrieben. Wie die KPCh mit Spionage und massiven Vorstößen in die globale Medienlandschaft ihre Strategie durchsetzt und Kultur und Universitäten als politische Schlachtfelder missbraucht, wird anschaulich beschrieben. Die Autoren machen klar, dass der Westen ihrer Meinung nach aktiv eine Verteidigungsstrategie entwickeln muss, um auf die Bedrohungen der Freiheits- und Menschenrechte zu reagieren.
Maike Karnebogen

Clive Hamilton und Mareike Ohlberg: Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet. München 2020

Meisterwerke

Die Berliner Antikensammlung

Das Alte Museum, das Neue Museum und das Pergamonmuseum beherbergen die Berliner Antikensammlung. Die Schätze reichen von griechischen Bildwerken über den weltberühmten Pergamonalter bis hin zu etruskischen und römischen Sammlungsstücken.

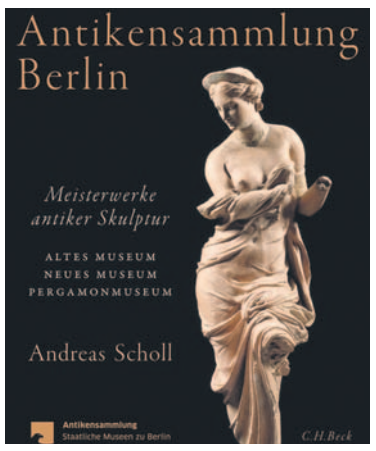
Der von Andreas Scholl vorgelegte Band »Antikensammlung Berlin: Meisterwerke antiker Skulptur« zeigt die aktuelle Sammlungspräsentation in den Häusern nach den umfänglichen Änderungen des letzten Jahrzehnts. Dabei steht das Buch unter dem Motto des Schöpfers und Architekten des Alten Museums, Karl Friedrich Schinkel, »erst erfreuen, dann belehren«.

Nach einem ersten Überblick über die heutige Antikensammlung auf der Berliner Museumsinsel wird der Bestandteil der griechischen Bildwerke vorgestellt: Dazu zählen Kunst aus der Zeit der Helden, dem frühen Griechenland, wie das Bronzepferd aus Olympia; Heiligtümer und Grabmäler aus dem archaischen Griechenland, z. B. die Statue der Ornithe oder die Grabstatue einer jungen, unverheirateten Göttin; Bilder des griechischen Mythos der Götter und Heroen wie der Zeus von Dodona; Weihgeschenke und Meisterwerke der griechischen Klassik und vieles andere mehr.

Ein Kapitel zum Pergamonaltar schließt sich an. Ein besonderes Highlight, denn seit 2014 kann man den Pergamonaltar nicht besichtigen. Die Wiedereröffnung steht frühestens 2023 an. Schade, denn wie gut öffentliche Restaurierungen funktionieren können, zeigt das Amsterdamer Rijksmuseum. Wenn schon nicht live, kann man sich auf fast 40 Seiten an dem neben der Nofretete berühmtesten Kunstwerk der Museumsinsel erfreuen. Dem etruskischen und römischen Bildwerk in Form von Grabplastiken, Architekturzeugnissen, Heiligtümern, Skulpturen und Kaiserporträts wird ebenfalls ein Kapitel gewidmet.

Neben tollen Fotografien, präzisen Detailaufnahmen und interessanten Erläuterungen bietet der Band auch einen guten Überblick über die Geschichte der Antikensammlung. Einen Besuch kann und will das Buch natürlich nicht ersetzen, aber eine tolle Ergänzung dazu ist es allemal.
Theresa Brüheim

Andreas Scholl. Antikensammlung Berlin: Meisterwerke antiker Skulptur. München 2020



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

An die Zeit der Pest erinnert die Maske, die ein Mann im U-Bahnhof Eberswalder Straße trägt

THEMA

In der Not erkennt man die Freunde

Europäischen Kulturschutzschild einrichten

OLAF ZIMMEMANN

Die Corona-Pandemie hält die Welt weiterhin in Atem. Nicht nur in Deutschland, nein, weltweit wütet die Pandemie. Sie hat bereits sehr viele Menschenleben gekostet. Die Spätfolgen sind kaum abzuschätzen und ein Ende der Pandemie ist noch nicht in Sicht. Immer wieder betonen Politikerinnen und Politiker, dass wir uns noch mitten in der Pandemie befinden. Doch was heißt das?

Nach dem ersten Schock Mitte März, der abrupten Schließung von Kultureinrichtungen, der Absage von Messen, Ausstellungen, Festivals und zahlreichen Veranstaltungen befinden wir uns seit Ende Mai in einer zweiten Phase. Der Phase der langsamen Öffnungen, des Herantastens an eine neue Wirklichkeit und Ausprobierens beginnt. Das stellt alle im Kultur- und Medienbereich Tätige vor neue Herausforderungen.

Und diese Herausforderungen betreffen nicht nur die organisatorischen Aspekte wie Hygienevorschriften und Abstandsregeln, sie sind auch künstlerischer Natur. Welche Geschichten können in Fernsehfilmen, -serien oder Spielfilmen erzählt werden, wenn sich die handelnden Personen nicht wirklich nahekommen können? Keine stürmischen Liebesszenen mehr im Film – oder erst nach zweiwöchiger Quarantäne der Protagonisten für allenfalls vier bis fünf Minuten? Wie soll das bewerkstelligt werden? Und wer soll das bezahlen? Aber auch schon die normale Interaktion, sich in den Arm zu nehmen, ist schwer zu realisieren. Was für Film und Fernsehen gilt, trifft auf Theater und Tanz allemal zu. Tanztheater mit jeweils anderthalb Metern zwischen Tänzerinnen und Tänzern mag als Experiment vielleicht interessant sein, aber auf Dauer? Und was ist mit den Musikerinnen und Musikern sowie speziell hier mit den Bläserinnen und Bläsern? Verschiedene Untersuchungen zur Wirkung und Ausbreitung von Aerosolen bei Musikerinnen und Musikern werden derzeit durchgeführt.

Barrie Kosky, der Intendant der Komischen Oper Berlin, schreibt in der Ankündigung seines neuen Spielplans

Spüren wir nicht alle diesen bleiernen Schleier der Corona-Pandemie, der sich auf uns legt und alles so grau erscheinen lässt

für die Monate September bis Dezember mit Blick auf ein mögliches »Business as usual«: »Denn eigentlich gibt es kein *usual* in einem Theater. Auf Unvorhergesehenes, auf Überraschungen zu reagieren und für plötzlich auftretende Ereignisse und Herausforderungen kreative Lösungen zu finden – das ist in einem Opernhaus letztlich *the usual business.*« und weiter »Denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es uns allen in dieser Zeit besonders guttun wird, gemeinsam Musiktheater zu erleben, sich gemeinsam von Emotionen überwältigen zu lassen, gemeinsam zu weinen und zu lachen«.

Einige mögen sagen, ja, Barrie Kosky hat gut lachen und kann mit der öffentlich finanzierten Komischen Oper solche Wege gehen, was ist mit den vielen privatwirtschaftlichen Theatern und Kinos, mit Clubs und Festivals, mit privaten Musikschulen und den vielen anderen mehr? Unbestritten, die Zeiten sind schwer und viele stehen mit dem Rücken zur Wand. Doch es gibt Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Ländern. Vieles ist noch nicht optimal, manches wird gerade erst entwickelt und mit Sicherheit wird es einen Nachsteuerungsbedarf geben. Die Corona-Pandemie ist eine neue, in Deutschland, in Europa, in der Welt bislang nicht gekannte Herausforderung.

Aber sind nicht gerade jetzt die Künste, die Künstlerinnen und Künstler gefordert? Spüren wir nicht alle diesen bleiernen Schleier der Corona-Pandemie, der sich auf uns legt, der uns müde werden lässt, der alles so grau erscheinen lässt. Die Karten für die Aufführung des Rheingolds der Deutschen Oper Berlin auf dem Parkdeck, einer wirklichen Bausünde des letzten Jahrhunderts, die abstoßend und feindlich wirkt, waren trotzdem im Nu ausverkauft. Das Deutsche Theater Berlin verlegt zuvor in der Box gespielte Aufführung von »Die Pest« auf den Theatervorplatz und findet Zuspruch des Publikums.

Viele andere Beispiele aus anderen Städten ließen sich aufzählen. Ich bin fest davon überzeugt, jetzt sind die

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir Verantwortung für die Kultur in und außerhalb von Europa übernehmen müssen

Künste gefordert. Die vielen digitalen Angebote, die in den ersten Monaten entstanden sind und die wichtig waren, um überhaupt Kunst zu zeigen und zu erfahren, sie haben doch gezeigt, dass damit ein authentisches, gemeinsames Erleben nicht ersetzt werden kann. Speziell Theater, aber auch Kino, Musik, Lesungen und anderes mehr, sie ermöglichen das gemeinsame Lachen, Weinen, Leiden, Freuen.

Ich denke, dass die Stunde der Künste nun schlägt. Sie muss genutzt werden, besonders jetzt bei gutem Wetter, wenn die Freiluftsaison beginnt. Es ist gut und richtig, dass der vom Deutschen Kulturrat geforderte »NEUSTART KULTUR« nun mit einer Milliarde Euro an den Start geht und ich hoffe sehr, dass die aus diesem Topf geförderten Experimentierräume nicht nur für digitale Angebote, sondern ebenso für analoge, für das authentische Erleben gelten. Dabei sollten wir nicht vergessen, einen Blick in unsere Nachbarländer zu werfen. Am 1. Juli übernimmt die Bundesrepublik für sechs Monate die europäische Ratspräsidentschaft. Viele Themen werden anstehen, das EU-Budget für die nächste Zeit, der europäische Umgang mit der Corona-Pandemie, ein europäisches Zusammenwirken in der Migrationspolitik, aber auch Kultur sollte eine wichtige Rolle spielen. Deutschland sollte sich an die Spitze der Länder setzen, die für eine Erhöhung des Kulturbudgets eintreten, und es sollte Kunst und Kultur eine wichtige, eine deutlich vernehmbare Stimme geben.

In der Not erkennt man die Freunde. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir als wirtschaftlich starkes Land in der Mitte von Europa gemeinsam mit unseren europäischen Partnern Verantwortung für die Kultur in und außerhalb von Europa übernehmen müssen. Der französische Kulturminister, Franck Riester, ruft im Leitartikel in dieser Ausgabe von Politik & Kultur dazu auf, für »den Schutz der Kreativen und des Pluralismus« gemeinsam einzutreten und über die Einrichtung eines europäischen Kulturschutzschildes nachzudenken. Deutschland kann in seiner EU-Ratspräsidentschaft, gemeinsam mit Frankreich, diesen Kulturschutzschild auf den Weg bringen. Angela Merkel, bitte übernehmen Sie!

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

THEMA

Hier spielt die Zukunftsmusik!

Eine Milliarde für den »NEUSTART KULTUR«

MONIKA GRÜTTERS

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Mit Abstand warten Menschen während der Corona-Pandemie auf den Bus

Zukunftsmusik« nennen wir im Deutschen, was gegenwärtig nicht verwirklicht werden kann, aber als Möglichkeit verheißungsvoll klingt. Man braucht derzeit ein feines Gehör, um im Lärm der Gegenwart solche »Zukunftsmusik« zu vernehmen. Corona beherrscht den Alltag. Ungewissheit, wie sich die Situation entwickelt, nährt Zukunftsängste. Selbst dort, wo sonst mit Leidenschaft Kultur gelebt und Zukunftsmusik gespielt wird, gibt im Moment der Infektionsschutz den Ton an. Konzertsäle, Opern, Musikclubs, Theater und andere Kulturorte sind im Stillstand. Sie alle holen uns in normalen Zeiten heraus aus dem Alltag, hinein in eine Welt der Möglichkeiten. Kunstwerke und Kulturorte schaffen Raum für Utopien – allein schon dadurch, dass sie Menschen über alle Grenzen hinweg verbinden.

In der Dunkelheit eines Kinosaals, im Bann des Bühnengeschehens erfahren wir, dass alles anders sein könnte, als wir es wahrnehmen. Und manchmal spüren wir lesend oder lauschend, mitfühlend und mitfiebernd die Sehnsucht nach einer besseren Welt, nach einem anderen Leben. Doch gleichzeitig scheint der Kunst und Kultur in diesen Corona-Zeiten genau das zum Verhängnis zu werden, was sie der Politik und Wirtschaft, der Sprache der Macht und des Geldes voraus hat: dass sie Menschen buchstäblich in Fühlung miteinander bringt. Solange Abstandhalten Bürgerpflicht in der Corona-Prävention ist, bleiben kulturelle Gemeinschaftserlebnisse in ausverkauften Sälen wirklichkeitsferne Wünsche – um nicht zu sagen: Zukunftsmusik …

Was das für Künstlerinnen und Künstler, für Kultureinrichtungen und Unternehmen der Kulturbranche bedeutet, weiß ich nicht zuletzt aus den unzähligen Telefongesprächen und Briefen, in denen Betroffene mir in den vergangenen Wochen ihre Situation geschildert haben. Ich kenne die Verzweiflung. Ich kann die Existenzangst nachempfinden. Ich leide selbst – als Mensch, als begeisterte Kulturliebhaberin und als Politikerin. Ich bin in tiefer Sorge auch um die kulturelle Vielfalt, die in Deutschland über Jahrzehnte gewachsen ist, übrigens nicht zuletzt dank einer staatlichen Kulturförderung, die weltweit ihresgleichen sucht. Und doch bin ich der Meinung, dass nicht Defätismus, sondern Pragmatismus in dieser Situation die erste Geige spielen muss.

Pragmatisch schauen, was geht: Künstlerinnen und Künstler und zahlreiche Kultureinrichtungen haben mit genau dieser Haltung und bewundernswerter Kreativität in den vergangenen Monaten die häusliche Isolation für viele Menschen erträglicher gemacht. Wohl nie zuvor bot das Internet Kulturgenuss in dieser Bandbreite und Qualität – vom Livestream-Konzert über Lesungen aus dem heimischen Wohnzimmer bis zum virtuellen Theaterabend. Über das analoge Stammpublikum hinaus dürfte dabei auch so mancher Online-Zufallsbesucher auf den Geschmack gekommen sein. Kunst jedenfalls erwies sich für viele Menschen einmal mehr als unverzichtbare Seelennahrung. Diese Wertschätzung wird sich, davon bin ich überzeugt, nach der Corona-Krise für Künstlerinnen und Künstler auszahlen. Der Hunger nach Kultur im öffentlichen Raum wird größer sein als je zuvor. Viele sehen jetzt, dass Kultur als Bildschirmerlebnis das Gemeinschaftserlebnis nicht ersetzen kann. Die Resonanz ist eben doch eine andere im öffentlichen Raum. Als Zuhörer und Zuschauer lauscht man konzentrierter, und mag die heimische Couch auch noch so bequem sein – beglückender ist es, Emotionen mit anderen zu teilen.

Schauen, was geht, und tun, was getan werden kann: Diese Haltung bestimmt auch den politischen Umgang mit der Corona-Krise und ihren Auswirkungen auf Kunst und Kultur. Aus anderen Ländern blickt man durchaus mit Neid auf den Rettungsschirm aus Soforthilfen, den die Bundesregierung in Deutschland für Selbständige und Kleinstunternehmen auch der Kultur- und Kreativbranche gespannt hat – über Unterstützungsprogramme der einzelnen Bundesländer hinaus, in deren Zuständigkeit die Kultur in Deutschland liegt. Er setzt sich im Wesentlichen aus fünf Bestandteilen zusammen.

Erstens: Den Lebensunterhalt soloselbständiger Kreativer sichern der erleichterte Zugang zu einer Grundsicherung mit deutlich verbesserten Leistungen sowie eine Regelung, die es Kultureinrichtungen erlaubt, Ausfallhonorare als Kompensation für entgangene Gagen zu zahlen.

Zweitens: Kulturelle Einrichtungen wie Theater können Angestellte dank der Flexibilisierung des Kurzarbeitergelds über Schließzeiten hinweg halten.

Drittens: Für Betriebskosten wurden Soforthilfen bereitgestellt, von denen z. B. Buchhandlungen sowie Kino- und Musikclubbetreiber genauso profitieren wie Künstler mit eigenem Atelier.

Viertens: Für gezielte Hilfsmaßnahmen zur Krisenbewältigung stehen Mittel aus meinem Kulturetat bereit, beispielsweise in einem Hilfsprogramm für freie Orchester und Ensembles oder in einem Sonderprogramm für coronabedingte Umbaumaßnahmen.

Fünftens: Die Gutscheinlösung als Ersatz für Tickets bei abgesagten Veranstaltungen trägt dazu bei, mit den Konzert- und Festivalveranstaltern einen weiteren Kulturbereich durch die Corona-Krise zu retten.

Zu diesen Maßnahmen kommt nun ein umfassendes »NEUSTART KULTUR-Programm«, mit dem ich den Kulturbetrieb und die kulturelle Infrastruktur unseres Landes nach der pandemiebedingten Auszeit wiederbeleben und dauerhaft erhalten will. Für diesen »Neustart« steht aus dem Bundeskulturetat für dieses und das nächste Jahr insgesamt rund eine Milliarde Euro mehr für den Kulturbereich zur Verfügung. Das Programm ist bewusst vor allen Dingen auf die Infrastruktur ausgerichtet. Denn die Erhaltung der kulturellen Infrastruktur ist der Schlüssel, um Betriebsstätten, Arbeitsmöglichkeiten und damit Einkommen für Künstlerinnen und Künstler wie auch alle anderen im Kulturbereich Tätigen zu garantieren. Wenn die Infrastruktur wegbräche, gingen alle unsere Bemühungen um einzelne Kulturschaffende ins Leere.

Das Programm ruht auf fünf Säulen. Erstens geht es um pandemiebedingte Investitionen in Kultureinrichtungen. Mit Mitteln in Höhe von bis zu 250 Millionen Euro wollen wir Kultureinrichtungen, die überwiegend privat finanziert werden, fit für die Wiedereröffnung machen. Ob Museen und Theater, Gedenkstätten und Galerien, Kinos und Musikclubs: Sie alle müssen zeitnah Hygienekonzepte und Abstandsregeln umsetzen und dafür erhebliche Summen investieren, sei es für Online-Ticketing-Systeme, für die Modernisierung von Belüftungssystemen oder eine andere Besucherführung und Bestuhlung.

Zweitens wollen wir mit 480 Millionen Euro finanzielle Unterstützung für vor allem privatwirtschaftlich finanzierte kleinere und mittlere Kultureinrichtungen und -projekte leisten. Kleine und mittlere Kultureinrichtungen haben in der Corona-Zwangspause besonders starke Einnahmeeinbrüche erlitten. Gleichzeitig laufen ihre Kosten weiter. Mit diesen Mitteln schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die Kreativen aus der Kurzarbeit herauskommen und ihrer künstlerischen Arbeit nachgehen können. Außerdem wollen wir Möglichkeiten eröffnen, neue Aufträge an freiberuflich Tätige und Soloselbständige zu vergeben.

Einen Betrag von bis zu 150 Millionen Euro werden wir, drittens, für die Förderung alternativer, insbesondere digitaler Angebote bereitstellen. Denn trotz der vielfach existenzbedrohenden Folgen, die die Pandemie gerade für den Kulturbereich hat, lässt sich der Krise zumindest ein positiver Aspekt abgewinnen: Sie hat einen gewaltigen Kreativitätsschub beim Einsatz alternativer, vor allem digitaler Formate ausgelöst. Wir wollen diese Kräfte stärken, damit der Kulturbereich dauerhaft davon profitieren kann.

Viertens werden wir bei durch mein Haus bereits regelmäßig geförderten Einrichtungen coronabedingte Einnahmeausfälle und Mehrausgaben ausgleichen, die nicht anderweitig gedeckt werden. Bei gemeinsam mit Ländern bzw. Kommunen getragenen Einrichtungen und Projekten wird der Bund seinen Anteil an der Kofinanzierung leisten. Dafür stehen 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Fünftens sind Bundeshilfen in Höhe von 20 Millionen Euro für private Hörfunkveranstalter vorgesehen. Sie sind durch das Wegbrechen der Werbeeinnahmen schwer getroffen und haben angesichts des enormen Informationsbedarfs der Öffentlichkeit unverändert hohe Personalkosten.

Alles in allem ist »NEUSTART KULTUR« ein wichtiger und kraftvoller Schritt zur Bewahrung unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Dass im Koalitionsausschuss am Ende der harten Verhandlungen für Kultur und Medien eine Eins mit neun Nullen herausgekommen ist – das größte Konjunkturprogramm für Kultur und Medien in der Geschichte der Bundesrepublik –, offenbart den hohen gesellschaftlichen Stellenwert, den die Bundesregierung Kultur und Medien beimisst. Wir wollen unser Möglichstes dafür tun, die zerstörerischen Wirkungen der Corona-Krise zu lindern und schöpferische Kräfte zu mobilisieren – in der Überzeugung, dass wir der Kunst wie auch der Kultur- und Kreativwirtschaft jene Inspiration und Irritationen verdanken, aus denen Innovationen entstehen, in der Überzeugung also, dass gerade in der Kultur die Zukunftsmusik spielt.

Monika Grütters MdB ist Staatsministerin für Kultur und Medien bei der Bundeskanzlerin

BILDER IM SCHWERPUNKT

Leere Straßen, keine Touristen, zahlreiche geschlossene Orte, das gesellschaftliche Leben lahmgelegt – selten hat man die deutsche Hauptstadt so leer erlebt wie in den vergangenen Monaten. Das sonst so pulsierende und lebendige Berlin stand in den ersten Monaten der Corona-Pandemie still.

Der Fotograf Sebastian Wells nahm dies zum Anlass für ein besonderes Berlin-Porträt, indem er den Stillstand der Hauptstadt fotografisch festhielt. Der 1996 in Königs Wusterhausen geborene Künstler fing mit der Kamera menschenleere U-Bahnen, Restaurants, öffentliche Plätze und vieles mehr ein. Seit 2019 ist Sebastian Wells Mitglied der Agentur der Fotografen – Ostkreuz. Eine Auswahl seiner Werke ist im Schwerpunkt dieser Ausgabe auf den Seiten 17 bis 31 zu sehen.

Eine Reihe von Verletzungen hinderten den leidenschaftlichen Läufer Wells mit 15 Jahren daran, weiter ambitioniert Sport zu machen. Kurzerhand fing er an, als Sportfotograf zu arbeiten. Nur fünf Jahre später, inzwischen als Fotografiestudent an der Ostkreuzschule, schoss er bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro ein Foto von Usain Bolt, das daraufhin vom Deutschen Sportjournalistenverband zum Sportfoto des Jahres gekürt wurde. Doch nicht nur der Sprinter selbst interessierte den Fotografen, sondern der Raum, der ihn umgibt.

Die Bilder von Sebastian Wells sind erzählerisch, ohne zu viel zu verraten. Auch seine Arbeiten über den Brexit in der Kleinstadt Wigan, Wettkämpfe militärischer Spezialeinheiten in Jordanien, einen Terroranschlag oder ganz alltägliche Geschehnisse beruhen auf jener Sensibilität für Räume und Personenkonstellationen. Für sein Projekt »Utopia« reiste er im Rahmen der Abschlussarbeit an der Ostkreuzschule in sieben Länder Europas, Afrikas und des Nahen Ostens in 24 Flüchtlingslager. Mehr unter: sebastianwells.de.

Warum nicht zwei Schritte nach vorn?

Ein Plädoyer für eine europäische Öffentlichkeit

MICHELLE MÜNTEFERING

Einer gemeinsamen Weltkrise kann sich kein Land durch Absperrung entziehen. Gerade in Europa sind Wirtschaft, Politik und Kultur so eng miteinander verbunden, dass durch Isolation und Absonderung alle nur verlieren können. Europa steht vor der Wahl: entweder mehr Integration oder Rückfall in nationale Egoismen.

Kommt Ihnen das bekannt vor? Wahrscheinlich schon, denn von der Weggabelung, vor der Europa heute steht, lesen und hören wir gerade viel. Es handelt sich bei den mahnenden Worten allerdings nicht um einen aktuellen Feuilletonbeitrag, sondern um die Zusammenfassung eines Vortrags von Stefan Zweig. Gehalten im Jahr 1932 in Florenz.

Zugegeben: So düster wie damals sieht es heute nicht aus. Von einem heraufziehenden Krieg in Europa wie in den 1930er Jahren sind wir glücklicherweise weit entfernt.

Dennoch hat uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt, wie verletzlich Europa ist und dass die europäische Einigung genauso wenig selbstverständlich ist wie die Demokratie. Jacques Delors hatte recht: Europa ist wie ein Fahrrad – bleibt es nicht in Bewegung, droht es umzufallen.

Das europäische Fahrrad fährt noch, aber es hat in den letzten Jahren an Geschwindigkeit verloren und ist ins Schlingern geraten. Wirtschaftskrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise, Brexit und jetzt Corona. Daneben der Aufstieg populistischer und nationalistischer Kräfte überall auf dem Kontinent. So offen wie heute war die Geschichte Europas schon lange nicht mehr. Eben darum wirken die Worte Stefan Zweigs so vertraut auf uns.

Dabei wäre gerade jetzt die Geschlossenheit Europas wichtig. Die bisherigen globalen Mächtegleichgewichte verschieben sich. Die multilaterale Weltordnung ist unter Druck. Der Konflikt zwischen den USA und China wird schärfer. Der Klimawandel verlangt eine globale Anstrengung, wie wir sie bisher nicht kannten. In dieser Welt braucht es eine starke europäische Stimme für Multilateralismus, Menschenrechte und internationale Zusammenarbeit. Eine Stärkung Europas ist notwendig, wenn wir unsere Werte und Interessen im 21. Jahrhundert wahren möchten.

Wie also Europa stärken? Der aktuell diskutierte Recovery Fund kann und muss dazu beitragen, Europa mit Investitionen auch in nachhaltige Technologien und dem Ausbau der Digitalisierung fit für die Zukunft zu machen. Aber die Stärkung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ist nur die eine Seite. Die europäischen Zivilgesellschaften brauchen ein gemeinsames Verständnis für Europa und das Bewusstsein geteilter Verantwortung für seine Zukunft. Hierfür bedarf es einer echten europäischen Öffentlichkeit und eines europäischen Kulturraums. Corona bietet die Chance, diesen Weg nun entschlossen zu gehen.

Mein Plädoyer: Nutzen wir diese Chance. Ergänzen wir den Recovery Fund und den Green Deal durch einen Cultural Deal, um einen Raum europäischer Öffentlichkeit und Kultur zu schaffen. Reparieren wir nicht nur den Schaden, sondern schaffen wir etwas Neues. Wenn uns das gelingt, könnte Corona der entscheidende Wendepunkt in der Geschichte der europäischen Integration werden.

Klar. Rom wurde nicht an einem Tag erbaut. Es entstand auch gar nicht als politische Gemeinschaft. Die Wiege Roms lag auf sieben Hügeln verteilt und in der Mitte war eine Freifläche. Erst als sich die Bewohner der Hügel entschieden, diese Fläche zu einem Ort der gemeinsamen Öffentlichkeit zu machen, wurde Rom zur politischen Gemeinschaft. Den gemeinsamen Ort nannten die Römer Forum und machten es zum Mittelpunkt der römischen Republik.

Auch das gemeinsame Europa lässt sich nicht an einem Tag erbauen. Wir haben uns von unseren nationalen Hügeln schon ein ganzes Stück ins Tal hinabgewagt. Wir haben einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit gemeinsamen Regeln und ohne Grenzzäune geschaffen. Wir haben gemeinsame Institutionen, eine gemeinsame europäische Rechtsprechung und sogar eine gemeinsame Währung. Doch das schafft eben noch keine Gemeinschaft. Was fehlt, ist der gemeinsame öffentliche Raum, die europäische Öffentlichkeit: das europäische Forum.

Warum nicht versuchen, eine gesamteuropäische Medien- und Kommunikationsplattform aufzubauen?

Wie können wir nun aber ein solches europäisches Forum schaffen? Ich meine: Der entscheidende Hebel ist mehr gesellschaftlicher Austausch und kulturelle Kooperation in Europa. Und das ganz zeitgemäß: analog und digital.

Als ein wesentliches Hindernis für die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit galt lange die Sprachenvielfalt in Europa. Auch heute sind Sprachbarrieren noch Kommunikationsbarrieren. Die Hürden werden aber kleiner: Junge Europäerinnen und Europäer sprechen heute so viele Fremdsprachen wie keine Generation vor ihnen. Gerade Englischkenntnisse sind für junge Menschen heute in ganz Europa selbstverständlich. Moderne Übersetzungsprogramme bringen uns der Vision des Babelfisches aus Douglas Adams' »Per Anhalter durch die Galaxis« einen ganzen Schritt näher. Sprache ist keine unüberwindbare Hürde mehr. Die Voraussetzungen sind gegeben, dass wir durch einen Ausbau unserer kulturellen Kooperation in Europa einen europäischen Öffentlichkeits- und Kulturraum ermöglichen.

Daher gilt es nun, Künstlerinnen und Künstler, Kreative und Kulturschaffende vor den Folgen der Krise zu schützen. Denn sie sind von der Krise besonders stark betroffen. Theater, Galerien, Kinos und Clubs mussten bereits ganz zu Beginn der Krise schließen und können auch jetzt erst sehr langsam wieder öffnen. Für viele Künstlerinnen und Künstler ist das existenzbedrohend. Es ist daher richtig und wichtig, dass die Mitgliedstaaten, aber auch die EU-Kommission Maßnahmen und Programme aufgesetzt haben, um Kreativen und Kulturinstitutionen zu helfen.

Bei kurzfristigen Hilfen können wir es aber nicht bewenden lassen. Wir sollten nicht nur Hilfspakete schnüren, um die Folgen der Krise abzumildern, sondern Mittel bereitstellen, um etwas Neues zu schaffen, das den europäischen Gedanken, die Vision und die Erzählung eines solidarischen Europas stärkt. Wir brauchen gerade jetzt eine europäische Kulturpolitik, die in die Gesellschaften hineinwirkt; die eine Kultur fördert, die offen und einladend ist, die nicht national repräsentiert, sondern allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Und gesellschaftliche Teilhabe heißt hier: europäische Teilhabe.

Dazu ist es wichtig, den Austausch und die Netzwerkbildung von Künstlerinnen und Künstlern, Kreativen in Europa stärker zu unterstützen. Durch gemeinsames Arbeiten entstehen gemeinsame Ideen und Projekte. Fördervoraussetzung ist dabei stets die Beteiligung aus mehreren europäischen Ländern und die Breitenwirkung in die Gesellschaft hinein. Warum sollte es neben Mobilitätsstipendien für Studierende und Auszubildende nicht auch niedrigschwellige Austauschprogramme für Schauspieler, Regisseure und Bühnentechniker geben und auch im Programm »Creative Europe« Mobilitätsmaßnahmen verstärkt werden?

Warum nicht mit dem ersten gemeinsamen, digitalen europäischen Kulturinstitut vorangehen?

Zudem ist es nötig, die kulturelle Infrastruktur Europas auszubauen, um Kunst, Kultur- und Kreativwirtschaft wie andere Wirtschaftsbranchen auch strukturell zu unterstützen. Wir brauchen mehr gemeinsame europäische Kunst- und Kulturproduktion.

Warum nicht versuchen, eine gesamteuropäische Medien- und Kommunikationsplattform aufzubauen? Ein Europa-Netflix-Sky-ARTE! Gerade auch der digitale Austausch in Europa braucht einen Schub. Corona hat viele kreative Ideen für digitale Kulturangebote freigesetzt, die auch in Zukunft das kulturelle Leben bereichern werden. Wir sollten jetzt dafür sorgen, dass sie über die Krise hinaus zu einer europäischen Öffentlichkeit beitragen können. Dies umfasst den Ausbau digitaler Bürgerdialoge und Begegnungen, aber auch die Herausbildung einer europäischen Netzkultur, in der Bürgerinnen und Bürger, Netzakteure und Kunstszene miteinander im Austausch stehen. Dazu gehört auch, die digitale Resilienz Europas zu stärken, also die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften gegenüber Desinformation.

Schließlich sollten wir den strategischen Ansatz der EU für die internationalen Kulturbeziehungen ausbauen. Unser Ziel muss es sein, auch außereuropäisch Partner zu unterstützen und das gesellschaftspolitische Bild eines gemeinsamen und solidarischen und weltoffenen Europas in der Welt zu vermitteln. Mit der im Aachener Vertrag beschlossenen Gründung integrierter deutsch-französischer Kulturinstitute gibt es bereits einen Nukleus für eine vertiefte kulturelle Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb Europas, die wir weiter ausbauen sollten. Warum nicht mit dem ersten gemeinsamen digitalen europäischen Kulturinstitut vorangehen?

Im Zentrum des Kulturprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft steht das Kunstwerk »Earth Speakr« des dänisch-isländischen Künstlers Ólafur Elíasson, das die Stimmen junger Menschen wie ein Verstärker in ganz Europa hörbar machen will. Wenn wir aufmerksam sind, erkennen wir darin einen Blick in die Zukunft Europas und etwas davon, was Kunst beitragen kann, um einen europäischen Öffentlichkeits- und Kulturraum zu schaffen.

Wir können uns jetzt von unseren 27 nationalen Hügeln hinabwagen und nach der Phase der schmerzhaften Grenzschließungen umso entschlossener nach vorn gehen. Dann kann es uns gelingen, dass Stefan Zweigs Vortrag tatsächlich wie das wirkt, was er ist: ein Bericht aus einem anderen Jahrhundert. Warum eigentlich nicht?

Michelle Müntefering MdB ist Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

In der Corona-Pandemie waren viele europäische Städte unerreichbar

THEMA

Lasst uns wieder über Kultur reden!

Die neue Etappe des kulturellen Umgangs mit den Folgen des Coronavirus

CARSTEN BROSDA

Vielleicht wäre es jetzt an der Zeit, nicht immer nur über Geld zu reden«, schrieb Florian Zinnecker, Kulturredakteur bei der Hamburger Zeit, vor wenigen Tagen.

Der Stoßseufzer des klugen Kulturbeobachters hat einiges für sich. Wir müssen über viele Dinge jenseits des Geldes reden: Über die Rolle der Kultur in einer unter Druck stehenden Gesellschaft. Über die Freiheit öffentlicher Räume, in denen wir verhandeln können, wie wir miteinander leben wollen. Über den Reiz des wilden und spekulativen Denkens und Produzierens – und die Möglichkeit dazu. Über die politische Kultur unserer Gesellschaft und über ihre kulturelle Politik.

Aber all das setzt voraus, dass wir uns sicher sein können, dass das materielle Fundament künstlerischen Produzierens und kulturellen Erlebens gesichert ist. Und zwar in einer Zeit, in der viele kulturelle Orte und Formate nach wie vor nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind. Daher müssen wir dann doch zunächst über Geld reden, wenn wir zukünftig über Kultur reden wollen.

Es ist bemerkenswert, was seit dem teilweisen Shutdown Mitte März an Unterstützung für die Kultur auf den Weg gebracht worden ist. In den vielen Hilfsprogrammen spiegelt sich ein gewachsenes Bewusstsein für die Bedeutung der Kultur. Anders als bei früheren Krisen war es nicht notwendig, Hilfen nachträglich in die Programme zu basteln. Kultur wurde von vornherein mitberücksichtigt. Viele Länder haben ihre Kulturhaushalte aufgestockt, um Privattheatern, Musikclubs, Veranstaltern und Initiativen schnell und unbürokratisch helfen zu können. Viele haben die Soforthilfen des Bundes, die auf betriebliche Ausgaben fokussiert waren, mit eigenen Mitteln ergänzt, um Soloselbständigen – und damit vielen Künstlerinnen und Kreativen – direkt zu helfen. Mal passierte das durch pauschale Soforthilfen wie in Hamburg oder Berlin, mal durch Stipendienprogramme, mal durch die Anrechenbarkeit eines fiktiven Unternehmerlohns.

Der Bund hat darüber hinaus die Zugänge zur Grundsicherung für Selbständige erleichtert: Er verzichtet auf die Prüfung der Angemessenheit des Wohnraums, hat die Vermögensprüfung vereinfacht und die Arbeitsvermittlung ausgesetzt. Alles, um Menschen, die weiterhin arbeiten, aber keine Einkünfte mehr erzielen, helfen zu können. Man stelle sich vor, wie die Lage gewesen wäre, wenn wir noch auf die kommunale Sozialhilfe angewiesen wären …

Dass nun im Konjunkturpaket des Bundes neben vielen allgemeinen Hilfen, die wie das Kurzarbeitergeld, die Überbrückungshilfen oder die Mehrwertsteuersenkung auch der Kultur offenstehen, nun eine Milliarde ausdrücklich für die spezifischen Bedarfe der Kultur reserviert sind, setzt diese Entwicklung fort. Mit den Geldern können die Bemühungen von Kommunen und Ländern unterstützt werden, pandemiebedingte Umbauten zu ermöglichen, Einnahmeausfälle zu kompensieren und neue Produktionen zu ermöglichen.

Diese Hilfe ist dringend nötig. Zum einen trifft die aktuelle Situation diejenigen besonders hart, die bislang ohne oder nur mit geringer staatlicher Unterstützung klargekommen sind und bei denen die Umsatz- und Einnahmeausfälle nun besonders ins Kontor schlagen. Und zum anderen sind Kommunen angesichts der überall steigenden Belastungen oft damit überfordert, ihren kulturfördernden Verpflichtungen alleine nachzukommen. Hier mit klugen Programmen schnell zu helfen ist unerlässlich, wenn wir die kulturelle Infrastruktur der Bundesrepublik dauerhaft sichern wollen.

Es ist der Initiative vieler zu verdanken, dass diese nationale Kraftanstrengung für die Kultur möglich wurde. Viele Verbände, viele Künstlerinnen und Kreative und auch der Deutsche Kulturrat haben klar und nachvollziehbar die Bedarfe artikuliert. Die Länder sind früh mit eigenen Hilfsprogrammen von erheblichem Ausmaß in die Verantwortung gegangen und haben dem Bund angeboten, partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Und die Bundesregierung hat von der zuständigen Staatsministerin über den Vizekanzler bis zur Bundeskanzlerin früh klargemacht, dass der Kultur geholfen werden soll. Es ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit, dass der Finanzminister Olaf Scholz, als er nach den Inhalten des Konjunkturpaketes gefragt wurde, als Erstes die Kultur genannt hat. Diese Wertschätzung ist wichtig. Aber sie muss sich jetzt auch in der Umsetzung stetig erweisen. Das wird nur gelingen, wenn sich Bund und Länder gut und eng abstimmen. Die Länder sind dazu bereit. Sie wissen, wo die Not am größten ist, und sie haben bereits viele Instrumente entwickelt, die konkret helfen und wirksam sind, und werden weitere Hilfen auf den Weg bringen.

Wir stehen am Beginn einer neuen Etappe des kulturellen Umgangs mit den Folgen des Coronavirus. Während es in den ersten Wochen darum ging, die Ausfälle aus dem kompletten Erliegen des kulturellen Lebens zu kompensieren, müssen wir nun die Wiederaufnahme der Produktion ermöglichen. Wir müssen ausprobieren, wie es sich anfühlt zu veranstalten. Wir müssen Formate entwickeln, die den Hygiene- und Abstandsregeln gerecht werden. Und wir müssen uns darum kümmern, dass künstlerische Intervention, Inspiration und Irritation unsere gesellschaftlichen Diskurse aufmischen können.

Damit wir eben nicht nur über Geld reden, wenn wir uns den Fragen zuwenden, was wir aus den vergangenen Monaten eigentlich gelernt haben und wie wir künftig leben wollen.

Carsten Brosda ist Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg sowie Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie

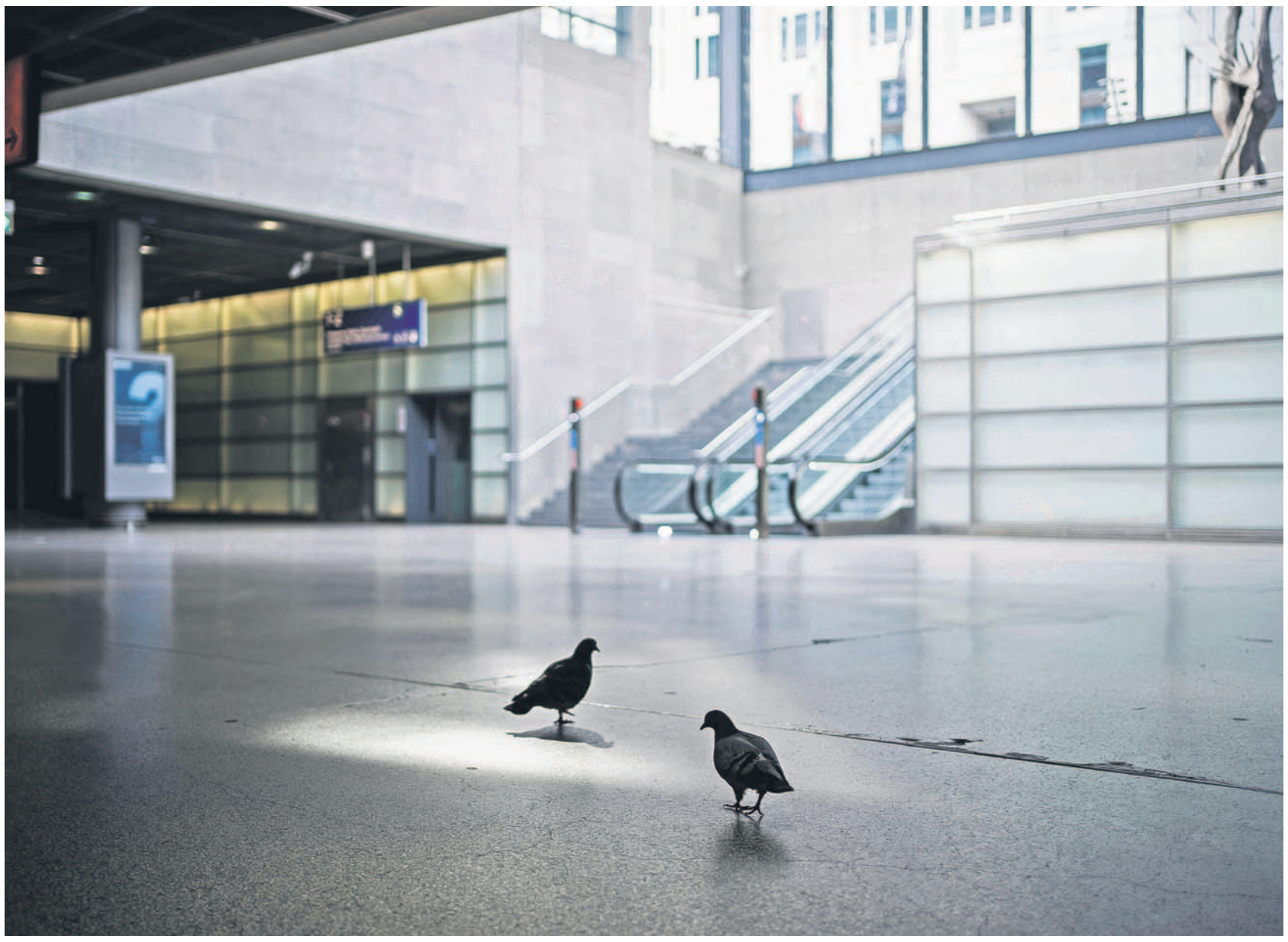


FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Tauben beleben den fast menschenleeren Bahnhof Potsdamer Platz

ZUM SCHWERPUNKT

Bereits seit der Ausgabe 4/20 widmet Politik & Kultur den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kulturbereich zahlreiche Seiten, Texte und Energien. Angesichts des neuen Konjunkturprogramms »NEUSTART KULTUR« nehmen wir das Thema wieder auf und weiten den Blick mit Beginn der EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli auf die Kulturlage in anderen europäischen Ländern. Machen Sie sich bereit für das »Corona-Update«:

Nach dem Leitartikel des französischen Kulturministers Franck Riester und der Einführung von Olaf Zimmermann läutet Monika Grütters mit »Zukunftsmusik« den weiteren Schwerpunkt ein: Die Soforthilfen der Bundesregierung für Selbständige und Kleinstunternehmen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Unterstützungsprogramme der für Kultur zuständigen Bundesländer und das konjunkturbelebende Programm »NEUSTART KULTUR« bilden diese Klänge von morgen auf S. 18.

Auf der folgenden S. 19 schreibt Michelle Müntefering ein Plädoyer für eine europäische Öffentlichkeit. Sie fordert, jetzt zwei Schritte nach vorn zu tun und eine gesamteuropäische Medien- und Kommunikationsplattform aufzubauen sowie mit gemeinsamen digitalen Kulturinstituten in Europa voranzugehen.

Der Hamburger Senator für Kultur und Medien, Carsten Brosda, plädiert auf S. 20 dafür, nun wieder mehr über Kultur zu reden, wo in den vergangenen Monaten das Geld im Vordergrund stand. Auf S. 21 macht die Vorsitzende des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments, Sabine Verheyen, deutlich, dass Geld für Kultur und kulturelle Bildung klare Investitionen in die Zukunft unseres Kontinents sind – daher müssen das SURE-Programm und auch Corona Virus Response den Kultur- und Kreativbereich direkt erreichen.

Auf der Doppelseite 22 und 23 beurteilen die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher im Deutschen Bundestag, ob »NEUSTART KULTUR« ein tatsächlicher kultureller Neubeginn ist. Es folgen Einschätzungen und Meinungen aus den Verbänden zum Kulturkonjunkturprogramm auf den S. 24 bis 26 – mit dabei sind der Deutsche Bibliotheksverband, der Deutsche Bühnenverein, der Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft, die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft, der Bundesverband Soziokultur, der Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Produzentenallianz und die Allianz der Freien Künste.

Auf S. 27 erläutert Hannes Langbein, Kunstbeauftragter der EKBO, die in der Corona-Krise angestoßene neue Initiative »Kirchen für Künstler«, die Kulturschaffenden Auftrittsmöglichkeiten in Gottesdiensten bietet. Ebendort gibt Boris Kochan, Präsident des Deutschen Designtages, in drei Fragen einen Überblick über die aktuelle Situation seiner Branche.

Auf S. 28 nehmen uns die Auslandskorrespondenten Jürgen König und Peter Lange mit nach Frankreich bzw. Tschechien und zeigen, wie es angesichts der Pandemie um die Kulturbranche bestellt ist und in welcher Situation sich die Künstlerinnen und Künstler dort befinden. Auf S. 29 spricht der dänisch-isländische Künstler Ólafur Elíasson über sein Kunstwerk »Earth Speakr«, eine App und interaktive Webseite, die zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli 2020 die Ideen und Bedenken von Kindern zu unserem Planeten in allen 24 EU-Sprachen hörbar verstärkt.

Einen aktuellen Einblick in die Arbeit des europäischen Netzwerkes für Kulturinstitute EUNIC in der Corona-Krise gibt die Geschäftsführerin Gitte Zschoch auf der S. 30; sie macht sich stark für eine stärkere europäische Zusammenarbeit in der Kultur. Mit einem Beitrag des Generalsekretärs der Europa-Union Deutschland, Christian Moos, endet der Schwerpunkt »Das Corona-Update: Deutschland und Europa zwischen Nothilfen und Konjunkturplänen«; Moos sieht die Europa-Union als natürlichen Verbündeten der Kulturschaffenden.

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Eine Pause brauchten diese Demonstranten bei einer Protestaktion von »Fridays for Future«

Investitionen in Europas Zukunft

Das SURE-Programm und Corona Virus Response müssen den Kultur- und Kreativbereich direkt erreichen

SABINE VERHEYEN

Die Corona-Pandemie hat verheerende Folgen für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Vor allem viele kleine Kultureinrichtungen stehen am finanziellen Abgrund. Für viele Kulturschaffende heißt das Verbot von Veranstaltungen aufgrund von Corona zugleich: keine Einnahmen. Für Künstlerinnen und Künstler geht es um ihre Existenz. Experten schätzen, dass die Kultur, zusammen mit dem Tourismus, am längsten brauchen wird, um wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Das ist fatal, denn die Kreativbranche besteht aus vielen kleinen und mittleren Betrieben, Unabhängigen und Freiberuflern – in der EU etwa neun Millionen Menschen.

Auf EU-Ebene wurde eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bereiche Bildung, Kultur, Medien, Jugend und Sport abzumildern. Und auch die Bundesregierung hilft mit Unterstützung in Milliardenhöhe und weiteren Förderleistungen.

Das Geld muss aber auch ankommen, wo es gebraucht wird. Künstler und Kreative haben es oft schwer, sich für EU-Förderprogramme zu qualifizieren. Weil die Gelder, die von der EU bereitgestellt werden, von den Mitgliedstaaten verwaltet und verteilt werden, ist es oft unübersichtlich, wie das genau funktioniert. Wir müssen nun sicherstellen, dass die Mittel aus dem SURE-Programm und der »Coronavirus Response Investment Initiative« den Kultur- und Kreativbereich auch direkt erreichen, durch spezifische Regeln zur Zweckbindung des Geldes und enger Überwachung dieser Zweckbindung, das Geld spezifisch an diese Sektoren zu verteilen.

Beide Programme, SURE sowie Corona Virus Response, bieten ein erhebliches Potenzial für den Kultur- und Kreativbereich und den Presse- und Mediensektor, doch haben die Sektoren spezifische Geschäftsmodelle und spezifische Bedürfnisse. Der Kultur- und Kreativbereich setzt sich insbesondere aus vielen einzelnen Künstlern zusammen, und diese Kunstschaffenden sehen sich durch die Krise mit echten existenziellen Härten konfrontiert. Sie qualifizieren sich aber möglicherweise nicht ohne Weiteres für nationale Förderprogramme, da viele davon Regularien haben, die an der Lebenswirklichkeit von Künstlern vorbeigehen. Die Notfallhilfen müssen so gestaltet werden, dass das Geld auch für den Lebensunterhalt der Künstler genutzt werden kann, nicht nur für Betriebsausgaben, denn viele selbständige Künstler haben wenig Betriebsausgaben im eigentlichen Sinne – sie haben Lebenshaltungskosten.

Das ist natürlich erst der Anfang des Prozesses, und wir werden in den kommenden Wochen und Monaten aktiv bleiben müssen. Eines ist klar: Die Auswirkungen auf diese Sektoren sind enorm und werden wahrscheinlich sehr lang anhaltend sein. Doch zunächst einmal ist es wichtig, die Künstler und Kreativen durch die Krise zu bringen, sie wirtschaftlich überleben zu lassen.

Eine Reihe von Kulturakteuren sind möglicherweise keine Unternehmen, sondern haben einen gemeinnützigen Status. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass Förderprogramme auch auf diese Organisationen angewendet werden können. Wir im Ausschuss für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament wollen sicher sein, dass die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten dafür sorgt, dass diese Programme für die Kultur-, Kreativ- und Medienbranche geeignet sind.

Auch möchten wir sicherstellen, dass die EU-Finanzierungsprogramme mobilisiert werden, um einen sofortigen Zugang zu Finanzmitteln und Krediten für die relevanten Branchen zu ermöglichen. Zwar ist die direkte Finanzierung der Kultur- und Kreativbranche durch EU-Programme zwangsläufig begrenzt, eine intelligente Nutzung der bestehenden Instrumente kann jedoch dazu beitragen, den Zugang zu Krediten und Überbrückungskrediten für den Sektor zu verbessern.

Wir glauben, dass der effektivste Weg, eine solche Unterstützung zu leisten, über die bereits bestehende sektorspezifische Garantiefazilität im Rahmen von »Creative Europe« ist, jedoch – und das ist essenziell – mit einem aufgewerteten Budget. Die Kommission hat nun einen neuen, zweiteiligen Budgetvorschlag vorgelegt, ein kurzfristiges Konjunkturprogramm sowie den Haushaltsplan bis 2027.

Das Konjunkturprogramm, der neue »Recovery Fund«, zielt darauf ab, kurzfristige Unterstützung zu geben, um die dringend benötigte wirtschaftliche Erholung voranzutreiben und eine sofortige Kapitalspritze für die Unterstützung des kulturellen und kreativen Sektors zu erreichen. Der mittelfristige Finanzrahmen (MFR) dagegen ist langfristiger angelegt und zeigt die Vision für die Zukunft der Europäischen Union – ausgedrückt durch den Grad der Ambitionen im MFR selbst –, die dem Kultur- und Kreativ- und Mediensektor die Chance geben sollte, sich wieder zu erholen.

Im auslaufenden Haushalt der EU erhielt das Programm Kreatives Europa rund 1,5 Milliarden Euro. Wir im Europäischen Parlament wollen diese Summe verdoppeln und hatten diese Forderung schon vor der Krise gestellt. Wir wurden leider bis heute nicht gehört. Der neue Budgetvorschlag der Kommission ignoriert diese Forderung allerdings total – er liegt bei 1,52 Milliarden Euro. Durch die Inflation ist das unterm Strich weniger Geld als im auslaufenden Programmhaushalt. Das kann nicht die Antwort auf eine solche Krise sein und ist ein fatales Zeichen für die europäische Kultur- und Kreativlandschaft.

Wir haben in den letzten Wochen mehrfach wiederholt, dass die Kultur-, Kreativ- und Bildungssektoren besonders hart von der Krise getroffen wurden. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Unterstützungs- und Überbrückungsprogramme so konzipiert sind, dass sie auch diesen Sektoren echte Unterstützung bieten können. Viele kleine Betriebe und Selbständige oder Freelancer wie einzelne Künstler brauchen maßgeschneiderte Hilfen und sie brauchen Beratung und Unterstützung und weniger Bürokratie. Dies wurde in vergangenen Programmen oft nicht berücksichtigt, und ich fordere die Kommission dringend auf, ihre besondere Aufmerksamkeit auf diese Menschen zu richten.

Geld für Kultur und kulturelle Bildung auszugeben, ist eine Investition in die Zukunft des Kontinents

Die jetzigen Zahlen im MFR für die Bildungs-, Kultur- und Jugendprogramme sind zutiefst enttäuschend und stehen einfach nicht im Einklang mit der Erklärung der Kommissionspräsidentin über die Bedeutung künftiger Generationen sowie von Bildung und Kultur. Es ist sehr bedauerlich, dass die Kommission im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Vorschlag vor zwei Jahren nun niedrigere Zahlen vorschlägt. Wir haben Erwartungen geweckt, die durch den Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, nicht erfüllt werden.

Gerade im Kulturbereich haben wir erlebt, dass Kinos, große Konzertsäle und kleine Spielstätten, Theater und Museen ihre Türen schließen mussten. Viele Festivals, Konferenzen, Buchmessen sowie Film- und Fernsehproduktionen wurden abgesagt oder zumindest bis auf Weiteres verschoben. Wir müssen den kulturellen und kreativen Sektor und die Menschen, die diese Sektoren ausmachen, schützen und unterstützen. Wir müssen die Unterstützung zielgenau auf die Sektoren zuschneiden und ihnen den Zugang zu dieser Unterstützung erleichtern. Wir müssen auch – ohne Verzögerung – die Garantiefazilität für den Kultur- und Kreativsektor im Rahmen des Creative Europe aufstocken und anpassen, um dem Sektor den Zugang zu weiteren Finanzierungen zu erleichtern. Und wir brauchen engagierte Unterstützung für den Mediensektor.

Der Ausschuss für Kultur und Bildung wird weiterhin darauf drängen, dass die richtigen Maßnahmen schnell umgesetzt werden. Geld für Kultur und kulturelle Bildung auszugeben, ist eine Investition in die Zukunft des Kontinents. Wir müssen die Krise als Gelegenheit nutzen, unsere Prioritäten neu zu definieren. Denn: Kunst und Kreativität sind das, was uns als Menschen ausmacht, uns als Gesellschaft prägt, den Spiegel vorhält. Es ist systemrelevant für unsere Gesellschaft – gerade in Krisen!

Sabine Verheyen ist Vorsitzende des Kulturausschusses des Europäischen Parlamentes

»NEUSTART KULTUR« – tatsächlich ein kultureller Neubeginn?

Wie beurteilen die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher im Deutschen Bundestag das Kulturkonjunkturprogramm?

CDU/CSU

ELISABETH MOTSCHMANN

Wenn mir vor einem halben Jahr jemand vorausgesagt hätte, wir beschließen im Juli eine Milliarde Euro zusätzlich für die Kulturförderung, ich hätte ihn für verrückt erklärt. Wenn mir damals jemand prophezeit hätte, dass diese eine Milliarde dennoch nicht von allen als ausreichend empfunden wird, ich hätte die Welt nicht mehr verstanden.

Diese eine Milliarde, die immerhin rund der Hälfte des regulären Kulturetats entspricht, ist ein großes und wichtiges Zeichen der Bundespolitik an Kunst und Kultur, an Künstlerinnen, Künstler und Kreative: Wir sehen Eure Sorgen, wir haben Eure unverschuldeten Nöte im Blick.

Die Corona-Pandemie hat den Kulturbereich hart getroffen. Die Lage für viele Kultur- und Medienschaffende und für die einzigartige Vielfalt der Kultur und Medien in Deutschland ist unverändert bedrohlich. Gerade für die Bühnenkünstler gilt »first in, last out« beim pandemiebedingten Stillstand. Mit dem Rettungs- und Zukunftspaket »NEUSTART KULTUR« reagieren wir darauf. Staatsministerin Monika Grütters und wir, Parlamentarierinnen und Parlamentarier, haben dafür intensivst gekämpft.

Das Geld wird in den Erhalt der kulturellen Infrastruktur fließen. Es wird vielen Kultureinrichtungen eine Brücke bauen und die Zuversicht geben, trotz der massiven Corona-Folgen dauerhaft arbeiten zu können. Wir haben die begründete Hoffnung, dass die Kultureinrichtungen durch Aufträge möglichst viel von dem Geld an freischaffende Künstler und Soloselbständige weitergeben werden.

Die Corona-Pandemie ist eine nie dagewesene Situation. Daher kann keiner – weder BKM noch wir Mitglieder der Koalitionsfraktionen – derzeit genau wissen, wie groß der Unterstützungsbedarf in welchen kulturellen Sparten genau sein wird. Daher haben wir eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der einzelnen Förderprogramme vereinbart: Wenn z. B. die Theater nicht alle vorgesehenen Mittel abrufen sollten, können diese etwa den Kinos zugutekommen.

Der Deutsche Kulturrat hat mit seiner frühzeitigen Forderung nach einem Kulturinfrastrukturfonds wichtige Impulse für die Entwicklung dieses Hilfsprogramms ohne Beispiel gegeben. Dafür und für seinen realistischen Blick, was der Staat in dieser Krise leisten kann und was nicht, möchte ich ihm herzlich danken.

Kunst und Kultur sind keine gesellschaftliche Insel. Daher ist es mir wichtig zu betonen, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft und die Kreativen nicht nur von der BKM-Milliarde profitieren, sondern auch von einer Reihe weiterer Maßnahmen der Regierungskoalition. Ich nenne nur die befristete Mehrwertsteuersenkung, die Überbrückungshilfen des Wirtschaftsministeriums für kleine und mittelständische Unternehmen oder die finanzielle Entlastung der Kommunen – die wichtigsten Kulturträger in unserem Land! – durch den Bund.

Gleichwohl sind wir nicht mit allem zufrieden. Das ungelöste Problem des »fiktiven Unternehmerlohns« – ein Begriff, den ich nicht glücklich finde – ist auch für mich eine offene Wunde. Wir können die Lebenshaltungskosten von freischaffenden Musikern oder Schauspielern leider nicht anders als über die Grundsicherung abdecken, weil sonst Soloselbständige aus allen anderen Berufsfeldern ebenfalls einen Unternehmerlohn beantragen könnten.

In unserem föderalen Deutschland sind zuerst die Länder und Kommunen für die Förderung von Kunst und Kultur zuständig. Das hat unsere kulturelle Vielfalt über Jahrzehnte stets bereichert. Wir können sie auch heute nicht aus ihrer Verantwortung für die Rettung des Kulturbetriebs entlassen. Immerhin vier von 16 Bundesländern zahlen Kulturschaffenden auch einen Unternehmerlohn.

Sehr beeindruckt hat mich die vielfach gelebte Solidarität im Kulturbereich und die überbordende Kreativität im Umgang mit der Krise. Wenn es uns gelingt, diese zu erhalten, ist mir nicht bange für die Zukunft unserer so reichhaltigen Kulturlandschaft.

Elisabeth Motschmann MdB ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion CDU/CSU im Deutschen Bundestag

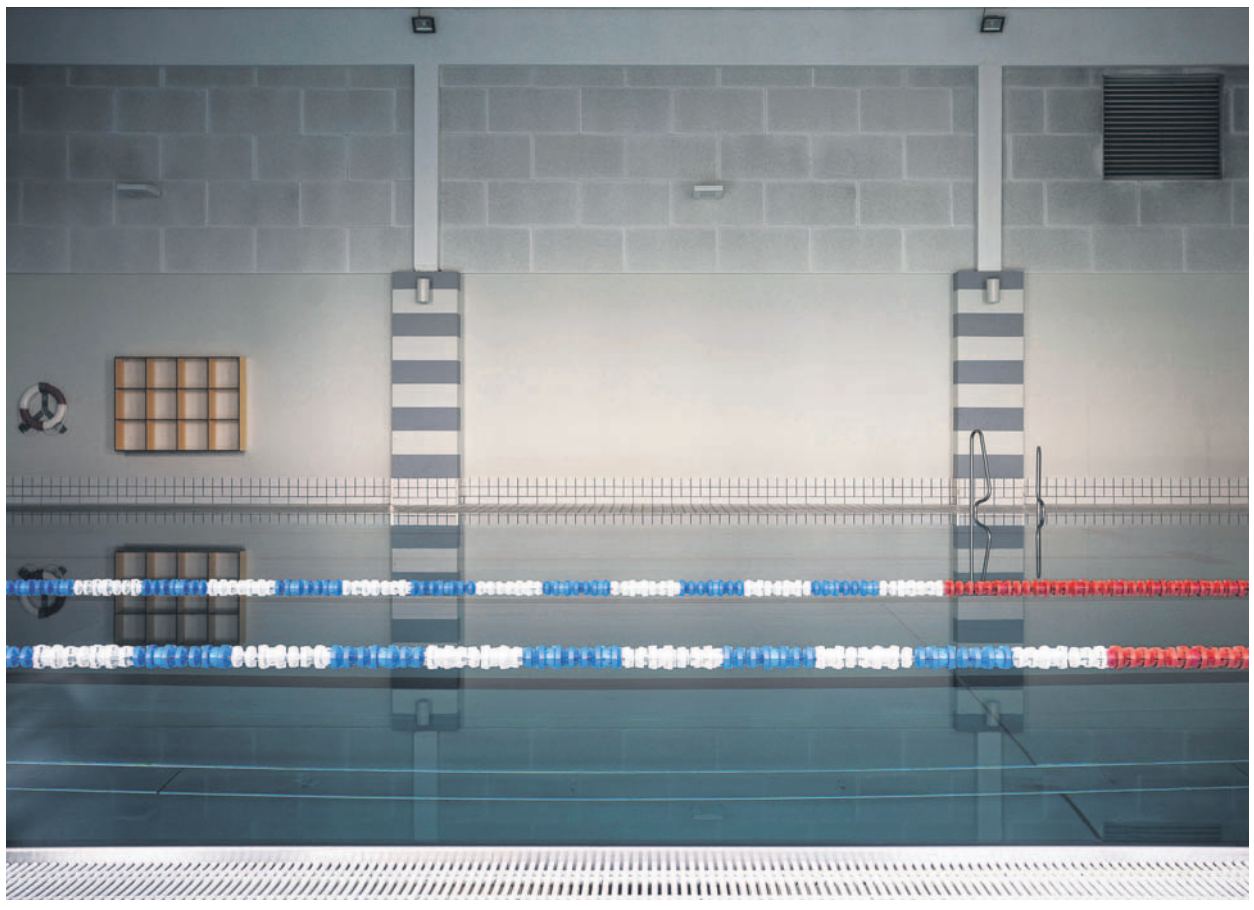


FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Corona legte das öffentliche Leben lahm. Auch die Schwimmbäder blieben leer

SPD

MARTIN RABANUS

Während ich diese Zeilen schreibe, befindet sich die sogenannte Kultur-Milliarde in der parlamentarischen Beratung. Entsprechend dem Struck'schen Gesetz, nach dem keine Vorlage in derselben Form das Parlament verlässt, wie es Eingang gefunden hat, ist die SPD-Bundestagsfraktion aktuell dabei, das seitens der BKM vorgestellte Kulturhilfeprogramm genau zu bewerten und um eigene sozialdemokratische Positionen zu ergänzen.

Der Kulturbereich ist seit Beginn der sogenannten Corona-Krise unmittelbar und stark betroffen und wird dies auf derzeit noch unabsehbare Zeit hin auch bleiben. Daher muss es, auch perspektivisch, eine möglichst umfassende Unterstützung für Kunst, Kultur und Medien geben. Unterstützung durch Zuschüsse einerseits und durch Hilfen für den Neustart des Kulturbetriebes andererseits.

Daher ist es auf jeden Fall gut und wichtig, dass jetzt mit der Kultur-Milliarde ein umfassendes Programm zur Stärkung der Kulturinfrastruktur kommt. Wir als SPD-Fraktion haben uns dafür stark gemacht. Wir haben im Mai ein Positionspapier verabschiedet, in dem wir nachhaltige Lösungen rund um die soziale Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden, für Soforthilfen und Mittel zum Fortbestehen von Kultureinrichtungen vorgeschlagen haben. Mit der Kultur-Milliarde können wir nun wichtige Impulse setzen. Die Förderung von Nothilfen und Mehrbedarfen ist der richtige Ansatz, um Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstler zu unterstützen. Mit neuen digitalen Angeboten werden zukunftsweisende Akzente gesetzt. Darüber hinaus wird der Kultur- und Medienbereich auch von weiteren Maßnahmen des Konjunkturprogrammes profitieren. Beispielhaft seien hier die Senkung des Mehrwertsteuersatzes, der steuerliche Verlustvortrag und die finanzielle Überbrückungshilfe in Höhe von insgesamt 25 Milliarden Euro genannt. Die Verlängerung der vereinfachten Grundsicherung bis Ende September hilft Kultur- und Medienschaffenden, die durch die Folgen der Corona-Pandemie unverschuldet in Existenznot geraten sind. Und, die beschlossenen Entlastungen von Kommunen machen weiteren Spielraum in den Kulturhaushalten direkt vor Ort frei.

Durch die Corona-Pandemie werden jedoch gleichzeitig wie unter einem Brennglas auch strukturelle Probleme und Defizite deutlich sichtbar, die jetzt kulminieren, deren Ursprung jedoch in »Vor-Corona-Zeiten« zu suchen ist. Es zeigt sich, wie fragil der Kulturbereich ist, wie wenig Reserven es gibt, wie schnell und umfassend er durch Krisen destabilisiert wird – und wie schnell Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende in existenzielle Nöte geraten. Daher bedarf es über die verschiedenen Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise hinaus nachhaltiger und struktureller Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Absicherung.

Und, es stellt sich die Frage nach der »kulturellen Grundversorgung«: Kultur ist mehr als Unterhaltung. Das Erleben von Kunst und Kultur ist elementares Bedürfnis des Menschen. Kultur ist ein Bindeglied zwischen verschiedenen sozialen Milieus, ermöglicht Teilhabe, stärkt den Dialog zwischen uns Menschen und fördert den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Daher müssen wir uns als Gesellschaft fragen, was zählen wir zur kulturellen Grundversorgung dazu und was soll sie uns zukünftig wert sein?

Wir bringen jetzt ein großes Konjunkturpaket auf den Weg. Nun geht es um eine Ausgestaltung der Kultur-Milliarde, die alle Kultur-Bereiche berücksichtigt und mit einbezieht. Welche Maßnahmen darüber hinaus notwendig sein werden, muss man im weiteren Verlauf sehen. Es gibt eben keine Blaupause für diese Situation – für keinen Bereich. Daher gilt es, die getroffenen Maßnahmen immer wieder zu evaluieren, zu prüfen und, wo nötig, nachzusteuern. Und, den Mut dabei – auf allen Seiten – nicht zu verlieren, denn der Weg ist richtig.

Martin Rabanus MdB ist kulturpolitischer Sprecher der Fraktion SPD im Deutschen Bundestag

AfD

MARC JONGEN

Wegen der Corona-Pandemie hat die Bundesregierung die Schließung fast aller Kultureinrichtungen angeordnet, kulturelle Veranstaltungen fallen schon seit Monaten aus. Viele Künstler, Veranstalter und kreativ Tätige bangen zunehmend um ihre Existenz. Mit einem »Rettungs- und Zukunftsprogramm«, das auf eine Milliarde Euro budgetiert ist, soll nun ein »NEUSTART KULTUR« gewährleistet werden. Ging es zunächst um Not- und Soforthilfe, soll dieses Programm nun die kulturelle Infrastruktur retten. In der Tat wäre es eine Katastrophe für die Kulturnation Deutschland, wenn diese Infrastruktur dauerhaften Schaden nähme. Dass jetzt dringend geholfen werden muss, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es die weit überzogenen Maßnahmen der Regierung waren, die die Notlage erst herbeigeführt haben.

Schon das Maßnahmenpaket der Not- und Soforthilfe hat sich als zu wenig passförmig erwiesen, nicht zuletzt aufgrund eines »Förderflickenteppichs«, so der Deutsche Kulturrat, von Bund und Ländern. Die AfD-Bundestagsfraktion hat deshalb gefordert, die Hilfsleistungen über die Künstlersozialkasse (KSK) zu organisieren. Durch den Prüfungsablauf der KSK könnte auch einer missbräuchlichen Mittelverwendung oder Mitnahmeeffekten weitgehend vorgebeugt werden, wie sie etwa in Berlin im großen Stil zu beklagen waren. Die durch massenhaften Betrug entzogenen Gelder gingen für die wirklich bedürftigen Künstler verloren. Unser Antrag wurde von den anderen Bundestagsfraktionen, wie zu erwarten, abgelehnt.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass kulturelle Einrichtungen, vor allem auch private, in der gegenwärtigen Notlage unterstützt werden, sind sie doch nicht selbstverschuldet in diese geraten, sondern von den Behörden quasi mit Berufsverbot belegt worden. Dasselbe gilt für die vielen Soloselbständigen in der Kulturszene, an denen die meiste Hilfe zunächst vorbeigegangen war. Die staatliche Hilfe darf aber nicht zum Dauerzustand werden, ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit ist in regelmäßigen Abständen zu evaluieren. Mit Nachdruck wird sich die AfD gegen alle Versuche wenden, die Hilfen an bestimmte ideologische Auflagen wie Frauenquoten oder Diversity-Orientierung zu knüpfen, wie es SPD, Linkspartei und Grüne bereits gefordert haben.

Entgegen der Darstellung der Bundesregierung war es nicht das Coronavirus als solches, das zu einem Erliegen des Kulturlebens führte, sondern eine Entscheidung der Politik. Zunächst wurden viel zu lange gar keine Maßnahmen gegen die sich anbahnende Pandemie ergriffen, was den späteren Lockdown erst nötig machte. Mittlerweile wird dieser Zustand bereits viel zu lange aufrechterhalten. Der berechtigte Unmut der Kultur- und Kreativszene darüber artikuliert sich unter anderem unter dem Hashtag #firstoutlastin.

Ein wesentlicher Grund für die Zögerlichkeit der Regierung im Hinblick auf eine konsequente Exit-Strategie aus dem Corona-Regime liegt darin, dass die Corona-Maßnahmen an Fragen der Verantwortung, Haftung und des Schadensersatzes aufgehängt sind, wie sie im US-Rechtssystem schon länger dominant sind. Diese Entwicklung führt zu einer verfassungswidrigen Einschränkung unserer Grundrechte. Die Bundesregierung kommt mit dem Programm »NEUSTART KULTUR« der Forderung nach einer Exit-Strategie jetzt zwar nach, die seitens der AfD-Bundestagsfraktion schon seit Wochen erhoben wird. Jeder Tag, an dem noch zugewartet werden muss, kostet aber

Fortsetzung auf Seite 23 ►

Fortsetzung von Seite 22

Unsummen. Das beste Zukunftsprogramm für den Kulturbereich ist daher die raschestmögliche Öffnung der Bühnen und Veranstaltungsstätten, auf die die AfD weiterhin drängen wird.

Marc Jongen MdB ist kulturpolitischer Sprecher der Fraktion AfD im Deutschen Bundestag

FDP

HARTMUT EBBING

Eine Milliarde Euro mehr für die Kultur, das sind 50 Prozent mehr bezogen auf den derzeitigen Kulturhaushalt des Bundes. Dies erfreut jeden Kulturpolitiker jeglicher politischen Schattierung. Chapeau! Ca. 500 Millionen Euro sind vorgesehen für die vielen kleineren und mittleren, privatwirtschaftlich finanzierten Kulturstätten und -projekte, die unsere bunte Kulturlandschaft so prägen. Das gefällt mir sehr gut. Gerade die privaten Einrichtungen sind durch den kompletten Wegfall ihrer Einnahmen besonders hart von der Corona-Pandemie getroffen.

Nicht überzeugt bin ich von der mit einem Viertel der Milliarde Euro geplanten Unterstützung von Investitionsmaßnahmen in Hygeniekonzepte, Online-Ticketing-Systeme und der Modernisierung von Belüftungssystemen. Analog der Pawlow'schen Bedürfnispyramide essen die Künstler und Kreativen in der Not das Brot auch ohne Butter und Käse. Diese 250 Millionen Euro fehlen an einer echten Nothilfe. Dies auch bitte nicht falsch verstehen: Die Modernisierung der Infrastruktur von Kinos, Theatern und Konzerthäusern ist dringend geboten und sollte mit einer ausreichenden Summe in den ordentlichen Kulturhaushalt des Bundes und der Länder aufgenommen werden. Leider lassen die spärlichen Informationen der Bundesregierung bisher nicht nur vieles im Unklaren, sondern es wirkt, als ob auch weiterhin dringende Probleme nicht gelöst werden. Erneut erhalten die zahlreichen Soloselbständigen keine zielgerichtete Unterstützung. Schon die Soforthilfe, die nur für Betriebskosten, nicht aber für Lebenshaltungskosten genutzt werden durfte, verfehlte für diese wichtige Gruppe komplett ihr Ziel. Soloselbständige haben keine Betriebskosten. Ihr Anlagevermögen ist ihre Stimme, ihre Fertigkeiten als Schauspieler oder ihr Können am Instrument. Diese drastische Gerechtigkeitslücke wurde vor einigen Wochen zwar ausführlich im Kulturausschuss des Bundestages thematisiert, scheint aber von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien auch diesmal nicht ansatzweise behoben worden zu sein.

Weiterhin unklar sind zum heutigen Stand die detaillierten Vergabekriterien. Ebenso unklar ist, wer genau die Hilfsgelder verwalten und verteilen soll. Anscheinend sollen dies die Bundesverbände der Kultureinrichtungen selber vornehmen. Das gibt ein Hauen und Stechen. Mir graut es schon vor einem weiteren Bürokratiemonstrum, in welchem die gut gemeinten Konjunkturhilfen versickern. Die Corona-Pandemie trifft alle gleichermaßen. Hier einmal wäre das Gießkannenprinzip tatsächlich angebracht. Warum koppelt man die Hilfe für einzelne Kultureinrichtungen nicht einfach an den Jahresumsatz aus 2019 und schüttet einen Prozentsatz davon einfach über das zuständige Finanzamt aus. Alle Umsatzsteuervoranmeldungen für 2019 sind bereits abgegeben, Steuernummern und Bankverbindungen bekannt, und da Ende 2019 keiner mit dieser Katastrophe rechnen konnte, ist ein Missbrauch von Fördergeldern nahezu ausgeschlossen. Dieses Vorgehen ist schnell und unkompliziert. Die Mittel stünden den Betroffenen umgehend zur Verfügung. Das Entwerfen von diversen unterschiedlichen Antragsformularen entfällt, ebenso die immer ungerechte Lösung des sogenannten Windhundverfahrens. Nicht immer ist der Schnellste auch der, der am meisten Hilfe benötigt. Und wer soll und will bei begrenzten Mitteln entscheiden, wer etwas bekommen soll?

Mit Bestürzung habe ich wahrgenommen, dass keinerlei Mittel für den enorm wichtigen Teilbereich der kulturellen Bildung vorgesehen sind. Der überwiegende Teil dieser gemeinnützigen Einrichtungen wird nicht institutionell, sondern über Projektmittel gefördert und ist daher existenziell auf laufende Einnahmen angewiesen. Es kann nicht im Sinne einer zukunftsorientierten Kulturpolitik sein, die junge Generation, die den Großteil der Corona-Hilfen zurückzuzahlen hat, hier so sträflich zu vernachlässigen. Hier gilt es, z. B. den Fonds Soziokultur gezielt zu stärken und darüber die Unterstützung der kulturellen Bildung zu gewährleisten.

Hartmut Ebbing MdB ist kulturpolitischer Sprecher der Fraktion FPD im Deutschen Bundestag

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Orlando aus Jamaika präpariert seine Atemschutzmaske am Breitscheidplatz

Die Linke

SIMONE BARRIENTOS

Bemerkenswert: Nun endlich ist Kultur maßgeblich in einem Konjunkturpaket enthalten. Seit drei Monaten redet die deutsche Öffentlichkeit, reden die Verbände, reden die Fraktionen im Bundestag und den Landesparlamenten über die existenzielle und existenzbedrohende Krise der Kulturbranche. Die Linke spricht das Problem allerdings seit Jahren an. Dass Kultur- und Kreativschaffende, dass die kulturelle Infrastruktur durch die coronabedingten Maßnahmen sofort und unmittelbar in Not geriet, war vorhersehbar. Die Probleme sind durch die Politik hervorgerufen. Wir müssen also nicht nur darüber reden, was ist, wir müssen auch darüber sprechen, wie es dazu kommen konnte, dass eine ganze Branche auf tönernen Füßen stand und immer noch steht. Nur wenn wir uns der Versäumnisse bewusst sind, können wir für die Zukunft Konzepte finden, die die Kreativbranche stärken und ihr den Immunschutz geben, den sie braucht.

Eine Milliarde zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur, das ist mehr, als zu erwarten war. Die Frage, wer das Geld an wen unter welchen Bedingungen verteilt, ist noch offen. Die Verbände sollen mitbestimmen. Das ist gut. Wir werden darauf dringen, dass auch die Subkultur, die Soziokultur, dass insbesondere die Freie Szene davon profitiert.

Die individuelle Existenznot der Kreativen –wer nicht mehr am Wettbewerb um Publikum, Aufmerksamkeit und Fördergelder teilnehmen konnte, verlor Einkommen und Auskommen – ist nun zur Existenznot aller Kreativen geworden. Und zur Not der Technikerinnen und Roadies, der Veranstaltungsgastronomie und so weiter und so fort. Wer Kunst und Kultur als Beruf gewählt hat, musste immer schon wasserfest sein, er wurde oftmals im Regen stehen gelassen. Es ist die Aufgabe der Politik und unser aller Aufgabe, endlich für Regenschirme zu sorgen und danach für ein dauerhaftes Dach über dem Kopf. Kultur gehört als Pflichtaufgabe ins Grundgesetz. Aus dem Kooperationsverbot muss ein Kooperationsgebot werden.

Im Konjunkturpaket der Bundesregierung fehlt immer noch eine Lösung für Soloselbständige, in jedem Bundesland gelten andere Regeln, das ist mehr als nur eine Leerstelle. Die Kulturförderung vor der Krise hat die Selbstausbeutung der Akteure immer billigend in Kauf genommen. Angemessene Gagen und Honorare, soziale Sicherheit, Planungssicherheit, ja selbst die Verpflichtung von Kommunen und Gemeinden, für künstlerische Leistungen angemessene Honorare zu zahlen: Zu oft waren das nichts als fromme Wünsche. Von Gleichstellung und Diversität ganz zu schweigen.

Wer Kunst macht und von ihr leben will, darf es sich nicht leisten können müssen. Wer vielfältige Kultur will, muss blechen, sonst gibt es nur Blech! In die Strukturen muss investiert werden, in langfristige Konzepte, in Absicherung. Künstlerinnen in Armut ist ein pittoreskes Bild für Gemäldeausstellungen, nicht ein Vorbild für die Lebenswirklichkeit von Kreativen.

In der durch die Corona-Pandemie verursachten Krise liegt eine Chance. Die Kulturmilliarde kann geeignet sein, die kulturelle Infrastruktur wesentlich zu verbessern. Aber dann muss es den Willen geben zu verändern.

Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für Kultur als Aufgabe mit Verfassungsrang. Und für ein Kooperationsgebot. Die Verbände legen seit Jahren Vorschläge auf den Tisch. Sie reichen vom Kulturgroschen bis zum Grundeinkommen, von Kulturgenossenschaften bis zu Kulturschutzgebieten, von Kunst am Bau bis zur Aufnahme von Schriftstellerinnen-Lesungen in die Curricula. Lassen Sie uns mehr Kultur wagen.

Simone Barrientos MdB ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Bündnis 90/ Die Grünen

ERHARD GRUNDL

Kulturmilliarde«, das klingt gut, klingt üppig. Tatsächlich umfasst die »Kulturmilliarde« nur 1/130tel des Konjunkturpakets. Der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kultur- und Kreativszene mit jährlich 100 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung entspricht das bei Weitem nicht.

Mit 250 Millionen Euro will die Bundesregierung Kultureinrichtungen für die Wiederöffnung fit machen. 450 Millionen Euro sollen in Erhaltung und Stärkung der Kulturinfrastruktur gehen, wobei die Mittel nach nicht nachvollziehbaren Kriterien auf Sparten aufgeteilt sind. Geld gibt es als Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen –wie Clubs, Träger von Jugendeinrichtungen, Unternehmen der Veranstaltungslogistik. Dabei werden viele Kultureinrichtungen, etwa Kinos und Theater, aufgrund der erforderlichen Abstandsregeln lang nicht die frühere Auslastung erreichen. Für andere, wie Clubs, wo Nähe unvermeidbar ist, ist fraglich, ob sie jetzt überhaupt wieder öffnen können. Zudem laufen Überbrückungshilfen nur bis Ende August. Angesichts der zu erwartenden langfristigen Ausfälle ist die »Kulturmilliarde« dann doch eher mager.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft weist einen überdurchschnittlich hohen Anteil an (Solo)Selbständigen auf. Und gerade hier zeigt das Hilfsprogramm eklatante Gerechtigkeitslücken. Es unterstützt in erster Linie Einrichtungen. Sie sollen fit werden und wieder freie Kulturschaffende engagieren, so die Rechnung der Kulturstaatsministerin. Doch das reicht nicht aus. Nicht nur, weil das Auftragsvolumen wohl kaum den Stand von Vor-Corona-Zeiten erreichen wird.

Der Fehler liegt in der Trennung von Betriebs- und Lebenshaltungskosten. Für förderungsberechtigte Unternehmen ist ein Zuschuss zu betrieblichen Fixkosten möglich. Für ihren Lebensunterhalt werden Selbständige und Freiberufler auf die Grundsicherung verwiesen. Doch sind sie nicht arbeitssuchend, sondern können nur kein Einkommen generieren, weil sie ihrer Arbeit derzeit nicht nachgehen dürfen. Anders als angekündigt, sieht auch der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung eine Vermögensprüfung vor. Sie kommt bei Altersrücklagen ab 60.000 Euro zum Tragen. Wer also für die Zukunft etwas zurückgelegt hat, um Rentenausfallzeiten zu überbrücken, wird so bestraft. Schließlich schränken bürokratische Hürden die unternehmerische Tätigkeit der Kulturschaffenden ein. Und dann ist auch noch unklar, wie ausstehende Honorare oder Einnahmen aus Verwertungsgesellschaften angerechnet werden sollen.

Das Modell des »fiktiven Unternehmerlohns« dagegen, wie es Baden-Württemberg vormacht, bietet genau die unbürokratische Unterstützung, die jetzt gebraucht wird, und entlastet zudem die ohnehin klammen Kommunen. Wenn man nicht die Prekarität, sondern die Kreativität von Künstlerinnen und Künstlern fördern will, muss man diese Gerechtigkeitslücke schließen.

Bereits jetzt werden viele Hilfen nicht in Anspruch genommen, weil unklar ist, was kombinierbar ist, ab wann eine Überzahlung erfolgt ist und in welcher zeitlichen Abfolge die Programme wirken sollen. Damit sie wirken, muss aber klar sein, ob ihre Inanspruchnahme letztlich auf die Anhäufung von Schulden in der Zukunft hinausläuft.

Gut investiert ist die »Kulturmilliarde« dann, wenn sie ankommt – am besten, wie von der grünen Bundestagsfraktion vorgeschlagen – mithilfe einer zentralen Anlaufstelle, die Informationen für die Betroffenen niedrigschwellig bereitstellt. Wichtig ist es auch, ehrlich zu evaluieren und zügig nachzubessern.

Kunst und Kultur sind unverzichtbar für eine liberale Demokratie. Gerade ihre Freiheit, gegebenenfalls die fördernde Hand zu beißen, macht Kunst unverzichtbar für die offene Gesellschaft und uns alle. Bei der »Kulturmilliarde« darf es daher getrost nicht nur etwas mehr sein.

Erhard Grundl MdB ist kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

CORONA VS. KULTUR

Lesen Sie mehr Lageeinschätzungen aus den verschiedenen Kulturbereichen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie und sowohl politische als auch gesellschaftliche Forderungen aus den Kulturverbänden unter: bit.ly/2Yz8NON

THEMA

Zwischen Erwartungen, Realität und Forderungen

Einschätzungen und Meinungen aus den Verbänden zum »NEUSTART KULTUR«

Bibliotheken

BARBARA SCHLEIHAGEN

Das auf die Zukunft ausgerichtete Programm »NEUSTART KULTUR« zur Erhaltung der kulturellen Infrastruktur begrüßt der Deutsche Bibliotheksverband ausdrücklich. Die darin enthaltene Förderung alternativer und digitaler Angebote zur Vermittlung im Kulturbereich ist für Bibliotheken zentral. Denn Bibliotheken haben sehr schnell auf den gestiegenen Bedarf an elektronischen Medien reagiert und ihre Bestände kurzfristig aufgestockt. Einige boten ihre geplanten Lesungen als Live-Streaming an, viele setzten verstärkt auf soziale Medien, um den Kontakt mit ihren Kunden zu halten und ihnen kreative Angebote zur Verfügung zu stellen. Einige haben sogar Projekte der Leseförderung mit digitalen Medien so konzipiert, dass sie auch kontaktlos durchgeführt werden konnten. Sie waren im Lockdown vielerorts die einzig verbliebenen Kultur- und Bildungseinrichtungen, die weiterhin telefonisch, per E-Mail oder Chat für Auskünfte erreichbar waren. Die innovative Weiterentwicklung dieser digitalen Angebote kommt einer breiten Bevölkerungsschicht zugute. Bibliotheksangebote sind teilhabeorientiert, dies schließt heute die digitale Teilhabe zwingend ein.

Als öffentlich finanzierte Einrichtung sind Bibliotheken von allen anderen Maßnahmen dieses Programms ausgeschlossen. Daher ist für Bibliotheken die durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung vorgesehene Entlastung und Stärkung der Kommunen wichtig, denn diese finanzieren einen großen Teil der öffentlichen Kulturausgaben, so auch Bibliotheken in ihrer Trägerschaft.

Damit Bibliotheken fester Bestandteil eines nachhaltigen Weges aus der Krise werden können, bedarf es jedoch zusätzlicher Investitionen sowohl in ihre Räumlichkeiten als auch in ihre Digitalisierung und Innovation. Bibliotheken können nur als Zentren für digitale Teilhabe fungieren, wenn die entsprechende Netzinfrastruktur zur Verfügung steht. Während hauptamtlich geführte Bibliotheken in Deutschland über einen Internetzugang verfügen, ist von den meist ehren- oder nebenamtlich geführten Bibliotheken in ländlichen Räumen nur ein Fünftel ans Internet angeschlossen. Der dbv begrüßt daher das Vorantreiben des Glasfaser-Breitbandausbaus und betont, dass dieser auch den Bibliotheken zugutekommen muss.

Zugleich sind Bibliotheken generationsübergreifende Treffpunkte. Sie müssen nicht nur für den Leihbetrieb, sondern auch als anregende Orte mit hoher Aufenthaltsqualität, mit Internetarbeitsplätzen oder Gruppenarbeitsräumen sowie kreativen Angeboten für die Leseförderung und zur Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz wieder genutzt werden können. Bibliotheken müssen daher so schnell wie möglich mit weiteren kreativen Öffnungsstrategien die nächsten konkreten Schritte gehen. Damit vor allem kleine Einrichtungen die notwendigen Hygiene- und Abstandsvorschriften umsetzen können, benötigen sie finanzielle Unterstützung.

Das Konjunkturpaket fokussiert die Digitalisierung, das digitale Lernen und die digitale Befähigung von Kommunen. Hier müssen Bibliotheken als wichtige Bildungspartner mitgedacht werden. Dies gilt besonders für den »Digital-Pakt Schule«, in den Bibliotheken als die außerschulischen Bildungseinrichtungen, die die notwendige Medienbildung vermitteln, künftig einbezogen werden müssen. Wie kaum eine andere kommunale Einrichtung setzt sich die Bibliothek seit Jahren mit Fragen der Digitalisierung auseinander und wirkt der digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegen. Die weitere Umgestaltung von Bibliotheken durch Weiterentwicklung von digitalen Formaten einerseits und Gestaltung des physischen Ortes andererseits ist eine Investition in die Zukunft.

Barbara Schleihagen ist Bundesgeschäftsführerin des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv)

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Sicherheit geht vor: Sven Michael Klose läuft mit Schutzkleidung durch die Stadt

Theater

ULRICH KHUON UND MARC GRANDMONTAGNE

Eine Milliarde Euro wert ist das Programm »NEUSTART KULTUR«, das die Bundesregierung Anfang Juni – als Teil eines Konjunkturpakets im Wert von 130 Milliarden Euro – vorgestellt hat und mit dem das kulturelle Leben wieder angekurbelt werden soll, nachdem es durch die Folgen der Corona-Pandemie weitgehend erlahmt ist. Eine beeindruckende Zahl, die sich allerdings direkt wieder relativiert, bedenkt man, dass der jährliche Umsatz des gesamten deutschen Kulturbereichs bei rund 170 Milliarden Euro liegt. Gleichzeitig wird eine Rolle spielen, dass der Bund 2020 neue Schulden in Höhe von 218,5 Milliarden Euro aufgenommen hat. Das Geld soll vor allem privaten Einrichtungen, die nicht überwiegend öffentlich gefördert werden, zugutekommen: Privattheatern etwa, freien Ensembles aus Theater und Tanz mit 150 Millionen Euro sowie Musik mit ebenfalls 150 Millionen Euro – der Schwerpunkt liegt, auch finanziell mit rund 450 Millionen Euro, auf der Erhaltung der kulturellen Infrastruktur. Bedacht sind auch Kinder- und Jugendtheater, die durch den Wegfall von Besuchen von Schulklassen besonders betroffen sind sowie der Bereich Gastspiel- und Tourneetheater, zumeist in kleineren Städten und im ländlichen Raum. Drei Monate Schließung haben ihre Spuren hinterlassen, seitdem nun wieder geöffnet werden darf, findet nur eingeschränkter Betrieb statt, auf der Bühne wie im Publikum, das deckt nicht einmal die Produktionskosten – und es wird aller Voraussicht nach noch dauern, bis alle Einschränkungen aufgegeben werden können. Wie lange, weiß niemand. Unter diesen Umständen ist zu befürchten, dass viele nicht durchhalten, Künstlerinnen und Künstler verarmen oder den Beruf wechseln, Institutionen schließen und unsere Städte ärmer werden, auch an Kultur und kulturellem Leben. Wie ist das Programm also zu bewerten?

Zunächst: Wir begrüßen das Programm sehr, der Politik gebührt Dank dafür. Von Kolleginnen und Kollegen im inner- und außereuropäischen Ausland wissen wir, wie dramatisch die Lage in anderen Ländern teilweise ist, wo die gesamte Branche sich selbst überlassen wird. Klug ist, pandemiebedingte Investitionen zu integrieren und mit Fördermitteln die Entwicklung neuer Formate zu unterstützen. Auch die öffentlichen Einrichtungen wurden mitgedacht, indem der Bund – außerhalb dieses Programms – den Kommunen zugesagt hat, die für 2020 erwarteten Gewerbesteuerausfälle um 75 Prozent und die sogenannten Unterbringungskosten zu übernehmen – dieser Kniff war aus verfassungsrechtlichen Gründen auch notwendig, da der Bund keinen direkten Zugriff auf die Kommunen hat. Erwartet wird nun freilich, dass die Kommunen die Erleichterungen auch nutzen, um ihre öffentlichen Einrichtungen – an denen auch viele freie und selbständige Künstler und Akteure hängen – gut zu unterstützen. Neben dem Bundesprogramm gibt es auch noch weitere Programme in den einzelnen Bundesländern, und auch viele Kommunen haben Töpfe installiert. Die Politik zeigt sich handlungsfähig.

Und doch stellen sich Fragen: Die Milliarde wird sehr bald aufgebraucht sein, die Probleme werden dagegen noch da sein. Die wirtschaftlichen Einbußen und Steuerausfälle werden die öffentlichen Kassen sehr belasten, es wird zu schwierigen Verteilungskämpfen, insbesondere auf kommunaler Ebene kommen, und in diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass der größte Anteil, nämlich rund 45 Prozent der öffentlichen Kulturförderung in Höhe von rund 11,5 Milliarden Euro, von Städten und Gemeinden erbracht werden. Diese werden in besonderer Weise gefordert sein, ihre Grundversorgung in Kultur, Bildung, Sport und Jugend zu erhalten, das wird nicht aus eigener Kraft gelingen. Ganz zu schweigen vom ländlichen Raum. Schließlich ist zu fragen, warum ausgerechnet der Bund als die Ebene, die lediglich rund 15 Prozent zum öffentlichen Kulturetat beiträgt, stärker in die Verantwortung genommen wird und sich als schlagkräftiger erweist als die eigentlichen Kompetenzträger, die Länder und die Kommunen. Die Insuffizienz romantisierend als föderale Vielfalt zu verbrämen, ist ein schlechter Witz. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern um Haltung in der Frage, was uns die Kultur im Kulturstaat wert ist. Insgesamt sind schnelle Hilfen ein Segen, aber keine Antwort auf Konzeptlosigkeit im Kulturbereich. Hierzu brauchen wir mehr Kulturpolitik, die ihren Namen verdient und die eine Antwort gibt auf die Frage, welche Rahmenbedingungen in einer zerklüfteten und sich sozial immer stärker polarisierenden diversen Gesellschaft für die Kunst und ihre Akteure notwendig sind, damit sie das tun können, was sie sollen: Irritieren, stören, unterbrechen und Utopien schaffen, damit sich die Türen zu Neuem öffnen. Denn ein Zurück zum Vorher wird es nicht geben.

Ulrich Khuon ist Intendant des Deutschen Theaters Berlin und Präsident des Deutschen Bühnenvereins. Marc Grandmontagne ist Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins und Sprecher im Rat für Darstellende Kunst und Tanz des Deutschen Kulturrates

Musikwirtschaft

JENS MICHOW

Das Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung ist grundsätzlich sehr beachtlich. Nicht nachvollziehbar ist allerdings die Tatsache, dass in diesem 130 milliardenschweren Programm für den gesamten (!) Kulturbereich lediglich 1 Milliarde Euro eingeplant wurde. Das ist viel Geld. Angesichts der Bandbreite von Wirtschaftsbereichen, die damit wieder auf die Beine gebracht werden sollen – nämlich Kultureinrichtungen, kleinere und mittlere privatwirtschaftlich finanzierte Kulturstätten, der Musikbereich – also Tonträgerproduzenten und Musikunternehmen, Musikverleger, Konzert-, Tournee- und Festivalveranstalter, Musikclubs, Künstlervermittler sowie der Instrumentenfachhandel -,Theater und Tanz, die Filmwirtschaft, Galerien, soziokulturelle Zentren sowie die Buch- und Verlagsszene – relativiert sich der Betrag allerdings ganz erheblich. Es stimmt nachdenklich und ist traurig, dass die Kulturwirtschaft in Relation zu anderen Wirtschaftsbereichen offenbar einen lediglich geringen Stellenwert genießt. Und dass für den Detailbereich der Musikwirtschaft mit immerhin rund 120.000 Erwerbstätigen und weiteren rund 30.000 Erwerbstätigen, die als Dienstleister wirtschaftlich von ihr abhängig sind, für den Neustart gerade mal 150 Millionen eingeplant sind, zeigt einen beachtlichen Mangel an Wertschätzung. Für den Veranstaltungsbereich steht derzeit fest, dass die berufliche Zwangspause noch bis Ende Oktober und damit acht Monate dauern wird. Der eingetretene Schaden wird allein bis Ende August rund 410 Millionen Euro betragen. Der Verteilungskampf um das Budget für den Musikbereich wird daher hart.

Die Musikwirtschaft wird mit ihren finanziellen Erwartungen immer wieder an das Wirtschaftsministerium, das große Angebot des Konjunkturpakets und insbesondere die dort geregelten Überbrückungshilfen verwiesen. Leider bieten aber auch sie der Musikwirtschaft im Allgemeinen und den Konzert- und Tourneeveranstaltern im Besonderen keinen Ausweg aus der Krise. Sie beschränken sich in der Höhe – abgesehen von begründeten Ausnahmefällen – auf 9.000 Euro für Unternehmen mit bis zu fünf und auf 15.000 Euro für Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten und entsprechen damit der am 23. März veröffentlichten Corona-Soforthilfe für Kleinstunternehmen und Soloselbständige. Es ist bereits nicht nachvollziehbar, wieso hier für gewerbliche Unternehmen nicht höhere Hilfen für erforderlich gehalten wurden. Noch weniger nachvollziehbar ist der Sprung zwischen Hilfen für Unternehmen mit bis zu zehn und über zehn Mitarbeitern. Während Erstere maximal 15.000 Euro erhalten können, wird Unternehmen, die mehr als zehn Mitarbeiter beschäftigen, eine Hilfe bis zu 150.000 Euro gewährt. Das Programm vermag die wirtschaftlichen Nöte der Unternehmen in der Veranstaltungsbranche insbesondere aber auch deshalb nicht

Fortsetzung auf Seite 25 ►

Fortsetzung von Seite 24

zu verringern, da sich die Hilfe an den »fixen Betriebskosten« orientiert. Die sind bei Veranstalterinnen und Veranstaltern zumeist relativ gering. Zahlreiche ihrer Leistungen sind häufig auf spezialisierte Veranstaltungsdienstleister ausgelagert. Ihre Personaldecke ist gering und auch ansonsten ermöglicht eine Orientierung an den fixen Kosten zumeist nicht einmal die Möglichkeit, den vollen Betrag auszuschöpfen. Zur Überbrückung der erheblichen Schäden, die aufgrund verlorener Kosten für Vorleistungen entstanden sind, ist das Angebot also ungeeignet.

Natürlich wissen wir, dass es sich bei dem Hilfspaket um ein Konjunkturprogramm und damit ein Programm handelt, welches zukunftsorientiert unter anderem Wirtschaftswachstum und einen hohen Beschäftigungsstand zum Ziel hat. Aber so weit ist der Live-Bereich nach der ja noch immer andauernden Zwangspause noch gar nicht. Wenn z. B. Veranstalter überhaupt irgendwann wieder Veranstaltungen durchführen sollen, werden sie Geld benötigen, um wieder Künstlerinnen und Künstler einkaufen, Spielstätten und Technik anmieten und in die Veranstaltungswerbung investieren zu können. Sie werden daher Zuwendungen benötigen, um überhaupt wieder zur Konjunktur beitragen zu können. Günstige Kredite, auch wenn sie zu 100 Prozent durch die KfW verbürgt sind, helfen da nicht, da sie auch irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Bei Verdienstmargen von 7 bis 8 Prozent vor Steuern sind Veranstalter da – insbesondere angesichts der aktuellen Herausforderungen – sehr zurückhaltend. Dies umso mehr, da die Branche davon ausgeht, dass es, selbst wenn Veranstaltungen wieder stattfinden dürfen, lange dauern wird, bis im Konzert- und Veranstaltungsgeschäft wieder Normalität einkehrt. Abgesehen davon, dass Veranstaltungen seriös erst wieder geplant werden können, wenn die Veranstaltungsverbote bundesweit aufgehoben sind, und abgesehen davon, dass Veranstaltungen mit Abstandsgeboten wirtschaftlich undurchführbar sind, werden viele – insbesondere ältere – Konsumenten mit ihrer Entscheidung, wieder ein Konzert oder Theater zu besuchen, zunächst sehr zurückhaltend sein. Für die Musikwirtschaft bietet das milliardenschwere Konjunkturprogramm also keine Grundlage für die Rückkehr zur Normalität.

Jens Michow ist Präsident des Bundesverbandes der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft

Film-wirtschaft

THOMAS NEGELE

Die Filmwirtschaft wurde von der Corona-Pandemie stillgelegt – von der Produktion über den Verleih bis zu den Kinos. Damit die Filmkultur keinen bleibenden Schaden nimmt, sind zwei Dinge gefragt: Die Sicherung der kulturellen Infrastruktur und Investitionen in Innovationen.

Das Frühjahr ist die wichtigste Jahreszeit der Filmbranche. Mit der Berlinale beginnt der Festivalreigen, auf den Filmsets werden die ersten Klappen geschlagen, in den Kinos sind Ostern und Pfingsten Umsatzgaranten. Nicht so 2020: Wichtige Rampen wie der Deutsche Filmpreis oder die Einladung zum Filmfestival in Cannes mussten ungenutzt bleiben. Filme wie »Berlin Alexanderplatz«, »Undine« oder »Enfant Terrible« wurden durch die Pandemie ausgebremst. Denn Corona legte die Branche genau in dem Moment lahm, als die Filmsaison begann.

Neben der Filmkultur ist auch die wirtschaftliche Grundlage der Branche bedroht. Die Filmwirtschaft arbeitet in einem Geflecht aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diese Struktur bietet in normalen Zeiten eine hohe wirtschaftliche und kreative Flexibilität. Jetzt aber sehen wir in diesem Netzwerk an mehreren Stellen tiefe Risse.

Eine Studie zur Kultur und Kreativwirtschaft im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums schlägt Alarm: 98 Prozent der Unternehmen und Beschäftigten in der Filmwirtschaft sind stark von der Corona-Krise betroffen. Deutschlandweit wird damit gerechnet, dass die Filmwirtschaft 33 bis 72 Prozent des jährlichen Umsatzes einbüßen wird. Diese Zahlen zeigen: Hier ist auch die Wirtschaftspolitik gefragt, um einen Strukturbruch zu verhindern.

Lange musste die schwer angeschlagene Kultur- und Kreativwirtschaft auf Hilfe warten. Mit der »Kulturmilliarde« hat die Beauftragte der Bunderegierung für Kultur und Medien ein beeindruckendes Maßnahmenpaket vorgelegt – und ein wichtiges Aufbruchssignal an die Branche gesendet.

Der Schwerpunkt auf dem Erhalt der Kulturinfrastruktur ist richtig gewählt. Das zeigt schon die oben skizzierte Bedeutung der Kinos und Filmfestivals für die gesamte Branche. Wichtig ist, dass hier die Voraussetzungen geschaffen werden, damit Filmstarts und Produktionen schnell anlaufen können. Eine Aufstockung des Zukunftsprogramms Kino, eine höhere Förderung pro Saal und gezielte Hilfen für die Anlaufphase sind für die Kinos entscheidend.

Zudem ist jetzt eine rasche und pragmatische Absicherung für die noch immer bestehenden Corona-Risiken in der Produktion gefragt. »NEUSTART KULTUR« sollte mit einer Lösung für das Ausfallrisiko bei Kinoproduktionen einen Anfang machen, damit Dreharbeiten wieder breit aufgenommen werden. Das Ziel muss weiterhin eine umfassende Lösung sein, die auch TV-Produktionen absichert. An dieser Stelle werden besonders die Länder gefragt sein.

Ein nachhaltiger Weg aus der Krise darf aber nicht nur auf die Erhaltung setzen. Er muss Investitionen in Innovationen ermöglichen. Die Branche hat Konzepte für einen Digitalisierungs- und Nachhaltigkeitsschub vorgelegt. Beispiel filmtechnische Dienstleister: Mit einem eigenen Investitionsprogramm können Zukunftstechnologien und die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Dies wird nur gelingen, wenn Kultur- und Wirtschaftspolitik an einem Strang ziehen.

Damit der Neustart für die Filmkultur nicht zu spät kommt, müssen die Filme des Jahres 2020 mit »Wumms« in die Kinos kommen. Die Angebotslücke durch verschobene Hollywood-Blockbuster könnte so zur Chance für deutsche und europäische Filme werden: Verleih und Weltvertrieb brauchen jetzt gezielte Unterstützung, damit die Konjunkturhilfen das Herz unserer Branche stärken: herausragende Filme und großes Kino.

Thomas Negele ist Präsident der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO)

Soziokultur

GEORG HALUPCZOK

Mit einer Milliarde Euro hat die Bundesregierung ein Programm zur Stärkung der Kulturinfrastruktur vorgelegt. Damit sollen die »Weichen auf Zukunft«, so Staatsministerin Monika Grütters, gestellt werden. Bereits bei den vom Bundesverband Soziokultur quasi als Pilotprojekte durchgeführten Programmen der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien »Land intakt«, einem Programm zur Förderung von Kultureinrichtungen in Kommunen im ländlichen Raum mit bis zu 20.000 Einwohnern und »Neustart«, einem Sofortprogramm für coronabedingte Investitionen in Kultureinrichtungen – nicht zu verwechseln mit dem Eine-Milliarde-Programm »NEUSTART KULTUR« –, war erkennbar, welch enormes Interesse an einem schnellen Wiedereinstieg in den Kulturbetrieb besteht, aber auch welch hohe Investitionen erforderlich sind, um den Wiedereinstieg unter den gegebenen Bedingungen überhaupt zu ermöglichen.

Es ist zu erwarten, dass für einen längeren Zeitraum mit Einschränkungen beim Betrieb von Kultureinrichtungen zu rechnen ist und in absehbarer Zeit nicht zu den Bedingungen vor der Corona-Pandemie zurückgekehrt werden kann. Für die soziokulturellen Zentren, die im Durchschnitt fast 50 Prozent ihrer Einnahmen selbst erwirtschaften, bedeutet das, weiterhin mit erheblichen Einnahmeeinbußen rechnen zu müssen. Auch die Durchführung der Angebote ist unter den eingeschränkten Corona-Bedingungen wirtschaftlich nicht möglich. Dabei ist zu beachten, dass soziokulturelle Zentren auch ein wichtiger Arbeitsmarkt für Soloselbständige im Kulturbetrieb sind. Neben Schauspielerinnen und Schauspielern gehören dazu Technikerinnen und Techniker bis hin zu den Menschen, die die digitalen Medien entwickeln und gestalten. Um die Wiedereröffnung von Kultureinrichtungen und damit den Betrieb unter vernünftigen und vertretbaren Bedingungen zu gewährleisten und gleichzeitig die Einschränkungen zu berücksichtigen, ist eine Förderung aus dem Kulturinfrastrukturfonds absolut notwendig. Aber nicht nur Veranstaltungsformate im weitesten Sinne müssen gefördert werden, es wird auch weiterhin erforderlich sein, mit Investitionsförderungen, auch unter besonderer Berücksichtigung des IT-Bereichs, den Wiedereinstieg in eine kontinuierliche Arbeit zu ermöglichen.

Eine Milliarde Euro zur Förderung der kulturellen Infrastruktur erscheinen auf den ersten Blick als gigantische Summe. Es bleibt aber abzuwarten, ob die Summe ausreichen wird, um allen erforderlichen Ansprüchen gerecht zu werden. Der bisherige schnelle und unkomplizierte Umgang mit dem Einsetzen von Fördermaßnahmen lässt jedoch hoffen, dass auch mit dem Kulturinfrastrukturfonds entsprechend flexibel umgegangen wird und Minderausgaben an der einen oder anderen Stelle zu erforderlichen Mehrausgaben an anderer Stelle eingesetzt werden können.

Wer hätte noch vor Kurzem gedacht, dass der Bund zur Förderung der Kultur in Deutschland zusätzlich eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen wird. Corona macht es möglich. In diesem Zusammenhang zeigt sich aber auch, wie notwendig über den finanziellen Part hinaus die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken der unterschiedlichen Ebenen ist. Bund und Länder, die Kommunen und die Akteure der Zivilgesellschaft müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, um die vielfältige und differenzierte Kulturlandschaft in Deutschland nachhaltig zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Mit dem Programm »NEUSTART KULTUR« ist auf jeden Fall ein finanzieller Grundstein gelegt.

Georg Halupczok ist Vorstand des Bundesverbandes Soziokultur

Galerien & Kunsthandel

KRISTIAN JARMUSCHEK UND BIRGIT MARIA STURM

Der überwiegende Teil der Kulturmilliarde wird offensichtlich für privatwirtschaftliche Kulturbetriebe und Soloselbständige eingesetzt werden. Das ist gut so, denn sie wurden von der Pandemie auf unabsehbare Zeit existenziell viel stärker getroffen als die aus öffentlichen Mitteln finanzierten Institutionen. Wir sind zuversichtlich, dass auch Galerien vom großen Kuchen »NEUSTART« ein Stück erhalten – wir haben frühzeitig spezifische Vorschläge gemacht. Im Zentrum steht ein Messeförderprogramm für Galerien. Denn das wirtschaftliche Drehkreuz des Kunstmarkts sind Kunstmessen, die seit März in einem wilden Stakkato abgebrochen, abgesagt oder verschoben wurden. Mit 60 bis 100 Prozent Umsatzeinbußen haben Galerien ihre Ausstellungen und Aktivitäten flugs ins Netz verlegt – weshalb ein Support für deren künftige digitale Fitness ein weiterer Kern unseres Förderkonzeptes ist.

Das allgemeine Konjunkturprogramm hat vor allem mit der temporären Mehrwertsteuersenkung überrascht. Diese wird der lahmliegenden Kulturwirtschaft wenig nutzen und für Galerien ist sie irrelevant. Denn das Missverhältnis der Vollbesteuerung der Galerien gegenüber der Ermäßigung von Künstlerateliervkäufen bleibt bestehen. Deshalb steht für uns die Wiedereinführung der ermäßigten Mehrwertsteuer an erster Stelle eines nachhaltigen Reloads des Kunstmarktes. Je öfter wir dies fordern müssen, umso dringlicher wird es. Wir wollen endlich eine Tat, die, frei nach Hegel, die Wahrheit einer Absicht ist. Als solche steht sie seit 2018 im Koalitionsvertrag.

Die Kulturmilliarde ist eine Notwendigkeit. Mit ihr erfüllt Deutschland in einer extremen, von niemandem verschuldeten Krise eine Pflicht – als ein Staat, der in guten Zeiten viel auf sich als Kulturnation hält. Mit seinen Zigtausenden Unternehmen stellt der Kulturbetrieb nicht nur ein wirtschaftliches Schwergewicht dar, sondern er schafft in einer zivilen Gesellschaft jene, über bloße Nützlichkeitserwägungen hinausweisenden Wahrnehmungs- und Denkräume, aus denen auch andere Wirtschaftszweige Impulse und Lebensnerven beziehen. Culture matters!

In der Corona-Pandemie stellen sich alte Fragen ganz neu: Wo gehört die Kultur- und Kreativwirtschaft – und damit der Kunstmarkt – politisch überhaupt hin? Die Wirtschaftspolitik kann die Kultur nicht recht fassen und die Kulturpolitik hat ein Problem mit der wirtschaftlichen Seite der Kultur. Eine neue Anerkennungskultur gegenüber den nichtsubventionierten Kulturunternehmen ist längst überfällig – weil sie das Feld bewirtschaften, auf dem Neues entsteht.

Wo kommt das Geld her, wer wird die Zeche zahlen? Die Kulturmilliarde verdankt sich der Leistung von ein paar zehn Millionen Bürgerinnen und Bürgern: Von abhängig Beschäftigten, Soloselbständigen und Unternehmern aus allen Branchen, die hart, leistungs- und ergebnisorientiert arbeiten; die Werte schöpfen, Ideen entwickeln, Waren produzieren, Steuern zahlen. Sie alle finanzieren den »NEUSTART« und das große Konjunkturprogramm. Auch die Galerien, der Kunsthandel, die Künstlerinnen und Künstler.

Und weil alle die Kulturmilliarde zahlen werden, sollten alle einen Bo-

Fortsetzung auf Seite 26 ►

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Ein sonst seltener Anblick in Berlin: Ein Mann sitzt in einem leeren U-Bahn Abteil

Fortsetzung von Seite 25

nus erhalten: Via einkommensteuerlicher Absetzbarkeit aller Aufwendungen für Kulturgüter und kulturelle Leistungen. Für Kunstwerke und Bücher, für Konzert-, Museums-, Kino-, Theater- und Operntickets. Das wäre ein echter Anreiz für den »Kulturkonsum«, der allen durch die Pandemie geschädigten Branchen der Kulturwirtschaft sowie den öffentlichen Einrichtungen und selbstverständlich auch den Künstlerinnen und Künstlern zugutekäme. Und bitte nicht nur für ein halbes Jahr.

Kristian Jarmuschek ist Vorsitzender und Birgit Maria Sturm ist Geschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Galerien und Kunsthändler

Buchhandel

ALEXANDER SKIPIS

NEUSTART KULTUR«, so heißt das Programm zur Stärkung der Kulturinfrastruktur. Und dieser Begriff ist treffend, denn er hat nicht nur die schnelle Notfallhilfe, sondern auch die Zukunft im Blick. Und gerade jetzt, wo unsere gesamte Gesellschaft nach dem Corona-Lockdown vor einem Neustart steht, ist eine starke Kulturlandschaft mit Zukunft ganz entscheidend. Mehr denn je brauchen wir verlässliche Informationen, Anstöße zur kritischen Auseinandersetzung und kreative Ansätze, um als Gesellschaft gestärkt aus der Krise hervorgehen zu können. Die Buchbranche, die sich ihrer wichtigen Rolle beim Gestalten einer freien, demokratischen Gesellschaft bewusst ist, möchte dazu maßgeblich beitragen.

Eine Förderung der kulturellen Infrastruktur, die aus Kinos, Buchhandlungen, Theatern, Literaturhäusern, Festivalveranstaltern, Verlagen, Museen, Clubs, Produktionsfirmen und vielem mehr besteht, ist nach den harten Wochen des Lockdowns dringend nötig. Sie wird dabei helfen, dass Künstlerinnen und Künstler wieder auftreten, Autorinnen und Autoren mit ihren Werken wieder sichtbar werden, Filme nicht mehr nur über Streamingdienste und Mediatheken konsumiert, sondern in Kinos erlebt werden können. Sie wird helfen, kulturelle Projekte, die aufgrund der Pandemie nicht umgesetzt werden konnten, wiederzubeleben und neue Projektideen auf den Weg bringen.

Erfreulich dabei ist, dass auch an die Förderung digitaler Projekte gedacht wurde. Denn gerade für solche Investitionen dürfte kaum ein Unternehmen derzeit ausreichend Mittel zur Verfügung haben. Wie wichtig es aber sein kann, auf der digitalen Klaviatur spielen zu können, hat uns der Lockdown gelehrt. Gleichzeitig hat er viel kreative Energie im digitalen Bereich freigesetzt. Jeder Euro, der in die kulturelle Infrastruktur fließt, ist also gut investiertes Geld. Ich kann mich nicht erinnern, dass die Kultur jemals im Rahmen eines Konjunkturprogramms eine Rolle gespielt hätte. Deshalb werte ich es als großen Erfolg, dass Kulturstaatsministerin Monika Grütters ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen davon überzeugen konnte, dass die Menschen ein vielfältiges Kulturangebot zum Leben brauchen. Eine Milliarde Euro, das ist viel Geld und am Ende vielleicht doch zu wenig, um in alle Bereiche gleich gut hineinwirken zu können – aber es ist ein sehr guter Anfang und ein wichtiges Signal der Wertschätzung.

Verlagen und Buchhandlungen hat die Aussicht auf Projektförderung und Unterstützung bei der Fortentwicklung ihrer Digitalstrategien Mut gemacht. Die wochenlangen Ladenschließungen haben tiefe Löcher in die Kassen der Buchhandlungen und Verlage gerissen. Die Umsätze im Handel gingen teilweise über 50 Prozent zurück. Viele Verlage mussten ihre Neuerscheinungen verschieben, weil ihnen durch Schließungen sowie den Wegfall aller Lesungen, Messen und Veranstaltungen die zentralen Vertriebs- und Werbekanäle weggebrochen sind – ein Zustand, der größtenteils immer noch andauert.

Mit der Entscheidung, dass Buchhandlungen frühzeitig und unabhängig von der Ladengröße wieder öffnen dürfen, hat die Bundesregierung gezeigt, dass sie die wichtige Rolle, die die Buchbranche für die Gesellschaft spielt, anerkennt. Seit der Wiedereröffnung sind die Umsätze wieder gestiegen – der Branche steht aber noch ein langer Weg bevor. Viele Unternehmen werden das laufende Jahr mit roten Zahlen abschließen, was angesichts der niedrigen Umsatzrenditen in der Branche besonders kritisch ist. Die Unterstützung vonseiten der Bundesregierung ist deshalb von größter Bedeutung. Sie hilft der Branche, in die Zukunft zu investieren, damit sie selbst ihren wesentlichen Beitrag für ein offenes und freiheitliches Miteinander in unserer demokratischen Gesellschaft leisten kann.

Alexander Skipis ist Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Auch die Geschäfte blieben aufgrund der Corona-Pandemie geschlossen

Film und Fernsehen

CHRISTOPH PALMER

Durch die Corona-Pandemie ist die gesamte Kulturbranche existenziell gefährdet. Die Film- und Fernsehwirtschaft ist davon in besonderer Weise getroffen. Um dies zu veranschaulichen, bedarf es eines Blickes auf die Situation vor der Krise. Die deutsche Produktionswirtschaft befand sich bis Anfang 2020 in einer außerordentlichen Blütezeit. Wir sprachen in der Branche von einem Content-Boom. Befeuert durch zahlreiche Neuproduktionen für Streaming-Unternehmen, nicht nur aufseiten von global agierenden Unternehmen wie Netflix, Amazon und Co., sondern auch durch eine erhöhte Nachfrage bei den öffentlich-rechtlichen sowie den privaten Sendern, stieg der Bedarf nach neuen, in Deutschland produzierten Inhalten im Film- und Serienbereich sowie für Dokumentationen immer weiter an. Es zeichnete sich in einigen Gewerken gar ein Fachkräftemangel ab. Die Corona-Krise hat den überwiegenden Teil von Dreharbeiten gestoppt, geplante Produktionen sind abgebrochen oder verschoben worden. Der Lockdown kam einer Vollbremsung aus voller Fahrt gleich – mit schwerwiegenden Folgen für die gesamte Branche.

Die Bundesregierung setzt mit der zusätzlichen Kultur-Milliarde nun ein wichtiges Zeichen für die durch die Corona-Krise schwer getroffenen Branchen in der Kulturwirtschaft. Der Filmbranche sollen nach aktuellem Kenntnisstand davon 120 Millionen Euro zugutekommen. Wichtig wird es jetzt sein, zielgenaue Rahmenbedingungen zu setzen, um den Film- und Fernsehbetrieb im Land wieder zum Laufen zu bringen. Dazu gehört sicherlich die Unterstützung von Kinos, die aufgrund der Virusverbreitung zwangsläufig schließen und damit einen erheblichen Einnahmeausfall verzeichnen mussten. Von besonderer Bedeutung für die Wiederaufnahme der Produktionstätigkeit ist für die Produktionswirtschaft, dass die Rahmenbedingungen einen Ausfallfonds beinhalten, damit Produzentinnen und Produzenten eine Abdeckung für coronabedingte Ausfallrisiken erhalten können. Sogenannte Pandemieschäden sind zurzeit nämlich nicht über die abgeschlossenen Versicherungen gedeckt, weshalb das Ausfallrisiko die Produktionsunternehmen voll treffen würde.

Die Produzentenallianz hat in den vergangenen Wochen eindringlich für einen Ausfallfonds geworben, damit mögliche coronabedingte Ausfallrisiken bei künftigen Filmproduktionen abgesichert werden können. Solche finanziellen Risiken wären gerade für kleine und mittlere Unternehmen, aber auch für große Produzenten sehr schnell existenzbedrohend. Produktionsunternehmen brauchen die Gewissheit, dass sie bei erneuten Drehstopps mit den finanziellen Risiken nicht allein gelassen werden.

Ohne Ausfallfonds wären die Folgen fatal, denn angesichts dieser existenzbedrohenden Unsicherheit würden gegenwärtig viele Produktionsunternehmen das Risiko scheuen, Dreharbeiten wiederaufzunehmen, vor allem aber würden alle Banken und mitfinanzierenden Dritten, die die jeweils erforderlichen Zwischenfinanzierungen stellen, diese Mittel nicht bereit stellen, sodass selbst Produzenten, die bereit wären, das Risiko in Kauf zu nehmen, mit den Produktionen gar nicht erst beginnen könnten. Das bedeutet, dass die große Nachfrage nach deutschen Produktionen nicht mehr bedient werden könnte, weil Film- und Fernsehproduktionen weitgehend zum Erliegen kämen. Nicht nur die Branche würde nachhaltig Schaden nehmen, auch die Zuschauer müssten mit mehr Wiederholungen statt mit attraktiven Neuproduktionen vorliebnehmen.

Wir setzen uns deshalb vehement dafür ein, dass umgehend ein durch staatliche Garantien abgesicherter Fonds mit einem Volumen von 80 bis 100 Millionen Euro für Film- und TV-Produktionen eingerichtet wird. Länder wie etwa Österreich mit einem Fonds über 25 Millionen Euro ohne Selbstbehalt oder Frankreich haben bereits gezeigt, dass die Politik in der Lage ist, rasch solch eine Lösung bereitzustellen. Auch für den Produktionsstandort Deutschland ist eine schnelle Antwort geboten.

Christoph Palmer ist Geschäftsführer der Produzentenallianz

Freie Szene

STEPHAN BEHRMANN

Wer in den zurückliegenden Wochen den Eindruck hatte, dass die Kultur in Deutschland keine Stimme und kein Gewicht hat, darf bei seinen Befürchtungen zumindest kurzfristig einmal innehalten. Das mit »NEUSTART KULTUR« in Aussicht gestellte Förderpaket ist ohne Zweifel von historischer Dimension. Es war wichtig, dass der Kulturrat so früh in der Krise energisch auf die Notwendigkeit einer langfristigen Stärkung der Infrastruktur hingewiesen hat, und dass es der Kulturpolitik gelungen ist, das Paket mit einer Milliarde Euro zusätzlicher Mittel auszustatten, ist – gerade mit Blick auf die Kulturhoheit der Länder – eine deutliche Ansage. Jetzt kommt es aber auf die Umsetzung an.

Die vielen kleineren und mittleren, rein privatwirtschaftlich finanzierten Kulturstätten und -projekte sind mit dem Programm eindeutig adressiert. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, auch bislang ungeförderte Strukturen zu stärken. Das ist gut für die Freie Szene. Ebenso wichtig ist es jedoch, die zahlreichen Kultureinrichtungen und Projekte nicht aus dem Blick zu verlieren, die zwar privatwirtschaftlich organisiert sind, aber über eine anteilige öffentliche Finanzierung von Land und/oder Kommune verfügen. Ihr Überleben ist existenziell für freies künstlerisches Arbeiten und hier ist eine rasche Klarstellung nötig, dass diese Strukturen Teil des Paketes sind.

Zu den Vorschlägen des Deutschen Kulturrates zählte von Beginn an eine Verteilung der Mittel durch einzelne Verbände. Das erscheint sinnvoll, doch – trotz des enormen Zeitdrucks – braucht es ein transparentes Verfahren und die fachliche Einbindung auch kleinerer Verbände und Strukturen, auch wenn diese nicht über die Kapazität verfügen, selbst Fördermittel weiterzureichen.

Nach wie vor ungelöst ist die Existenzsicherung bei den zahlreichen freiberuflichen und soloselbständigen Akteurinnen und Akteuren. Sie sind elementarer Bestandteil der kulturellen Infrastruktur, doch für sie ist »NEUSTART KULTUR« keineswegs der erhoffte Befreiungsschlag. Hinter uns liegt eine wochenlange, zermürbende – und zum Teil hitzig geführte – Diskussion zur Anerkennung eines Unternehmerlohns im Rahmen der Soforthilfen des Bundes. Nach zahlreichen Petitionen, Appellen und dramatischen Berichten aus der Praxis hat sich mittlerweile nicht nur im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages parteiübergreifend die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Grundsicherung – entgegen bester Absicht – für die Vielzahl der Freiberufler und Soloselbstständigen praktisch nicht funktioniert und dass sich mit einem Unternehmerlohn im Rahmen der Sofort- und Überbrückungshilfen des Bundes die wirtschaftliche Existenz Tausender Kulturschaffender sichern ließe – vermutlich sogar kostenneutral zur Grundsicherung. Hier ist aktuell nicht einmal die Bazooka gefragt, sondern einfach nur – endlich – die beherzte Entscheidung der Koalition.

Ausgehend von diesen aktuellen Fragen wird deutlich, dass es zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur in Deutschland einen langen Atem braucht, der deutlich weiterreicht als bis zum Ende des kommenden Jahres. Viele der jetzt sichtbaren Problemstellungen rühren an Grundsätzliches, und es ist dringend geboten, die identifizierten Arbeitsfelder nicht aus dem Blick zu verlieren. Eines dieser grundlegenden Themen ist eine deutlich stärkere Einbeziehung der vielen freien Kulturschaffenden in die sozialen Sicherungssysteme.

Ein weiteres Thema ist die Finanzausstattung der Kommunen. Der Verteilungskampf um die Mittel der »freiwilligen Leistungen« hat bereits begonnen. Hier braucht es eine systematische Stärkung der Kommunen und ein solidarisches Grundverständnis bei der Verteilung der Ressourcen. Gegenstand dieser Debatte muss eine grundlegende Veränderung der Kulturfördersysteme sein – weg von einem kurzfristigen Projektdenken hin zu flexiblen, aber dennoch stärker abgesicherten Strukturen. Auf die große To-do-Liste gehören weitere Themen, für die an dieser Stelle nicht der Raum ist – der Blick auf unsere europäischen und internationalen Kollegen, die Stärkung der internationalen Vernetzung und Mobilität sowie die Frage der Diversität unserer Strukturen stehen hier stellvertretend für eine Reihe von weiteren brennenden Themen, über die wir reden müssen. Auch für diese Diskurse brauchen wir einen langen Atem.

Stephan Behrmann ist Sprecher der Allianz der Freien Künste und Geschäftsführer des Bundesverbandes Freie Darstellende Künste (BFDK)

Kirchen für Künstler

Gottesdienste bieten Auftritts- und Verdienstmöglichkeiten für Kunstschaffende

Kirchen sind Kulturorte – und in der Corona-Krise einer der wenigen regelmäßig geöffneten Veranstaltungsorte. In rund 20.000 deutschen Kirchen findet jeden Sonntag ein Gottesdienst statt; das bietet wöchentlich Tausende Möglichkeiten für Kunst- und Kulturschaffende, auch inmitten der Pandemie aufzutreten. Die Idee ist nicht neu, doch die »Kunde« muss noch weiter gestreut werden. Dies tut Hannes Langbein im Interview mit Theresa Brüheim.

Theresa Brüheim: Herr Langbein, Sie sind Kunstbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz (EKBO). Was machen Sie in dieser Funktion genau?
Hannes Langbein: Als Kunstbeauftragter der Landeskirche bin ich dafür zuständig, Gemeinden und kirchliche Institutionen bei der künstlerischen Neugestaltung z. B. von Kirchenfenstern oder Altären zu beraten. In der Regel initiiert der Kunstbeauftragte in solchen Fällen einen Wettbewerb und unterstützt die Gemeinden darin, den Radius der künstlerischen Auswahl zu weiten und die beste Lösung zu finden. Auch die Künstlerseelsorge zählt zu meinem Arbeitsbereich. Darüber hinaus gibt es traditionelle Veranstaltungsformate in meinem Aufgabenbereich wie den ökumenischen Aschermittwoch der Künstler und den Kunstgottesdienst »Mein Psalm«, das ist ein Lyrikformat. Natürlich gehört auch die Kulturpolitik mit zu meinen Aufgaben: Der Kunstbeauftragte muss die gesellschaftliche und kulturpolitische Entwicklung im Blick haben und in Absprache mit der Kirchenleitung kommentieren.

Aktuell haben Sie gemeinsam mit dem Kulturbeauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Johann Hinrich Claussen, die Initiative »Kirchen für Künstler« initiiert. Was steht dahinter?
In der Corona-Krise sind Künstlerinnen und Künstler in akute Not geraten; sie haben Auftritts- und Verdienstmöglichkeiten verloren. Kirchen bieten immer schon Auftrittsmöglichkeiten – nämlich in den Gottesdiensten. Kirchen zählen zu den großen Kulturträgern des Landes: In Deutschland gibt es um die 40.000 katholische und evangelische Kirchen. Schätzungsweise 20.000 halten jeden Sonntag einen Gottesdienst ab, das sind 20.000 potenzielle Auftrittsmöglichkeiten.
Traditionell sind Gottesdienste durch unterschiedliche Kunstformen wie z. B. Musik und Lesungen geprägt. Es bieten sich vielfältige Möglichkeiten, Künstlerinnen und Künstler zu beteiligen: Man kann Musiker, Sprecher, Schauspieler oder Performer einladen. Das geschieht in ganz vielen Kirchen schon, das ist nichts Neues. Aber oft fehlt auf beiden Seiten – sowohl bei den Kirchengemeinden als auch bei den Kunstschaffenden – das Bewusstsein dafür. Gottesdienste erfahren durch Künstlerinnen und Künstler eine ästhetische Aufwertung; umgekehrt können sie auftreten und verdienen. In St. Matthäus, in unserer Kirche im Berliner Kulturforum, beteiligen wir regelmäßig Solisten an unseren Gottesdiensten – für viele ist es in diesen Tagen der erste Auftritt vor Publikum seit Ausbruch der Corona-Pandemie.

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Der Gottesdienst im Berliner Dom findet ohne Gemeinde statt, wird aber live übertragen

Wie ist die Resonanz aus den Landeskirchen dazu?
Alle Kunst- und Kulturbeauftragten der Landeskirchen haben sich der Initiative angeschlossen. Sie tragen das alle mit und in ihre Landeskirchen hinein. Ich erhalte auch persönliche Rückmeldungen. Aber es gibt noch keinen flächendeckenden Überblick. Wir streuen die Kunde noch weiter.

St. Matthäus ist Kulturkirche. Wie sieht ein Gottesdienst bei Ihnen aus?
In allen Gottesdiensten beziehen wir einen musikalischen Solisten ein. Das heißt, ein freier Musiker – ein Sänger oder ein Instrumentalist– wirkt gemeinsam mit dem Kantor. Ab und an vergeben wir auch Kompositionsaufträge. In anderen Formaten wie dem jährlichen »Mein Psalm«-Gottesdienst, unserem Lyrik-Format, wird ein Lyriker eingeladen, einen Psalm neu zu schreiben. Das hat lange Tradition. In diesem Jahr war das Steffen Popp.
Anfang August wird die Tänzerin Claudia de Serpa Soares aus dem Sasha-Waltz-Ensemble im Rahmen unseres LABORa-Werkstattgottesdienstes im Dialog mit dem aktuellen Ausstellungsraum von Leiko Ikemura performen. Unsere Gottesdienste finden immer in Rauminstallationen von Künstlern statt.
Aktuell hat die japanische Künstlerin Leiko Ikemura einen coronaspezifischen Raum geschaffen: In der Mitte des Raumes liegt eine Skulptur, Memento Mori, die uns an die Vergänglichkeit erinnert; um sie herum gruppiert ist der Gottesdienstraum, der nun ganz anders aussieht als sonst.

Aktuell darf im Gottesdienst aufgrund der Ansteckungsgefahr nicht gesungen werden. Ein Stück Kultur wurde dem Gottesdient somit temporär genommen. Ist »Kirchen für Künstler« auch ein Versuch, der Gemeinde ein anderes Stück Kultur zurückzugeben?
Im Moment sind die Gottesdienste ästhetisch verarmt. Das zentrale Element – der Gemeindegesang – findet aus nachvollziehbaren Gründen nicht statt. Es entsteht dadurch eine große Lücke: zum einen, was die Beteiligung der Gemeinde angeht, zum anderen, was die Schönheit der Gottesdienste betrifft. Diese Leerstelle wollen wir durch das Einbeziehen von Künstlerinnen und Künstlern füllen. An dieser Stelle reichen sich Religions- und Kunstfreiheit quasi die Hand.

Oft haben Kirchengemeinden ein schmales Budget. Inwieweit können Künstlerinnen und Künstler fair entlohnt werden?
Zur Einbindung von Künstlerinnen und Künstlern gehört auch, nicht nur über die Bezahlung nachzudenken, sondern ein Honorar zu zahlen. Der Umfang liegt natürlich in der Obhut der Gemeinden. Das ist auch Verhandlungssache zwischen Kirchengemeinden und Künstlern. Neben der Aufwendung der eigenen Mittel bietet sich die Möglichkeit, eine extra Kollekte für die am Gottesdienst beteiligten Künstler zu sammeln. Das hat Tradition. Außerdem können sich Kirchengemeinden auch Partner bzw. Sponsoren suchen, die bei dieser schönen Aufgabe helfen.

Vielen Dank.

Hannes Langbein ist Direktor der Stiftung St. Matthäus, Kunstbeauftragter der EKBO und Mitinitiator von »Kirchen für Künstler«. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

»Das Potenzial von Kreativen muss zum Hochfahren der Wirtschaft genutzt werden«

3 Fragen an Boris Kochan

In der Ausgabe 4/20 sprach Boris Kochan, Inhaber einer Marken- und Designagentur und Präsident des Deutschen Designtages, bereits mit Politik & Kultur über die aktuelle Situation der Designbranche. Drei Monate später gibt es nun das Update.

Wie ist die aktuelle Lage des Designbereichs in Deutschland? Was hat sich verändert?
Vielleicht sei mir hierzu erst einmal der andere Blick erlaubt, ein kleines Um-die-Ecke-Denken. Denn: Gibt es spannendere Zeiten als jetzt? Die Pandemie und die massiven Folgen des Shutdowns sind die wohl größte weltweite gesellschaftliche Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Nicht nur für die Politik und die Wirtschaft ganz allgemein – sondern auch für die grundsätzliche Ausrichtung von Unternehmen und Organisationen, von Institutionen und Behörden. Für Produkt- und Dienstleistungsentwicklung genauso wie für die Kommunikation – Vermittlungs- und Übersetzungsfähigkeit wird dringend gesucht! Die Sehnsucht nach Qualitätsmedien ist deutlich gestiegen, nach jenen, die mit Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit ihren tatsächlichen Wissensstand vermitteln – und genauso authentisch sagen, was sie nicht wissen. Design ist da mittendrin, als Methode, um rasch zu ganzheitlichen Erkenntnissen zu kommen, als Werkzeug, um z. B. ganz praktische Lösungen für marken- und pandemiegerechte neue Wegeleitsysteme zu entwickeln. Die funktionieren, nicht lästig sind und auch noch gut aussehen. Oder dabei zu helfen, wie Platz geschafft wird und trotzdem ein Gefühl von Nähe und Gemeinschaft möglich bleibt. Super gerne würde ich jetzt also sagen: Uns im Design geht es prima, wir werden gebraucht, mehr denn je.
Leider nur mussten die Auftraggeber, um überhaupt zu überleben, ihre Kosten massiv kürzen, sodass die Designbranche als eine der ersten von den Einsparungen betroffen war und sich diese Krise nun ganz systematisch ins Gebälk der Designunternehmen und die Rücklagen der Freiberufler frisst … jeden Monat werden diese, so es sie denn gab, geringer. Im Ergebnis werden wir auch in der Designwirtschaft damit rechnen müssen, dass von den 360.000 Designerinnen und Designern viele arbeitslos werden oder als Soloselbständige den vereinfachten Zugang zu ALG II nutzen müssen. Dabei ist abzusehen, dass dies alles nicht von vorübergehender Natur ist, sondern ein bis weit ins nächste Jahr hineingehender Zustand bleibt – wenn das denn reicht.

Wie beurteilen Sie als Präsident des Deutschen Designtags das Kultur-Konjunkturpaket der Bundesregierung? Werden Designerinnen und Designer damit ausreichend unterstützt?
Mich beeindruckt die Geschwindigkeit und die Massivität, mit der diese Regierung versucht, sich den Folgen der Wirtschaftskrise entgegenzustellen. Dass es mit »NEUSTART KULTUR« im Rahmen eines Förderprogramms der Bundesregierung erstmals ein spezifisches, ganz eigenes Programm für die Kultur- und Kreativwirtschaft gibt und damit die Forderung des Designtags und der anderen Sektionen im Deutschen Kulturrat nach einem Infrastrukturfonds erfüllt wurde, ist absolut zu begrüßen. Für den Designbereich ist bisher nicht abschätzbar, inwieweit die gerade bei Der Beauftragten für Kultur und Medien in Ausarbeitung befindlichen Förderrichtlinien tatsächlich hilfreich für die Unternehmen und Menschen in unserer Branche sind. Wir hoffen sehr, dass die privatwirtschaftlichen Strukturen des Designs hier eher positiv gesehen werden, weil Investitionen in unsere Branche ganz häufig weitere Investitionen und eine Wiedererholung des privaten Konsums nach sich ziehen. Design sitzt gerne zwischen allen Stühlen, fühlt sich in der damit verbundenen Variabilität und Multikonnektivität wohl – steht damit aber immer auch in der Gefahr, zwischen den Stühlen und Rastern hindurchzufallen.

Was fehlt noch? Was fordert der Deutsche Designtag jetzt?
In normalen Jahren erwirtschaftet die Designwirtschaft rund 20 Milliarden Euro.
Schon der im Auftrag von Der Beauftragten für Kultur und Medien und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vom Prognos-Institut entwickelte Bericht zur »Betroffenheit der Kultur- und Kreativwirtschaft« spricht von Einbußen zwischen 22 bis 38 Prozent im Designmarkt. Der Mittelwert entspräche bereits einem Ausfall von sechs Milliarden. Die gerade in Auswertung befindliche Umfrage des Designtags bei den kleinen und mittleren Unternehmen, den KMU, der Branche ergibt ein noch dramatisches Bild, die Ausfälle liegen zwischen 30 und 80 Prozent der Honorarumsätze.
Wir brauchen deswegen langfristige, nachhaltige, zuverlässige und unbürokratisch zu erhaltende Unterstützungen für die Soloselbständigen … auf welchem Weg auch immer. Die Soforthilfen waren für Teile der Freiberufler und Kleinstunternehmen eine gute Idee. Der vereinfachte Zugang zu ALG II, wenn er denn wirklich so wäre, wie sich das der Staatssekretär Wolfgang Schmidt vom Finanzministerium zum Auftakt des »Kulturpolitischen Salons«, dem neuen Diskussionsforum vom Deutschen Bühnenverein, Deutschen Kulturrat, Deutschem Theater Berlin und Deutschlandfunk Kultur, vorgestellt hatte, auch.
Darüber hinaus schlagen unter anderem wir ein Förderprogramm vor, um das Potenzial von Kreativen wie Designern und Architekten zum Hochfahren der Wirtschaft zu nutzen und so die KMU ganz allgemein wie die Designwirtschaft zugleich zu unterstützen. Sozusagen eine Art Design-Prämie analog zur E-Prämie für die Neuanschaffung von Elektroautos: Designing Future für KMU – ein Zuschuss zur Etablierung von Design als Instrument für Produkt- und Serviceinnovationen in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung sowie zur Markenprofilierung und Unternehmenstransformation. Solche Angebote gibt es schon lange für KMU zur Nutzung von Unternehmensberatungen für betriebswirtschaftliche Fragestellungen. Im Bundesland Berlin gab es bereits erfolgreiche Programme des Wirtschaftssenats, mit denen die Designkompetenz von KMU gleichermaßen gefördert wurde wie die Kreativwirtschaft.
Um es noch einmal kurz zu sagen: Förderprogramme für die Designbranche lassen sich ganz leicht so gestalten, dass sich der Effekt für die Gesamtwirtschaft verdoppelt und verdreifacht!

Boris Kochan ist Präsident des Deutschen Designtages und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates

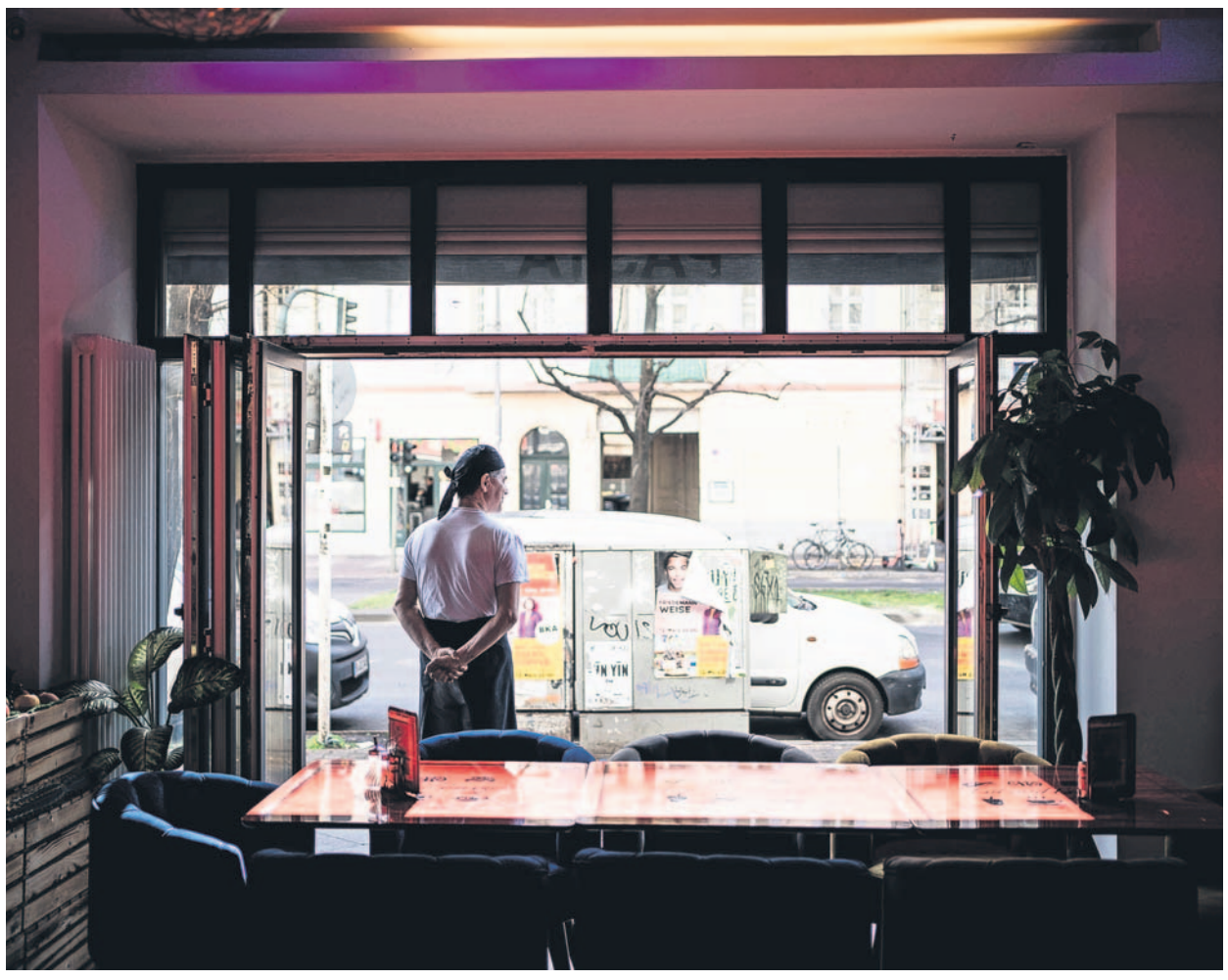


FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Corona traf die Gastronomie schwer. Auch das Restaurant von Cezmi am Hermannplatz blieb leer

Die »Vergessenen der Pandemie«

Zur Situation der Kulturschaffenden in Frankreich

JÜRGEN KÖNIG

Am 28. April stellte Premierminister Édouard Philippe in der Nationalversammlung seine Strategie zu ersten Lockerungen der Corona-Beschränkungen vor. Von Maskenpflicht und Abstandsregelungen war viel die Rede, aber auch von neuen Begegnungsmöglichkeiten, von Milliardenhilfen für Krankenhäuser, Pflegeheime, ganze Industriebranchen. Nur ein Bereich fehlte völlig: die Kultur – nicht ein einziger Hinweis fand sich in der Rede, wie es mit den 1,3 Millionen Beschäftigten in der Kulturbranche, die jährlich rund 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften, weitergehen solle.

Dabei hatte die Regierung zu Beginn der Corona-Krise schnell reagiert: Schon am 18. März wurde ein Soforthilfefonds von 22 Millionen Euro für die Kultur aufgelegt: zehn Millionen gingen an die Musikbranche, fünf Millionen an die darstellenden Künste, fünf Millionen in den Buchsektor und zwei Millionen in den Bereich Bildende Kunst. Doch bei diesen Maßnahmen blieb es lange: Kulturminister Franck Riester infizierte sich mit dem Corona-Virus und mit ihm verstummte auch sein Ministerium – sechs Wochen lang. Schon damals entstand in der Kulturszene der Eindruck, dass die Regierung so ziemlich alle Franzosen mit Rettungsplänen bedachte – nur Künstler und Musiker nicht, Museums- und Theaterleute.

Dabei hatten Teile der Branche schon vor der Corona-Krise große Sorgen. Bereits während der Gelbwesten-Proteste 2018/19 hatten Kulturveranstalter Millionen Euro verloren. Dann kam es im Herbst 2019 wegen der geplanten Rentenreform in ganz Frankreich zu monatelangen Protesten und Streiks: Über Wochen hin mussten Vorstellungen von Schauspiel-, Opern- und Konzerthäusern abgesagt werden, was Milliardenverluste verursachte. Durch den Lockdown wurden alle Kultureinrichtungen geschlossen – für viele Beschäftigte mit existenzbedrohenden Folgen. Anders als in Deutschland gibt es in Frankreich nur wenige feste Orchester, Chöre und Ballettkompanien sowie nur ein einziges wirkliches Ensembletheater, die Comédie-Française in Paris. Die meisten Bühnen arbeiten überwiegend mit Freiberuflern, den »intermettants du spectacle«. Diese etwa 300.000 Schauspieler, Musiker, Sänger, Bühnen-, Kostüm- und Maskenbildner, Bühnen- und Tontechniker sind normalerweise gut abgesichert. Wer 507 Arbeitsstunden jährlich nachweisen kann – bei einer 35-Stunden-Woche entsprechen das etwa dreieinhalb Monate Arbeit – bekommt für den Rest des Jahres anteilig Arbeitslosenunterstützung vom Staat. Um auf diese Stundenzahl zu kommen, sind die Sommerfestivals entscheidend – doch genau die wurden ebenfalls ausnahmslos abgesagt.

Es hätte also Grund genug für die Regierung gegeben, sich auch über diesen Sektor Gedanken zu machen, zumal das Lobpreisen des »Kulturlands Frankreich« üblicherweise in keiner politischen Festrede fehlt. Nach dem Lapsus des Premierministers wandten sich 230 Kulturprominente von Catherine Deneuve bis Patrick Bruel mit einem Offenen Brief an Staatspräsident Emmanuel Macron. Als »Vergessene der Pandemie« forderten sie darin nicht nur Finanzhilfen ein, sondern auch eine Perspektive. Der Präsident reagierte mit einer Videokonferenz aus dem Élysée-Palast, lud Künstler und Kulturvertreter dazu ein sowie den wieder genesenen Kulturminister Franck Riester, Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire und Arbeitsministerin Muriel Pénicaud.

Neben wohlfeilen Worten des Präsidenten – »Orte der Kreativität müssen wieder zum Leben erweckt werden« – zeitigte das Treffen in der Folge auch handfeste Ergebnisse. Die »intermettants du spectacle« sollen ihre Arbeitslosenentschädigung auch ohne Stundennachweis bis August 2021 erhalten, Autoren werden für vier Monate von Sozialabgaben befreit. Für Künstler unter 30 Jahren soll es öffentliche Aufträge geben: in den Bereichen Bildende Kunst, Tanz, Theater und Literatur. Für die Film- und Fernsehbranche wird ein Entschädigungsfonds von 50 Millionen Euro aufgelegt: für Drehtage, die wegen der Krise abgesagt werden mussten. Nach den Worten des Präsidenten wird das Geld in Einzelfallentscheidungen zugewiesen.

Währenddessen kommen Teile des kulturellen Lebens in Bewegung – unter Einhaltung bestehender Kontakt- und Hygieneregelungen. Buchläden, Galerien, Museen haben mit neuer Wegeplanung wieder geöffnet, seit dem 22. Juni spielen die Kinos wieder, auch erste Dreharbeiten wurden aufgenommen. Ab 11. Juli will die Regierung die Beschränkungen für »Großveranstaltungen, Stadien und Konzertsäle« »zum Teil« lockern. Doch die Sommerfestivals bleiben abgesagt; in welcher Form und wann Konzertsäle, Theater und Opernhäuser wieder einen regulären Spielzeitbetrieb aufnehmen können, steht in den Sternen.

Teile der Branche hatten schon vor der Corona-Krise große Sorgen. Bereits während der Gelbwesten-Proteste hatten Kulturveranstalter Millionen verloren

So herrscht erst einmal eine Art Burgfrieden, wenn auch in der Kulturszene ein grundlegendes Misstrauen bestehen bleibt, von der Regierung jederzeit wieder »vergessen« werden zu können. Und der Appell des Präsidenten, sich als Kulturbranche »neu zu erfinden«, »konkrete Utopien« zu entwickeln, trägt zur Beruhigung eher nicht bei.

Jürgen König ist Deutschlandradio-Korrespondent in Paris

Tschechiens Kultur in schweren Wassern

Finanzielle Hilfe kommt nur mit großer Verzögerung an

PETER LANGE

Simona Tydlitatova arbeitet seit Mitte März an der Kasse eines Supermarkts in Prag. Eine befreundete Kollegin trägt Post aus; ein Kollege hat sich als Waldarbeiter verdingt. Alle drei sind freiberufliche Musiker und Mitglieder des »Collegium 1704«, eines unabhängigen und recht renommierten Kammerorchesters für Alte Musik in Prag. Als das tschechische Kulturleben am 10. März von der Regierung wegen der Corona-Pandemie schockgefroren wurde, hat die Geigerin Simona Tydlitatova nicht lange gefackelt. »Ich hatte null Einnahmen. Weil ich wusste, dass die Supermärkte nicht geschlossen würden und jede Hand gebrauchen konnten, habe ich mich entschieden, hier anzufangen.«

Das projektorientierte »Collegium 1704« musste mit einer Ausnahme alle Konzerte bis September stornieren. Einige prominentere Künstler sind ins Internet abgewandert, verdienen aber mit ihren Aufführungen dort kaum Geld. Eine lange vorbereitete Ausstellung der beiden Maler und Grafiker Marek Dobes und Karel Aubrecht sollte exakt am 10. März eröffnet werden. Auch daraus wurde nichts. Das private Theater »Mir«, zu Deutsch »Frieden«, in Ostrava kämpft wie viele andere auch ums Überleben. Die Kultur in Tschechien ist wie überall vom Shutdown als Erstes und am längsten und deshalb besonders hart be- und getroffen.

Die Minderheitsregierung von Ministerpräsident Andrej Babis hat auf Initiative von Kulturminister Lubomir Zaoralek Mitte April ein Hilfsprogramm von umgerechnet 42 Millionen Euro beschlossen. 11 Millionen waren für 29 Kulturinstitutionen vorgesehen, die ganz oder teilweise vom Staat finanziert werden. Die haben zwar niemanden entlassen müssen und die Gehälter an ihre Festangestellten weitergezahlt, dafür haben sie aber nun große Löcher im Etat. Michael Medek, Marketingchef der Tschechischen Philharmonie, des Flaggschiffs der klassischen Musikkultur, rechnete nach dem Abbruch der Spielzeit mit einem Verlust von ca. 1,1 Millionen Euro. Das Nationaltheater mit seinen drei Häusern bezifferte die Verluste beim Ticketverkauf auf 5,2 Millionen Euro. 16 Millionen Euro aus dem auf zwei Monate konzipierten Hilfsprogramm waren für unabhängige Institutionen und freischaffende Künstler bestimmt. Die Krise dauert jedoch noch an, sodass in diesen Tagen ein zweites Programm auf den Weg gebracht wurde: Noch einmal umgerechnet 37 Millionen Euro für die freie Kultur und die Kreativwirtschaft. Allerdings: Die Gelder aus dem zweiten Programm werden frühestens im Juli fließen. Und das könnte für viele zu spät sein. Das ist ohnehin eine Klage, die aus allen Ecken zu hören ist: Die finanziellen Hilfen kommen gar nicht oder mit großer Verzögerung. Tschechien hat da offensichtlich in seiner Bürokratie ein Umsetzungsproblem. Eine private Initiative des Hornisten Radek Barborák hat 40.000 Euro zusammengebracht, mit denen 80 Musiker unterstützt wurden. Der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds hat kurzfristig 240.000 Euro für solche Kulturinstitutionen zur Verfügung gestellt, die besonders dem deutsch-tschechischen Dialog verpflichtet sind. Aber das sind natürlich nur Tropfen im Meer, wie man hier sagt. Schätzungsweise 20.000 Berufsmusiker haben laut einer von der Nachrichtenagentur CTK veröffentlichten Analyse drei Monate keine Auftritte und somit keine Einkünfte gehabt. Viele seien gezwungen, den Beruf ganz aufzugeben.

Die kulturelle Szene in Tschechien ist recht kleinteilig und lebt mehr von Enthusiasmus und Engagement als vom Einkommen

Kulturminister Zaoralek hat als Ziel ausgegeben, die kulturelle Infrastruktur zu retten. Ob das gelingt, ist noch nicht ausgemacht. Die kulturelle Szene in Tschechien ist immer noch recht kleinteilig und lebt mehr von Enthusiasmus und Engagement als vom Einkommen. Allein in Prag gibt es 57 Theater und 62 Kinos. In ganz Tschechien mit seinen 10,7 Millionen Einwohnern existieren über 2.000 Verlage, die mindestens ein Buch pro Jahr herausbringen. Finanzielle Polster haben die wenigsten. Monat für Monat sind nun die Fixkosten als Schulden aufgelaufen, sodass sich wohl erst im Herbst herausstellen wird, welche Flurschäden die Corona-Epidemie und die landesweite Quarantäne tatsächlich verursacht haben.

Aber nun sind fast alle Restriktionen aufgehoben. Die Tschechische Philharmonie wird die Sommerpause in diesem Jahr streichen. Mit 25 Konzerten – Solo-Rezitals und Kammermusik – erfüllt sie einerseits die Wünsche von Publikum und Musikern und verringert andererseits das Defizit ein wenig. Am 23. Juni hat im prachtvollen Smetana-Saal des »Obezni Dum«, des historischen Gemeindehauses von Prag, das – vielleicht europaweit – erste Sinfoniekonzert vor vollem Publikum stattgefunden. Das Sinfonieorchester der Stadt Prag (FOK), eines der Dickschiffe der klassischen Musikkultur, spielte unter seinem Chef Pietari Inkinen die »Finlandia« von Sibelius und Dvoraks »Sinfonie aus der Neuen Welt«. Einzige Auflage: Mundschutz für die 1.000 Anwesenden. Das FOK hat als Erstes die Segel gesetzt und Fahrt aufgenommen in die coronabedrohte Zukunft. Die anderen Kulturinstitutionen, sofern sie nicht untergegangen sind, werden folgen. Aber wehe, wenn die zweite Welle kommt.

Peter Lange ist Hörfunkkorrespondent von ARD und Deutschlandradio für Tschechien und die Slowakei

»Kinder sagen die Wahrheit«

Earth Speakr von Ólafur Elíasson

Der isländisch-dänisch-deutsche Künstler Ólafur Elíasson gibt Kindern mit seinem neuesten Kunstwerk » Earth Speakr« das Wort zur Zukunft des Planeten. Ludwig Greven sprach mit ihm über Kunst, Klimawandel und Politik.

Ludwig Greven: Sie wollen Kindern und Jugendlichen in ganz Europa die Gelegenheit geben, während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ihre Wünsche, Hoffnungen, Ängste und Ideen zur Zukunft der Erde künstlerisch auszudrücken. Wie sind Sie auf diese Idee gekommen?
Ólafur Elíasson: Durch Greta Thunberg und »Fridays for Future« bin ich darauf gekommen, dass Kinder und Jugendliche sehr gut Bescheid wissen über wichtige Themen und Entwicklungen, auch wenn sie nicht beim Abendbrot mit ihren Eltern darüber diskutieren. Aber sie werden nur sehr selten wahrgenommen, gehört und gesehen. Die jedoch, die die Zukunft gestalten und die Macht haben, die Politiker, sind oft so alt, dass sie nur noch so lange zu leben haben, wie die Kinder schon alt sind. So ist allmählich die Idee entstanden, Kindern eine Stimme zu geben, obwohl oder gerade weil sie nicht unbedingt in das rationale Raster der Entscheidungsmaschine unserer Welt passen.

Schließlich geht es um ihre Zukunft.
Genau. Mein zweiter Gedanke ist: Kinder lügen nicht. Vielleicht sagen sie etwas, was nicht stimmt. Aber sie tun es nicht absichtlich. Und man sollte nicht auf die Fakten schauen, sondern auf den Grund, warum sie etwas sagen. Dem sollte man zuhören.

Es geht also um ihre subjektive Wahrheit?
Dass die Kinder von »Fridays for Future« auf die Straße gehen, dass sie die Sorgen einer ganzen Generation ausdrücken, ist eine Realität – unabhängig davon, ob die Prognosen zum Klimawandel in jedem Detail zutreffen. Kinder reden aus der Sicht von Erwachsenen oft irrational. Aber was sie sagen, ist ja nicht ohne Grund. So ist allmählich, durch Gespräche mit Kindern und Lehrern, die Idee gewachsen. Wir haben auch mit Pädagogen an Universitäten, Kinderrechtlern und Kinderpsychologen gesprochen. Das war ein spannender Prozess. Das große Team in meinem Studio hat dann daran gearbeitet, wie können wir eine Plattform schaffen, auf der die Kinderexperten sich äußern können und das Gefühl haben, dass sie gesehen werden und ihnen zugehört wird.

Wie wird das konkret aussehen?
Die Kinder und Jugendlichen können sich auf der Webseite eine App herunterladen und haben künstlerische und spielerische Möglichkeiten, sich auszudrücken, mit Augmented Reality …

… also künstlich, künstlerisch angereicherten realen Aufnahmen.
Ja, mit Bäumen, Pflanzen oder irgendwelchen Gegenständen. Die App ist wie ein Werkzeug- oder Malkasten. Die kreative Leistung kommt von den Kindern. Dieses Gerät nimmt auch den Gesichtsausdruck der Kinder auf, ohne die Gesichter zu zeigen. Das darf man ja auch gar nicht. Gezeigt wird sozusagen die Übertragung ihrer Emotionen auf einen Baum, eine Banane oder einen Hintergrund, den sie zeigen. So entsteht ein öffentliches gemeinsames Kunstwerk. Wobei die Rechte, anders als bei Instagram, bei den Kindern bleiben. Wir machen ja nichts Kommerzielles.

Wird es eher ein riesiges Manifest werden oder wirklich ein gigantisches Kunstwerk?
Man könnte sagen, es ist eine Kinder-Agora, ein europaweiter Marktplatz. Wenn die Kinder ihre Botschaften gesendet haben, kann sie jeder, auch Erwachsene, auf einer Landkarte finden und darauf drücken. Vielleicht redet dann ein Stein oder Wasser. Man kann das teilen und weiterschicken. Das soll ein großes Netzwerk werden. Die Inhalte sind die kurzen Filme der Kinder, ihre Lautsprecher. Die kann man dann auch verteilen, z. B. vor das dänische Parlament, damit die Abgeordneten dort hören, was die Kinder zu sagen haben. An solchen Orten, wie auch im EU-Ratsgebäude in Brüssel und im Europäischen Parlament, wird es reale Präsentationen geben.

Was daran ist Kunst?
Lass uns einfach abwarten, was daraus wird. Oft ist es auch bei mir selbst so, dass ich bei Kunstwerken nicht genau weiß, ist das jetzt Kunst oder nicht. Das Besondere an unserem Projekt ist, dass es wie ein gewaltiger Lautsprecher ist oder ein Mikroskop mit einer hohen Auflösung. Dadurch hört und sieht man etwas, was man sonst nicht hört und sieht, nämlich die Stimmen von Kindern, die sich künstlerisch, spielerisch oder politisch ausdrücken. Ich gehe davon aus, dass sie etwas zu sagen haben, in welcher Form auch immer. Sie können auch etwas machen, über Fußball oder ihre Lieblingsband. Es muss sich ja nicht alles um das Klima drehen. Meine Idee ist, einer marginalisierten Gruppe, der jungen Generation, eine subversive Kraft zu geben. Und wir, die Erwachsenen, müssen ihnen zuhören und sie ernst nehmen. Das hat etwas Parlamentarisches.

Aber werden ihnen die Politiker, die Mächtigen zuhören?
Ich glaube: Ja. Auch die Politiker begreifen zunehmend, dass die Kinder mitreden wollen und dass sie in 20 oder 30 Jahren bereuen werden, wenn sie ihnen nicht zugehört haben. Kinder haben meistens recht. Sie sagen die Wahrheit. Sie vertreten keine Aktiengesellschaften oder politische Lobby. Sie vertreten sich selbst.

Kinder haben keine starke Lobby. Auch in der Kunst spielen sie keine große Rolle. Sie sind Gegenstand künstlerischer Darstellungen, aber werden nicht als Künstler wahrgenommen.
Jedes Kind kann sich kreativ ausdrücken. Zeigen, wie es die Welt sieht, wie es sie sich wünscht. Aber das wird leider oft nicht wahrgenommen von denen, die die Entscheidungen treffen. Wir wissen, dass ein erfolgreicher Bildungsprozess nicht darin besteht, dass Kinder in der Schule zuhören und das mit nach Hause nehmen. Sondern dass sie den Lernprozess mitgestalten, dass sie sich einbringen können und ihnen zugehört wird.

Also eine Umkehr des Verhältnisses zwischen Kindern und Erwachsenen?
Die Kindheit wird heute betrachtet als Vorbereitung auf das Erwachsensein. Die Kinder werden von ihren Eltern und den Lehrern vor der Welt geschützt – in der Annahme, dass sie nicht viel über die Welt zu sagen haben. Genau das will ich hinterfragen. Kinder sind keine Spezialisten. Aber um die Zukunft zu gestalten, müssen wir sie einbeziehen. Da spielen sie eine zentrale Rolle. Denn sie werden in der Zukunft leben. Unser Kunstprojekt ist dabei nur die Methode. Denn wenn es Kunst ist, unterstellt niemand, dass es politische Agitation ist.

Durch die globale Corona-Krise ist der Klimawandel in den Hintergrund gerückt. Glauben Sie, dass es auch durch Ihr Projekt wieder die Aufmerksamkeit bekommt, die es braucht?
Wir leben in einer sehr beschleunigten Zeit. Im vergangenen Jahr drehte sich alles um den Brexit und die Klimaproteste. Dann kam die Pandemie, nun auch noch die neue Bürgerrechtsbewegung in den USA. Es ist, also ob wir zehn Jahre in sechs Monaten durchlaufen. Aber wir sollten das nicht alles in getrennte Silos packen, Corona, die Klimafrage, Rassismus: Das ist alles eine Wirklichkeit. Auch wenn die Pandemie und die dadurch ausgelöste Krise für viele sehr traumatisch war, ist dadurch die Sensibilität gewachsen, ein Verständnis für Lokales, für das Ökosystem, Verantwortung für die Gesellschaft. Unser Alltag hat sich verändert. Plötzlich arbeiten viele zu Hause und müssen nicht mehr hin- und herfahren zwischen ihrer Wohnung und der Arbeit, und die Leute merken, dass wir gar nicht so viel fliegen müssen. Für die Fluggesellschaften und die Flugzeughersteller ist das schlecht. Aber so ist es jetzt.

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Leere statt Trubel am Breitscheidplatz

Ihr Kunstprojekt ist ja geradezu sinnbildlich für diesen Wandel: Wir bleiben in Europa und global verbunden, aber jedes Kind macht sein Kunstwerk in seinem Dorf, seiner Stadt, bei sich.
Ja, das kann sehr spannend werden. Es geht nicht darum, die Globalisierung zurückzudrehen, sondern unsere Welt anders zu gestalten und zu vernetzen. Da haben die Kinder eine Vorreiterrolle.

Muss Kunst heute generell politischer werden?
Auch wenn ein Künstler in seinem Atelier ein Bild malt, macht er das ja nicht nur für sich. Das ist eher eine Frage der Formsprache, ob man malt, eine Skulptur oder eine Videoinstallation schafft, ob man ein Buch schreibt oder dichtet. Was sagt der Künstler damit? Darauf kommt es an. Kunst hat eigentlich immer, es sei denn, sie ist rein kommerziell, mit der Wirklichkeit zu tun. Deshalb sollten wir von den internen Kämpfen in der Kulturszene zurücktreten, wer die beste Formsprache hat. Darüber wird viel zu viel gestritten, male ich oder tanze ich oder mache ich Filme. Dadurch wird der Zusammenhalt unter den Künstlern geschwächt. Kultur ist der Herzschrittmacher der Gesellschaft. Angesichts des Populismus, der um sich greift, müssen wir eine postideologische Vertrauensbasis schaffen. Wir müssen gemeinsam die Welt gestalten und eine Utopie entwickeln. Deshalb bin ich für Multilateralismus und engagiere mich für die EU.

Sie sind selbst sehr multilateral. Sie sind Isländer und Däne, arbeiten und leben in Berlin.
Ich habe seit einigen Jahren auch einen deutschen Pass. Ich bin ein Europäer.

Ihr Projekt ist virtuell und digital. Ist das auch eine Antwort auf die Frage nach dem ökologischen Fußabdruck von Kunst und Kultur, wenn z. B. Kunstwerke, Orchester oder Bands durch die ganze Welt reisen und fliegen?
Das Avantgardistische an der Kultur ist, dass sie auch immer eine ethische Aussage macht. Sie hat immer ein Selbstbild von den Werten, die sie vertritt. Die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist in der Kunst allerdings oft viel höher als in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Denn die Wirtschaft z. B. beansprucht gar nicht, dass sie für moralische Werte steht. Die Kultur beschäftigt sich sehr damit. Deshalb muss sie sich auch mit ihrem CO2-Abdruck befassen. Ein digitales Projekt wie unseres kann darauf eine Teilantwort sein. Aber viel wichtiger ist, dass wir das, was wir fordern, auch selber tun, also umwelt-, klima- und zukunftsgerecht leben.

Kunst hat immer auch einen Wert für sich, sie ist normalerweise nicht in erster Linie Ausdruck eines bestimmten Ziels oder Zwecks. Wie ist das bei »Earth Speakr«?
Kunst hat, wenn sie nicht funktionalisiert wird, eine klarere Aussage. Aber dieser Satz darf nicht zum Dogma werden. Das widerspräche dem künstlerischen Potenzial, der Dynamik der Kultur für die Gesellschaft. Wenn man zurückschaut, hat sich Kunst immer mit der Realität auseinandergesetzt. Avantgarde zu sein heißt nicht, dass sich Kunst für eine bestimmte Ideologie instrumentalisieren lassen sollte. Aber in den Meinungsstreit in einer Gesellschaft, zwischen den verschiedenen Interessengruppen, kann und muss sie sich einmischen.

Wenn die Kinder einfach nur eine schöne Landschaft zeigen, eine Pflanze, einen See, einen Wald oder auch Umweltverschmutzung, würde Ihnen das als Aussage reichen?
Das ist die Realität, wie sie sie sehen, und deshalb hat es eine Bedeutung. Ich war in einer Schulklasse und habe mit den Schülern über das Leben einer Pflanze gesprochen und woran etwas Künstlerisches an ihr zu spüren ist. Die meisten sagten, wenn eine Blume blüht, dann ist es ein Kunstwerk. Aber einige sagten, es ist die Wurzel, andere die Erde, in der sie wächst, oder das Wasser. Es kommt immer auf die Sichtweise an. Wir müssen uns da nicht festlegen. Ich habe großes Vertrauen in Künstler, gerade in die Kinder, viel mehr als in andere Menschen.

Aber was hat das mit der Gesellschaft zu tun?
Nehmen Sie Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist gesellschaftliche Liebe, Humanität. Kultur sollte die Verbindung schaffen von Liebe und Gerechtigkeit. Gerhard Richter hat gesagt: Kunst ist die höchste Form der Hoffnung. Sie sollte zwischenmenschliche Beziehungen und gesellschaftliche Gerechtigkeit überbrücken. Kunst hat da etwas anzubieten, wenn wir Künstler es richtig angehen.

Vielen Dank.

Ólafur Elíasson arbeitet mit Skulpturen, Gemälden, Fotografie, Film, Installationen und digitalen Medien. Ludwig Greven ist freier Publizist

EARTH SPEAKR

»Earth Speakr« wird vom deutschen Auswärtigen Amt unterstützt. Es wird anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut umgesetzt: earthspeakr.art

THEMA

Für eine stärkere europäische kulturelle Zusammenarbeit

Das europäische Netzwerk der Kulturinstitute EUNIC in der Corona-Krise

GITTE ZSCHOCH

Wenn Galerien geschlossen und Konzerte abgesagt sind, Bibliotheken keine Bücher verleihen und keine Scheinwerfer die Bühnen beleuchten, dann steht das kulturelle Leben still. Und wenn dann noch kein Flugzeug abhebt und grenzüberschreitender Verkehr generell nicht stattfindet, kommt zwangsläufig auch der internationale Kulturaustausch zum Erliegen.

Konkrete Auswirkungen auf unser Netzwerk

Als Plattform für den europäischen Kulturaustausch beruht der Kern der Arbeit von EUNIC, dem Netzwerk der 36 europäischen Kulturinstitute, darauf, dass Menschen zusammenkommen und sich treffen – meist über Landesgrenzen hinweg. In 120 Außenstellen in 92 Ländern sind im letzten Jahr gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen Projekte entwickelt und umgesetzt worden. Wie hat sich nun diese Krise auf die Arbeit des Netzwerks ausgewirkt? Fast alle Mitglieder mussten vorübergehend mindestens die Hälfte ihrer Niederlassungen weltweit schließen: Die ersten Institute stellten im Januar in China den Betrieb ein oder um; und noch vor Ende März hatten auch die Niederlassungen in den Amerikas ihre Arbeit weitgehend an die Distanzierungsgebote angepasst und den Publikumsverkehr unterbunden. So ging die Krise ins Mark.

Neu entstandene Projekte

Auch im internationalen Kulturaustausch war die erste Reaktion, Kultur ins Internet zu verlagern. So entstanden Projekte, die den Künstlerinnen und Künstlern zugutekamen, deren Live-Auftritte und Ausstellungen abgesagt wurden. In den sozialen Medien haben wir diese unter dem Hashtag #EuropeForCulture gesammelt. Auch einige Mitglieder machten so auf sich aufmerksam: Mit #CzechCultureToTheWorld verlinkte das Tschechische Zentrum Berlin eigens bei Schriftstellerinnen in Auftrag gegebene »Deutsch-Tschechische Corona-Geschichten« und seine hauseigenen Podcasts.

Die finnischen Kolleginnen haben bereits im März den Fonds »Together Alone« aufgelegt, der Projekte fördert, die sich mit Ausnahmezuständen oder künstlerischer Praxis der Zukunft auseinandersetzen. Die ersten Ideen werden jetzt umgesetzt, darunter eine von einem Algorithmus generierte grafische Arbeit von Mikki Nordmann. Sie interpretiert globale Statistiken der Ausbreitung des Virus und kreiert eine aus Emojis bestehende Kopie des Gemäldes »Agnus Mundi« aus dem 17. Jahrhundert.

Das Goethe-Institut hat mit der offenen, globalen Plattform kulturama.digital ein Angebot für Kulturschaffende lanciert, die Live-Events streamen oder für einen bestimmten Zeitraum anbieten. Die Plattform lädt gleichzeitig Kulturinteressierte ein, sich in eine Veranstaltung aus Slowenien, Singapur oder Südafrika einzuwählen. Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) bereitet gerade ein Projekt mit dem Arbeitstitel »Are you for real?« vor, ein Format, das das Konzept der klassischen Tourneeausstellungen digital denkt und als partizipative Praxis des Ausstellungsmachens neu definiert.

Während in der EU viele Länder Notmaßnahmen zur Unterstützung der Kulturschaffenden eingerichtet haben, stehen in vielen Ländern der Welt kaum staatliche Mittel für die Kultur bereit. In der Ukraine hat das Projekt »House of Europe« nun neue Programme aufgelegt, um auf die Krise zu reagieren: Darunter eine Online-Universität, die Weiterbildungsmöglichkeiten und kleine Stipendien anbietet, welche zum Lebensunterhalt der Teilnehmenden beitragen. Über 400 Menschen haben dieses schon erhalten. Bei einem Hackathon waren als Beraterinnen und Mentorinnen Menschen aus vielen Ländern involviert, was über rein technische Mittel eine neue Art der Gemeinschaft entstehen ließ. Solange die Ausstattung vorhanden und eine Internetanbindung verfügbar ist, macht es keinen Unterschied, ob man vor seinem Bildschirm in Kiew oder in Brüssel sitzt und gemeinsam an Projekten arbeitet.

Auch im Senegal gibt es wenig öffentliche Hilfsangebote für den Kultursektor. Hier hat EUNIC ebenfalls ein neues Programm auf die Beine gestellt, das diesen unterstützt. »Lëlu Di Wajal'Art« heißt das Projekt, was auf Wolof »kreativer Rückzug, um wieder die Kunst zu feiern« bedeutet. Entsprechend lädt es ein, Ideen zu entwickeln, die kulturellen Angebote neu zu denken, dabei digitale Technologien zu nutzen und veränderte Verhaltensweisen des Publikums in Zeiten von Corona zu berücksichtigen.

Neben diesen Projekten, die die Kulturproduktion und -rezeption digital ausloten, hat die Corona-Krise auch dem Sektor einen Digitalisierungsschub verpasst. Interne Online-Lernangebote für Mitarbeiterinnen wurden initiiert. Bereits jetzt, im Juni, sind die Teilnehmendenzahlen der von EUNIC angebotenen Webinare im Vergleich zum Vorjahr um das Achtfache gestiegen. Viele Mitglieder haben darüber hinaus interne Prozesse digitalisiert, das Rechnungswesen umgestellt sowie Online-Bezahlmöglichkeiten eingeführt. Gleichzeitig fehlt es an dieser Stelle auch am meisten. Nicht nur an technischer Ausrüstung, sondern auch an Wissen und Personal. Ein Schlaglicht darauf werfen die Antworten auf die Frage, was unsere Mitglieder derzeit am meisten brauchen: »digitale Expertise«, »umfassende digitale Transformation« und gar »Ausrüstung, um Video-Konferenzen durchführen zu können«.

Wie geht es weiter?

Eine Beobachtung, die wir in der Corona-Krise machen, ist die Tendenz zu einer isolierten Kulturpolitik der EU-Mitgliedsstaaten. Die aufgesetzten Rettungsprogramme helfen, verständlicherweise, erst einmal dem eigenen Sektor. Bislang gibt es keine nennenswerten Rettungsschirme für internationale Kooperationen, obwohl der Kultursektor durch und durch international ist. Wir als Europäerinnen können hier Verantwortung übernehmen. Denn nur wenn die Kulturbereiche gesund sind, können wir uns auch in einen Austausch mit den hier beschäftigten Menschen weltweit begeben.

Deswegen hat EUNIC seinem internen Projektfonds in diesem Jahr den Fokus gegeben, lokale Kulturszenen zu stärken. Das treibt die europäische Zusammenarbeit voran und gleichzeitig unterstützt es lokale Partner. Die 120 Außenstellen weltweit können sich darauf bewerben. Der Fonds wird Anfang September veröffentlicht und Maßnahmen können ab spätestens Januar umgesetzt werden. Wir erwarten, dass unsere Mitglieder 300.000 Euro dafür bereitstellen. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Auch Deutschland hat bereits einen solchen Fonds aufgesetzt, initiiert vom Goethe-Institut und dem Auswärtigen Amt gemeinsam mit vielen Partnern. Drei Millionen Euro stehen zur Verfügung und Kultureinrichtungen weltweit können sich um schnelle und substanzielle Unterstützung bewerben.

Weil diese Mittel nicht ausreichen, argumentieren wir gegenüber der Europäischen Kommission, dem Auswärtigen Dienst, dem Parlament und dem Europäischen Rat dafür, dass internationale Kulturbeziehungen weiterhin unterstützt und sie zu einem festen Bestandteil der EU-Außenbeziehungen ausgebaut werden müssen. 2016 wurden dazu mit der Veröffentlichung eines Strategie-Ansatzes von Federica Mogherini, der ehemaligen EU-Außenvertreterin, die Weichen gestellt. Auch in der neuen EU-Kulturagenda von 2018 wurden die internationalen Kulturbeziehungen verankert. Aber es könnte mehr getan werden. Im Zuge der geopolitischen Herausforderungen und der Corona-Krise droht das Thema weniger beachtet zu werden.

Dazu haben wir eine Deklaration verfasst. Diese unterstreicht, was die internationalen Kulturbeziehungen dazu beitragen können, damit die globale Gesellschaft aus der Krise vereint und gestärkt hervorgeht. Kulturaustausch ermöglicht es, dass Menschen verschiedener Kulturen sich begegnen. Nur wenn wir uns kennen und voneinander lernen, können wir Vertrauen entwickeln und Ängste und Vorurteile abbauen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um globale Gemeinschaft zu stiften und die Krise zu überwinden.

Was wir jetzt tun müssen

Jetzt, wo viele Veranstaltungen digital angeboten werden, stellt sich die Frage nach dem Raum der internationalen Kulturarbeit neu. Während das traditionelle Konzept vorsieht, dass beispielsweise deutsche und brasilianische Künstlerinnen sich begegnen und in einen Dialog eintreten, ist das Anliegen von EUNIC seit jeher, diese bilaterale Sicht um die europäische zu erweitern. Indem wir uns nun bei Zoom, Jitsi oder Teams treffen, können wir gleichzeitig in Brasilien, Schweden, Deutschland und vielen anderen Ländern sein – einzig eingeschränkt durch die verschiedenen Zeitzonen. Wie wirkt sich das auf unsere Arbeit aus? Wie binden wir auch Menschen ein, die keinen Zugang zum Internet haben und daher vom digitalen Raum ausgeschlossen sind? Um zu analysieren, wie unsere Mitglieder mit diesen neuen Chancen umgehen und wie die Digitalisierung der internationalen Kulturbeziehungen erfolgt, werden wir dieses Jahr noch eine Studie durchführen.

Die große Frage bleibt: Kehren wir nach der Krise zur selben Praxis wie vorher zurück? Die Hälfte unserer Mitglieder findet, dass die Herangehensweisen an den internationalen Kulturaustausch generell zu überdenken sind. Manche wünschen sich eine noch stärkere europäische kulturelle Zusammenarbeit. Auch wenn es mühsam scheint, wann, wenn nicht in einer Krise, sollten wir vereint auftreten? Auf eine globale Krise kann es nur gemeinsame Antworten geben. Dem deutschen Hilfsfonds könnten sich europäische Partner anschließen. Mit mehr Mitteln würde die so dringend benötigte Unterstützung bei mehr Organisationen auf der ganzen Welt ankommen. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft könnte Deutschland so eine Führungsrolle für die Kulturzusammenarbeit übernehmen.

Von unseren Partnern weltweit, gerade denen aus dem globalen Süden, wird zu Recht die Anforderung an die europäischen Kulturinstitute herangetragen, Partnerschaft auf Augenhöhe zu leben. Mit der derzeit verstärkt erfolgenden Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit und rassistischen Strukturen sowie der daraus resultierenden globalen Verantwortung der Europäerinnen stellt sich die Frage neu, wie wir gleichberechtigte Partnerschaften praktizieren können. Gerade weil die finanzielle Unterstützung für so viele Kulturprojekte weiterhin meist aus dem globalen Norden kommt.

Wir haben uns schon vor der Krise auf den Weg gemacht, Antworten auf diese Fragestellungen zu finden. Das Projekt »European Spaces of Culture« testet innovative Modelle für die europäischen internationalen Kulturbeziehungen. Die hier gefundenen Formate können eine neue Art unseres Handelns einleiten – fair, gleichberechtigt, basierend auf gegenseitigem Zuhören und Lernen und gemeinsamer Teilhabe.

Die EU-Strategie der internationalen Kulturbeziehungen spricht davon, »einen neuen Geist … der weltweiten Solidarität« zu wecken. Das kann jetzt in die Realität umgesetzt werden. Nutzen wir diese außergewöhnliche Zeit dazu.

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Polizisten in Bereitschaft bei einer Demonstration am Rosa-Luxemburg-Platz

Gitte Zschoch ist Geschäftsführerin von EUNIC – EU National Institutes for Culture

Eine Kultur der europäischen Werte

Die Europa-Union als natürlicher Verbündeter der Kulturschaffenden

CHRISTIAN MOOS

FOTO: SEBASTIAN WELLS/OSTKREUZ

Auch die Sonne auf dem Tempelhofer Feld ist mit Abstand zu genießen

Katastrophen und Krisen waren immer schon enorme Treiber für kulturelle Entwicklungen und künstlerische Höchstleistungen. Leid und Schaffenskraft scheinen eine starke Verbindung aufzuweisen. Allerdings haben die Lockdown-Maßnahmen die europäischen Kulturschaffenden besonders hart getroffen, entziehen vielen kulturellen Institutionen die Lebensgrundlagen und stürzen auch freischaffende Künstlerinnen und Künstler in großer Zahl in höchste Not.

Ikonisch für die Pandemie ist sicherlich das Street-Art-Werk des Künstlers Banksy, das die Krankenschwestern als Corona-Heldinnen ehrt. Inzwischen geht es aber nicht mehr nur um die Erkrankten, die zu beklagenden Verstorbenen und das bewundernswerte medizinische Personal. Längst ist klar, dass diese Krise viele Opfer fordert, auch unter den Überlebenden.

Das Bewusstsein für den massiven Wirtschaftseinbruch und die Wohlstandsverluste ist mittlerweile allerorten sehr groß. Lockerungen erscheinen als das Gebot der Stunde. Aber eine Rückkehr zu vollständiger Normalität liegt noch in einiger Ferne. Denn das Virus ist noch da, und eine zweite Welle droht.

Während überall in Europa Rettungspakete geschnürt werden, auch das Europäische Parlament sich mit seinem Kulturausschuss um europäische Unterstützung müht, kommen zielgerichtete Hilfen für Künstlerinnen und Künstler oft recht spät und ihre Wirksamkeit variiert stark zwischen den einzelnen EU-Staaten.

Der Lockdown hat die Kultur ins Mark getroffen. Denn Kulturschaffende sind auf offene Räume angewiesen, in denen sie aufspielen, vortragen, ausstellen können. Versammlungsverbote, Ausgangssperren gar, aber auch geschlossene europäische Binnengrenzen bedeuten für die meisten von ihnen ein faktisches Berufsverbot.

Nationaler Egoismus und selektive Kulturförderung stehen dem Geist europäischer Zusammenarbeit gegenüber

Kaum ein Sektor des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist so groß wie der kulturelle mit allen seinen Facetten. Aber ist er auch »systemrelevant«? Viele Millionen Europäerinnen und Europäer tragen mit ihrer künstlerischen Arbeit immerhin dazu bei, dass wir unser zuweilen doch sehr enges Alltagsleben, die schnöde Welt und ihre graue Wirklichkeit, in glücklichen Stunden transzendieren und, so wir uns trauen, unsere Höhlen verlassen können.

Offene Horizonte, weite Ferne, aber auch unfassbare Tiefe, die im Spiel von Worten und Klängen, in Farben und Formen, Sinnfreiem und Tiefgründigem erlebbar werden, sind unverzichtbarer Teil unserer menschlichen Existenz.

Wenn die kulturelle Landschaft Europas ärmer wird, weil Bühnen nicht mehr bespielt werden, Museen und Ausstellungsräume nicht mehr öffnen, Leinwände nicht mehr als Projektionsfläche für Visionen, Träume und Albträume dienen, Musik nur noch digital zerhackt erfahrbar und Dialog nur noch per freigeschaltetem Mikrofon auf Digitalplattformen möglich wird, dann droht die Huxley'sche Dystopie, verdichtet in einer Vielzahl von Regulierungen, Geboten und Verboten, zur Wirklichkeit zu werden.

Kunst und Kultur sind zentrale Faktoren der Resilienz unserer Gesellschaften gegen Unfreiheit und autoritäre Versuchung. Sie sind unberechenbar und deshalb nicht im Sinne derjenigen, die alle und alles kontrollieren wollen. Eben das macht Kultur so hochpolitisch.

Es ist sicherlich eine große Herausforderung, den Kulturschaffenden jetzt schnell und unbürokratisch zu helfen und ihnen dabei nicht die Luft zu nehmen, die sie brauchen, um kreativ sein zu können. Auch wird es darauf ankommen, nicht nur den großen staatlichen Bühnen und Kulturzentren das Überleben zu sichern. So wie in der Wirtschaft vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit sorgen, sind es die vielen freischaffenden Künstlerinnen und Künstler, die immer wieder die Ketten sprengen, die unsere Gesellschaften zu bedrücken drohen.

Kultur ist systemrelevant, und Kultur ist in höchstem Maße politisch, selbst dort, wo Politikferne ihr legitimer Anspruch ist. Für einen überparteilichen Verband wie die Europa-Union Deutschland, der sich seit 1946 als bürgerschaftliche Kraft in unseren Städten und Gemeinden für die europäische Idee einsetzt, ist die europäische Kultur ideeller Ausgangspunkt und zugleich programmatisches Ziel.

Die Europa-Union Deutschland setzt sich für die europäischen Werte ein, zuvorderst also für Frieden, Menschenrechte und Demokratie. Diese Werte sind Ausfluss kultureller – oder, weniger deutsch gefasst – zivilisatorischer Glanzleistungen, auf die jedoch ein schwerer Schatten fällt, solange nicht alle Menschen dieser Erde gleichermaßen daran teilhaben können. Die europäische Idee ist die Antithese von Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus. Sie geht über die Grenzen Europas hinaus, ohne dabei, das wäre ein fatales Missverständnis, eine imperiale Dimension zu haben.

Die Europa-Union Deutschland fördert eine Kultur, in der sich die europäischen Werte spiegeln, und sie steht in der ideellen Tradition der Weltföderalisten, die eine Weltfriedensordnung einer in Freiheit und Vielfalt geeinten Menschheit anstreben.

Kultur spricht eine universelle Sprache, auch wenn sich lokale Brauchtümer in ihr spiegeln. Farben und Klänge, Gesten und Mimiken folgen universellen Gesetzen. Sie lassen sich nicht durch Grenzschließungen aufhalten, sondern verweisen auf gemeinsame Urgründe des Seins.

Die Pandemie stellt viele vermeintliche Gewissheiten auf die Probe. Sie verführt zu nationalen Reflexen, erfordert aber mehr denn je gemeinsame europäische Lösungen. Unsere Zivilisation steht gewiss an einem Scheideweg. Nationaler Egoismus und selektive Kulturförderung, die rasch zu folkloristischer Erstarrung führen kann, stehen dem Geist europäischer Zusammenarbeit und der Offenheit für gemeinsame kreative Freiheitsräume, die es großzügig auszugestalten gilt, gegenüber. Für welchen Weg sich die Politik entscheiden wird, bleibt einstweilen offen.

Die europäischen Föderalisten, die in Deutschland in der Europa-Union und ihrem Jugendverband JEF organisiert sind, haben immer schon das Träumen geliebt, kühne Visionen gelebt. Sie wünschen sich offene Räume, freies Denken und Humanität. Sie sind daher natürliche Verbündete aller freiheitsliebenden Kulturschaffenden.

Christian Moos ist Generalsekretär der Europa-Union Deutschland, Vorstandsmitglied der EBD, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und hauptamtlich Leiter der Stabsstelle Europa und Internationales des Beamtenbundes

Kurz-Schluss

Wie ich einmal über meine vermeintlich überlegene Kompetenz stolperte und einen Bildschirm verlor …

THEO GEIßLER

Auch meine Karriere als Nachtwächter auf dem weitgehend verödeten Gelände des Bayerischen Rundfunks in München-Freimann (Näheres: P&K 6/20) endete rasch. Trotz mehrfacher Übermittlung meiner Kontodaten und einschlägiger Drohbriefe an die Intendanz des Senders (»unbekannt verzogen«) und das bayerische Kultusministerium (»verbitten uns bei Strafandrohung weitere Belästigungen«) fühlte sich für die Besoldung meiner Dienstleistungen keine der ursprünglich auftraggebenden Instanzen verantwortlich. Existenziell rettende Ideen fand ich dann in meiner Lieblings-Postille, der »Brezel-Umschau« – einer Konditoren-Fachzeitschrift. Hier wurde ausführlich die bürgerfreundlich abgeschirmte Schutz- und Kommunikationsfunktion der sogenannten Corona-Warn-App beschrieben – mit zahlreichen weiterführenden Links und Hinweisen für distanzsichernde Thekenbewirtschaftung.

Wie Sie als langjährige treue Leserschaft meiner semibiografischen Fortsetzungs-Romanze an dieser Stelle natürlich wissen, zählen Informationstechnik in Verbindung mit künstlicher Intelligenz zu den zentralen Kompetenzen meines breitgefächerten Kreativspektrums. Deshalb verstehen Sie sicherlich, dass mich die mit dieser Open-Source-App betriebene Vergeudung politisch und wirtschaftlich höchst interessanter Details über individuelle Bewegungsprofile, private Datenbanken oder Mailkontakte außerordentlich verwunderte. Aus meiner Frühzeit als gekaufter Journalist des Innenministeriums standen mir dank der Tatsache, dass aus Etatgründen und der »Nostalgie« des amtierenden Ministers in diesem Haus an etlichen systemrelevanten Stellen immer noch unter »Windows 95« gearbeitet wird, Schlupflöcher in die zentralen Server fast aller Abteilungen offen.

Dank meiner im Darknet günstig erstandenen Schnüffelprogramme namens »Open Sesam« eröffnete sich mir ein Abgrund an Landesverrat. Längst hatten sich offensichtlich die Spionage-Spinnenfäden eines Netzwerkes mit dem Tarnnamen »Augustus der Starke« im gesamten Informationsverbund von Ministerien und Geheimdiensten festgesetzt. Anonyme Abgreif-Avatare, in ihrer internen Kommunikation mit gefälschten Kennungen wie Amthor, Maaßen, Höcke, Gottschalk oder Guttenberg operierend, schöpften an Daten ab, was international für die Bereiche Rüstung, Bildung, Wirtschaft und Kultur pro Bundesbürger verkäuflich und von Interesse schien. Gegen all dies wirkte auf mich der Schutzwirbel um die Corona-App wie ein Föhnlüftlein gegen einen Hurrikan.

Drei Fakten gaben mir allerdings zu denken: Zum einen, dass ich mich trotz meines gefährlichen Wissens noch relativ guter Gesundheit erfreute. Zweitens schien dieses Hyper-Netz ein in sich geschlossenes System zu sein, dessen Infosektoren Bildung und Wirtschaft mit Datum Januar 2020 grund- und kommentarlos abschlossen. Drittens verblieben mit den Feldern Rüstung und Kultur ausgerechnet die offensichtlich teils besonders empfindlichen, werthaltigen und die technologisch am wenigsten attraktiven gesellschaftlichen Bereiche aktiv für die Datenräuber. Um entweder in den Genuss einer kleinen Belohnung oder eines bescheidenen Schweigegeldes zu gelangen, musste ich die eigentlichen Nutznießer dieser unglaublich professionell entwickelten Wissensdatensammlung enttarnen, möglichst ohne mich selbst zu offenbaren.

Also schürfte ich mich versteckt hinter einem Avatar namens Pestalozzi unauffällig zunächst in den Bildungs-Stream. Abgesehen von einer Fülle für mich völlig unverständlicher Formeln, vermutlich chinesischer, russischer und amerikanischer Texte, flackerten mir plötzlich offensichtlich Wirtschaftsdaten von Firmen, deren Namen ich trotz unglaublicher angegebener Börsenwerte noch nie gehört hatte, entgegen. Und schließlich das Foto eines romantischen Schlösschens samt Text: »Sie befinden sich im geschlossenen Forschungsarchiv der wirtschaftswissenschaftlich-pädagogischen Privatuniversität Hundsrück-Wirrsaal. Wie Sie gesehen haben, liegen die Testergebnisse unseres Feldversuches ›Bildung ist drei Viertel Wirtschaft – MINT gewinnt‹ vor und brachten die erwartet erfreulichen Ergebnisse. Wir danken unserer Bundeskanzlerin für die üppige Unterstützung, die wir auf deren Wunsch leider nicht öffentlich machen dürfen«.

Mist, dachte ich. Da musste ich an irgendeiner unscheinbaren Gabelung im Netz falsch abgebogen sein. Mühsam und Terabyte für Terabyte robbte ich den erfreulicherweise ruhenden Datenstrom zurück und landete, mitgerissen von einem wilden Stream – offensichtlich in der Zentralregie eines riesigen Filmstudios. Mächtige Schriftzüge – Sony, Alibaba, Warner, Broccoli – flimmerten über meinen Desktop. Und: »James Bond – das Ende ist immer bitter« – »Ausrüstung für Schlussteil Nummer 26: nordkoreanische Atomzentrale«. Mir kamen fast die Tränen. »Sie befinden sich in der Fein-Montage, die Dreharbeiten sind momentan unterbrochen, weil die von der deutschen Kulturstaatsministerin Monika Grütters zugesagten neun Milliarden Euro Produktionshilfe noch nicht eingegangen sind«, informierte mich ein mit Action-Szenen unterlegtes Laufband. »Spenden für die Produktion von Teil 27: ›Jane Bond – die Welt wird Frau‹ – nehmen die vereinigten Apple-Google-Windows-Studios via Paypal und Wirecard gern entgegen.«

Gerade wollte ich meinen Bildschirm aus dem Fenster werfen, da sah ich noch einen grinsenden Totenschädel, der mit tiefer Stimme brummte: Du bist offen, Sesam ist zu… eine kleine Info zum Thema »Darknet« …

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

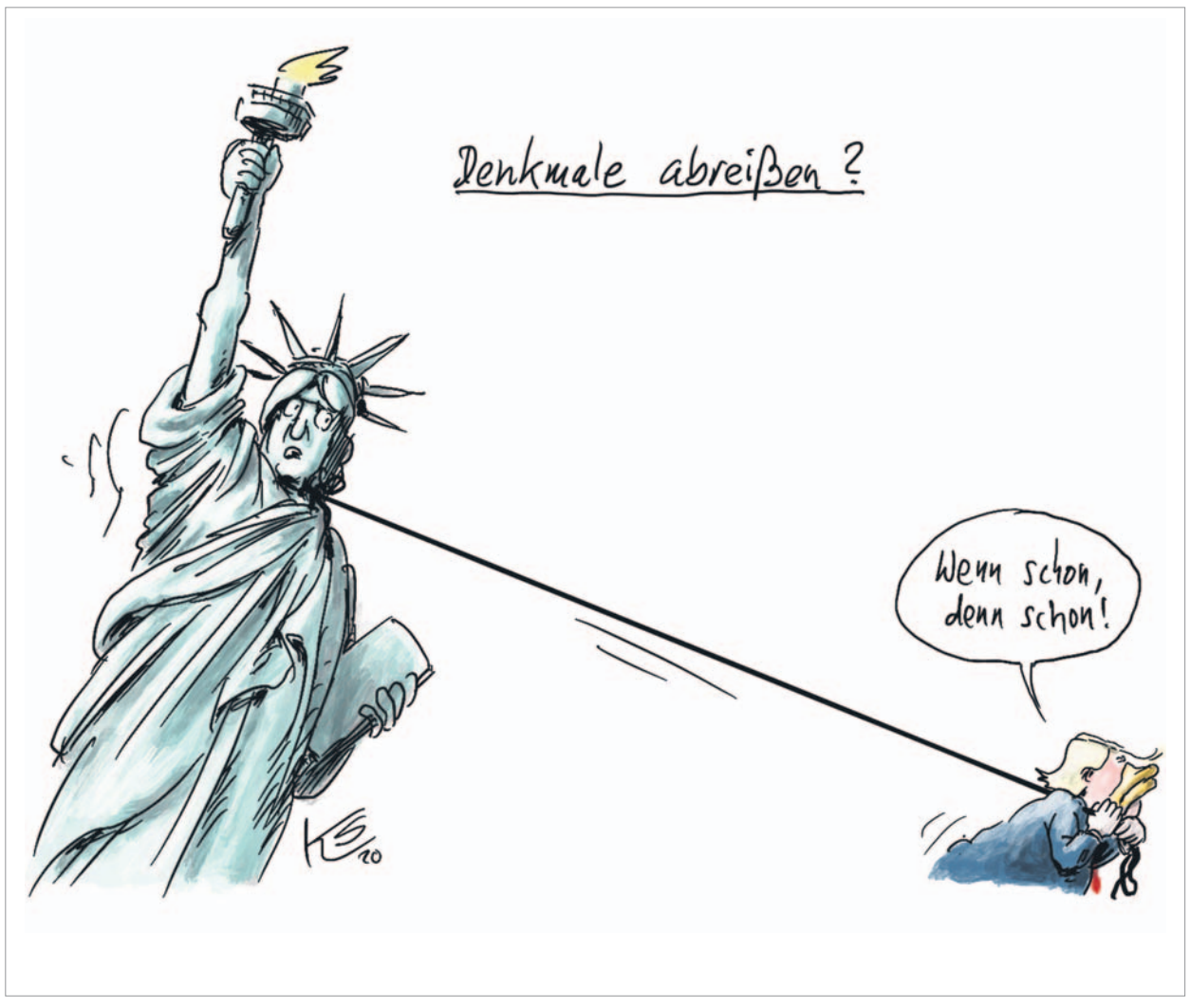


FOTO: KLAUS STUTTMANN

TAUBENSCHISS – DIE P&K TRUMP-FAKES

Washington: Die Direktorin des staatlich finanzierten US-Auslandssenders Voice of America (VOA), Amanda Bennett, und ihre Stellvertreterin haben inmitten von Spannungen mit dem Weißen Haus ihren Rücktritt erklärt. Das Weiße Haus hatte die Berichterstattung von Voice of America über die Corona-Pandemie kritisiert und dem Sender vorgeworfen, chinesische Propaganda zu verbreiten. Laut Trump sollten Frauen im Journalismus, also im »Fake-News-Bereich«, überhaupt nicht vorkommen. »Die gehören nach Hause an den Herd. Wenn sie da was anbrennen lassen, kann ihnen ihr Mann was hinter die Löffel geben«, so Trump bei Fox News.

Frankfurt/Main: Wo könnten in Frankfurt die Städtischen Bühnen neu gebaut werden? Dieser Frage widmet sich eine Ausstellung im Deutschen Architekturmuseum. »Zur Zukunft der Städtischen Bühnen: Standorte und Stadträume«. Vorgestellt werden drei Varianten: 1. Die Oper wird am Willy-Brandt-Platz neu gebaut, das Schauspiel bekommt ein neues Gebäude gegenüber. 2. Das Schauspiel wird am heutigen Standort neu gebaut, die Oper zieht auf ein Grundstück an der Neuen Mainzer Straße. 3. Die Bühnen werden aus Finanzgründen gar nicht neu gebaut. Intendanz und Verwaltung ziehen in die leeren Räume der Deutschen Bank.

Berlin: In der Affäre um den CDU-Abgeordneten Philipp Amthor rückt die Frage in den Mittelpunkt: Wie konnte es passieren, dass ein Parlamentarier und Jurist für ein Unternehmen Lobbyarbeit macht, zugleich Aktienoptionen erhält und an Luxusreisen teilnimmt? In Amthors eigener Partei ist beschwichtigend vom Anfängerfehler eines sehr jungen Abgeordneten die Rede. Um derartige Fehler künftig zu vermeiden, will die CDU das Erstwähler-Alter auf 28 Jahre hochsetzen.

Washington: Donald Trump könnten die Wahlkampfsongs ausgehen: Nach Stars wie Rihanna oder Ozzy Osbourne hat nun die Familie des verstorbenen Tom Petty gegen die Verwendung eines Liedes bei einem Auftritt des Präsidenten protestiert. In der Vergangenheit hatten sich unter anderem bereits die Rolling Stones, Elton John und Adele dagegen gewehrt, als musikalischer Background für Trump zu dienen. Mittlerweile hat die AfD Trump vorgeschlagen, den »Badenweiler Marsch« oder den »Walkürenritt« zu verwenden – auch als Signal der Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. (Thg)

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Taubenstraße 1, 10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280, Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net,
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb, Maike Karnebogen

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner, ConBrio Verlagsgesellschaft
Tel.: 0941 . 945 93-35, Fax: 0941.945-93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0,
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Taubenstraße 1, 10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280, Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS:
Diese Ausgabe enthält das Dossier »Doppelspitzen – doppelt spitze?«.